

LEA KRISTIN KLEINSORG

**DIE ENTWICKLUNG DER
STAATLICHKEIT DER REPUBLIK GAMBIA
WÄHREND YAHYA JAMMEHS AMTSZEIT**

DIE ENTWICKLUNG DER STAATLICHKEIT DER REPUBLIK GAMBIA WÄHREND YAHYA JAMMEHS AMTSZEIT

Lea Kristin Kleinsorg

Abstract

Die westafrikanische Republik Gambia wurde zwei Jahrzehnte lang von Yahya Jammeh regiert. 1994 putschte er sich an die Macht und behielt diese vier Legislaturperioden lang, bis er im Dezember 2016 die Präsidentschaftswahlen überraschend gegen seinen Konkurrenten Adama Barrow verlor. Die vorliegende Arbeit untersucht die Entwicklung der Staatlichkeit der Republik Gambia während Jammehs Amtszeit. Für den Zeitraum seit der Staatsgründung im Jahr 1965 bis zur ersten Erhebung durch den US-amerikanischen Think Tank Fund for Peace 2006 gibt es keine umfassende Untersuchung über den Zustand der gambischen Staatlichkeit. Durch die Anwendung der Theorie fragiler Staatlichkeit nach Ulrich Schneckener soll mit der vorliegenden Arbeit ein Teil dieser Lücke geschlossen werden. Dazu werden für jede der vier Legislaturperioden Jammehs die von Schneckener benannten Staatsfunktionen (Sicherheit, Legitimität/Rechtsstaatlichkeit, Wohlfahrt) einzeln untersucht, um anschließend den Zustand der Staatlichkeit Gambias einzuordnen. Dazu werden sowohl quantitative als auch qualitative Daten einschließlich Experteninterviews verwendet. Anhand eines Vergleichs der einzelnen Typologisierungen ist es möglich, abschließend ein Gesamtbild der Entwicklung der gambischen Staatlichkeit während Jammehs Amtszeit zu zeichnen.

Online publiziert: 13.11.2017

urn:nbn:de:bvb:20-opus-154500

© Junges Afrikazentrum der Universität Würzburg (JAZ) 2017



Autorennotiz

Lea Kristin Kleinsorg B.A. studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geographie an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und der University of The Gambia. Momentan absolviert sie den Master-Studiengang Disaster Management and Sustainable Development an der Northumbria University in Newcastle upon Tyne, England.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Abbildungsverzeichnis..... | 3 |
| Abkürzungsverzeichnis..... | 4 |
| 1 Einleitung..... | 5 |
| 2 Das Konzept der fragilen Staatlichkeit nach Schneckener..... | 6 |
| 2.1 Staats- und Staatlichkeitskonzept..... | 6 |
| 2.2 Staatsfunktionen..... | 7 |
| 2.2.1 Sicherheitsfunktion..... | 8 |
| 2.2.2 Wohlfahrtsfunktion..... | 8 |
| 2.2.3 Legitimität/Rechtsstaatlichkeit..... | 9 |
| 2.3 Typologisierung..... | 9 |
| 2.4 Problem der fragilen Staatlichkeit..... | 10 |
| 3 Methodik und Operationalisierung..... | 11 |
| 3.1 Kritik an Schneckeners Konzept..... | 11 |
| 3.2 Reflexion der Indikatoren..... | 13 |
| 3.3 Erläuterung zu den genutzten Quellen..... | 15 |
| 3.4 Gambia im Fragile States Index..... | 17 |
| 4 Überblick über die Republik Gambia..... | 18 |
| 4.1 Das Land Gambia..... | 18 |
| 4.2 Postkoloniale Geschichte..... | 20 |
| 4.3 Die erste Republik Gambia..... | 20 |
| 4.4 Die zweite Republik Gambia..... | 21 |
| 5 Fallstudie: Republik Gambia..... | 22 |
| 5.1 Erste Phase: 1996 – 2001..... | 22 |
| 5.1.1 Staatsfunktionen..... | 22 |
| 5.1.2 Typologisierung..... | 29 |
| 5.2 Zweite Phase: 2001 – 2006..... | 29 |
| 5.2.1 Staatsfunktionen..... | 29 |
| 5.2.2 Typologisierung..... | 34 |
| 5.3 Dritte Phase: 2006 – 2011..... | 35 |
| 5.3.1 Staatsfunktionen..... | 35 |
| 5.3.2 Typologisierung..... | 40 |
| 5.4 Vierte Phase: 2011 – 2016..... | 40 |
| 5.4.1 Staatsfunktionen..... | 40 |
| 5.4.2 Typologisierung..... | 45 |
| 6 Gambias Staatlichkeit während Jammehs Amtszeiten im Vergleich..... | 46 |
| 7 Fazit..... | 48 |
| 7.1 Bewertung der Entwicklung der gambischen Staatlichkeit während Jammehs Amtszeit... 48 | 48 |
| 7.2 Aktuelle Politik und Ausblick..... | 48 |
| Bibliographie..... | 50 |
| Anhang..... | 55 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Abbildung 1: Typen von Staatlichkeit (Tabelle)..... | 10 |
| Abbildung 2: Indikatoren der drei Staatsfunktionen (Tabelle)..... | 14 |
| Abbildung 3: Human Development Index..... | 16 |
| Abbildung 4: FSI Overall Trend, Gambia 2006 - 2017..... | 17 |
| Abbildung 5: Landkarte Gambia (politische Karte)..... | 19 |
| Abbildung 6: Gini-Koeffizient, Gambia 1998 - 2003..... | 24 |
| Abbildung 7: Einschreibungsrate auf Grundschulebene, beide Geschlechter 1990 - 2015..... | 25 |
| Abbildung 8: HIV/AIDS Rate der Erwachsenen, Gambia 1999 - 2012..... | 26 |
| Abbildung 9: Corruption Perception Index, Gambia 2003 - 2016..... | 28 |
| Abbildung 10: Typologisierung Gambias in der ersten Phase 1996 - 2001 (Tabelle)..... | 29 |
| Abbildung 11: Bruttoinlandsprodukt, Gambia 1996 - 2015..... | 32 |
| Abbildung 12: Human Development Index, Gambia 1990 - 2015..... | 32 |
| Abbildung 13: Typologisierung Gambias in der zweiten Phase 2001 - 2006 (Tabelle)..... | 35 |
| Abbildung 14: Kindersterblichkeit, Gambia 2000 - 2014..... | 37 |
| Abbildung 15: Human Development Index, Gambia im Vergleich 1998 - 2015..... | 38 |
| Abbildung 16: Worldwide Governance Indicators Index,..... | 39 |
| Abbildung 17: Typologisierung Gambias in der dritten Phase 2006 - 2011 (Tabelle)..... | 40 |
| Abbildung 18: Alphabetisierung, Gambia 2000 - 2015..... | 42 |
| Abbildung 19: Malariatote, Gambia 2005 - 2015..... | 43 |
| Abbildung 20: Typologisierung Gambias in der vierten Phase 2011 - 2016 (Tabelle)..... | 46 |
| Abbildung 21: Gambias Staatlichkeit 1996 - 2016..... | 47 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|---|
| ACHPR | African Commission on Human and Peoples' Rights |
| AFPRC | Armed Forces Provisional Ruling Council |
| APRC | Alliance for Patriotic Reorientation and Construction |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| CAST | Conflict Assessment System Tool' |
| CPI | Corruption Perceptions Index |
| DRIS | Demokratische Rechts- und Interventionsstaaten |
| ECOWAS | Economic Community Of West African States |
| FfP | Fund for Peace |
| FGM | Femal Genital Mutulation |
| FotP | Freedom of the Press |
| FitW | Freedom in the World |
| FH | Freedom House |
| FSI | Fragile States Index |
| GGGI | Global Gender Gap Index |
| HDI | Human Development Index |
| LDC | Less Developed Countries |
| LLDC | Least Developed Countries |
| NIA | National Intelligence Agency |
| NRP | National Reconciliation Party |
| OECD | Organization for Economic Co-Operation and Development |
| PDOIS | People's Democratic Organisation for Independence and Socialism |
| PPP | People's Progressive Party |
| UN | United Nations |
| UNDP | United Nations Development Program |
| UTG | University of The Gambia |
| UDP | United Democratic Party |
| WGII | Worldwide Governance Indicators Index |

1. EINLEITUNG

Mit der vorliegenden Arbeit soll die Frage erforscht werden, wie sich die Staatlichkeit der Republik Gambia während der Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Yahya Jammehs entwickelt hat. Yahya Jammeh wurde 1996 zum Präsidenten der Republik Gambia gewählt und in den folgenden zwei Jahrzehnten drei weitere Male in seinem Amt bestätigt. 2016 endete offiziell seine vierte und letzte Legislaturperiode. Sein Amt legte er jedoch erst im Jahr 2017 auf Druck der Economic Community Of West African States (ECOWAS) und der internationalen Gemeinschaft nieder. Nachdem er seine Niederlage in den Präsidentschaftswahlen zunächst anerkannt hatte, focht er diese später an und weigerte sich, den Posten des Präsidenten an seinen gewählten Nachfolger Adama Barrow abzugeben. Erst als die ECOWAS nach gescheiterten Verhandlungsversuchen mit Truppen in das Land eindrang, trat Yahya Jammeh den Rückzug in sein Exil nach Äquatorialguinea an (Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.02.2017).

Am Ende von Jammehs Amtszeit befand sich die Staatlichkeit der Republik Gambia auf einem niedrigen Niveau. Im Fragile States Index (FSI) erreichte das Land zu Beginn des Jahres 2017 mit 89,4 von maximal 120 erreichbaren Punkten¹ sein bis dahin schlechtestes Ergebnis. Dadurch belegt es aktuell Rang 37 von 178 untersuchten Ländern². Zwar wird dieser Index bereits seit 2005 erhoben, jedoch wird eine Untersuchung von Daten zur Beurteilung der Staatlichkeit Gambias erst seit 2006 vorgenommen. Für den Zeitraum seit der Staatsgründung im Jahr 1965 bis zur ersten Erhebung durch den US-amerikanischen Think Tank gibt es keine umfassende Untersuchung darüber, in welchem Zustand sich die gambische Staatlichkeit befand. Durch die Anwendung der Theorie fragiler Staatlichkeit nach dem Politikwissenschaftler Ulrich Schneckener soll mit der vorliegenden Arbeit ein Teil dieser Lücke geschlossen werden. Dabei lautet die These, dass sich Gambias Staatlichkeit während Jammehs Amtszeit nach dem Modell Schneckeners zwischen einem schwachen und einem scheiternden Staat bewegte, wobei das Land zu Beginn noch als schwach klassifiziert werden konnte, sich später jedoch zu einem scheiternden Staat entwickelte.

Grundlage der nachfolgenden Analyse ist das Modell Ulrich Schneckeners, das zunächst kurz vorgestellt werden soll. Eingegangen wird hierbei auch auf das der Theorie zugrunde gelegte Staatsverständnis, die darin enthaltenen Staatsfunktionen und die sich daraus ergebende Typologisierung in vier Staatlichkeits-Typen. Mit einer Erläuterung, worin das Problem fragiler Staaten besteht, endet dieses Kapitel. Im anschließenden Methodenteil wird zuerst eine Kritik an Schneckeners Modell vorgenommen, bevor die darin verwendeten Indikatoren genauer erläutert werden. Im Anschluss wird auf die genutzten Quellen eingegangen, bevor Gambia im FSI betrachtet wird. Das darauf folgende Kapitel schafft mit einem Überblick über die Republik Gambia und deren Geschichte eine Grundlage, um das Modell auf das Land anzuwenden und den Zustand der drei Staatsfunktionen während Yahya Jammehs vier Legislaturperioden genauer zu untersuchen. Ausgehend von dieser Untersuchung wird eine Klassifizierung des Landes in einen der vier Staatlichkeits-Typen möglich. Im folgenden Kapitel wird anhand eines Vergleichs der einzelnen Typologisierungen ein Gesamtbild der Entwicklung während Jammehs Amtszeit gezeichnet. Den Abschluss findet die Arbeit durch ein Fazit, in welchem eine Bewertung der Entwicklung der gambischen Staatlichkeit für die Zeit von 1996 bis 2016 vorgenommen, ein Blick auf die aktuelle Politik geworfen sowie ein Ausblick in die Zukunft des Landes gewagt wird.

¹ Je niedriger der Wert im FSI ist, desto besser ist die gemessene Staatlichkeit.

² Je niedriger der Rang ist, desto schlechter ist die gemessene Staatlichkeit.

2. DAS KONZEPT DER FRAGILEN STAATLICHKEIT NACH SCHNECKENER

Ein Staat als Teil der internationalen Gemeinschaft und als Träger von Verantwortung gegenüber seinem Staatsvolk wird als fragil bezeichnet, wenn die beiden genannten Funktionen nicht oder nicht mehr in ausreichendem Maße erfüllt werden. Sowohl schwache als auch versagende, zerfallende oder gescheiterte Staaten stellen Formen fragiler Staatlichkeit dar (Schneckener 2006: S. 7).

In diesem Kapitel wird Schneckeners Konzept vorgestellt. Dabei wird zunächst grundlegend geklärt, was er unter einem Staat versteht und welches Staatlichkeitskonzept er seinem Modell zugrunde legt. Daran schließt sich eine Ausarbeitung der drei zentralen Staatsfunktionen an, anhand derer Schneckener eine Typologisierung in verschiedene Staats-Typen vornimmt, um die es im folgenden Punkt gehen wird. Abschließend wird in diesem Kapitel erläutert, warum fragile Staatlichkeit überhaupt ein Problem darstellt.

2.1 Staats- und Staatlichkeitskonzept

Ulrich Schneckeners Verständnis davon, was ein Staat ist und was Staatlichkeit ausmacht, stellt das Fundament seines Modells zur fragilen Staatlichkeit dar. Er legt seinem Modell den modernen, neuzeitlichen Staat nach der Allgemeinen Staatslehre Georg Jellineks und dem Staatsverständnis Max Webers zugrunde. Damit orientiert sich Schneckener an dem in Europa seit dem 17. Jahrhundert bestehenden westfälischen Staatskonzept, welches sich in den Organization for Economic Co-Operation and Development Ländern (OECD) seit den fünfziger Jahren durchgesetzt hat (Schneckener 2006: S. 17). In der Allgemeinen Staatslehre nach Georg Jellinek wird ein Staat als ein soziales Gebilde betrachtet, das aus drei Elementen besteht: einem *Staatsgebiet*, dem darauf lebenden *Staatsvolk*, welches durch die *Staatsgewalt* beherrscht wird (Anter 1995: S. 16). Jellinek schreibt über das Staatsgebiet, dass die Notwendigkeit eines abgrenzbaren Raums für die Existenz eines Staates erst in der Neuzeit erkannt wurde (Jellinek 1966: S. 395). Die Menschen, die auf diesem Gebiet leben, sind dem Staat zugehörig und stellen das Staatsvolk dar (Jellinek 1966, S. 406). Dieses untersteht der Herrschergewalt. Dabei handelt es sich um eine Gewalt, der sich das Staatsvolk nicht entziehen kann. Hierin liegt der Unterschied zwischen einem Staat und einem Verband, dessen Gewalt im Gegensatz hierzu nicht bindend ist. Der Staat hat ein Monopol auf die Herrschaftsgewalt (Jellinek 1966: S. 429–430).

Max Weber wurde durch die Allgemeine Staatslehre Georg Jellineks beeinflusst und übernahm seine Lehre der drei Elemente. Mit dieser Struktur als Grundlage seines Staatsbegriffs legt er ein Augenmerk auf den Aspekt der physischen Gewaltsamkeit: „Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das »Gebiet«, gehört zum Merkmal – Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht.“ (Weber 1919: S. 6). Die physische Gewaltsamkeit sieht Max Weber dabei als spezifisches Mittel und nicht als Zweck an, als ein Mittel des Staates unter anderen, aber eben als das dem Staat spezifischste. In Anbetracht der Ausdrücklichkeit, mit der Weber eine Unterscheidung zwischen Mittel und Zweck vornimmt, soll dies nicht unerwähnt bleiben. Nach Max Weber sei das Wesen eines Staates nicht unter der Angabe seiner Zwecke zu erfassen: „Vielmehr müsse man ihn durch Mittel

definieren, die Gewaltsamkeit, die allen Staaten gemeinsam sei.“ (Anter 1995: S. 22). Dies liegt darin begründet, dass Mittel zur Erreichung eines Zwecks im Gegensatz zu Zwecken konstant seien. Die benannte Konstanz spielt für Weber eine wichtige Rolle, da es sich bei seiner Definition eines Staates um die eines Idealtypus handelt (Anter 1995: S. 22). Zusammenfassend formuliert Weber: „Der Staat ist [...] ein auf das Mittel der legitimen (das heißt: als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen.“ (Weber 1919: S. 7–8). Webers und Jellineks Staatsverständnis ist gemein, dass Herrschergewalt bzw. die Möglichkeit der legitimen Ausübung physischer Gewalt für Staaten konstitutiv ist.

Der Anspruch auf Souveränität nach innen ist diesem Staatsverständnis inbegriffen. Da der moderne, neuzeitliche Staat jedoch Teil einer internationalen Gemeinschaft ist, erweitert Schneckener sein Staatsverständnis um den Aspekt der Akzeptanz durch Andere. Ein Staat wird erst als ein solcher definiert, wenn er Souveränität sowohl nach innen, als auch nach außen aufweist (Schneckener 2006: S. 18).

Die Staatlichkeit, die wir heute in der OECD-Welt finden, basiert auf den Kriterien Jellineks und Webers, geht jedoch darüber hinaus: Als weitere Dimensionen der Staatlichkeit werden heute ein demokratischer Verfassungs- und Rechtsstaat, ebenso wie der Verwaltungs-, Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat angesehen (Schneckener 2006: S. 18).

„Moderne Staatlichkeit umfasst insofern ein breites Spektrum an politischen Institutionen, das über den engeren Bereich des Staatsapparats und der Exekutive (inklusive Polizei und Armee) hinausreicht und die Legislative (Parlamente, Parteien), die Judikative (Gerichtswesen) und den gesamten Verwaltungsbereich einschließt.“ (Schneckener 2006: S. 18).

Da sich die konkrete Gestalt moderner Staatlichkeit in OECD-Ländern aus dem Zusammenspiel einer Ressourcen-, Rechts-, Legitimitäts- und Interventionsdimension ergibt, können die OECD-Länder als demokratische Rechts- und Interventionsstaaten (DRIS) bezeichnet werden (Rothgang 2013: S. 14). Damit legt Schneckener seinem Modell ein normatives Verständnis von Staatlichkeit zugrunde, das sich an den Maßstäben der OECD-Welt orientiert. Dies ist ein häufig genannter Kritikpunkt an Schneckeners Modell, auf den im Kapitel der Methodik und Operationalisierung eingegangen wird.

2.2 Staatsfunktionen

Auf der Basis des beschriebenen Staatsverständnisses benennt Schneckener drei Staatsfunktionen, mit denen er die Erosion von Staatlichkeit misst: Sicherheit, Wohlfahrt, Legitimität/Rechtsstaatlichkeit. Diese Funktionen machen den Kernbereich moderner Staatlichkeit aus und stellen die Indikatoren dar, mit denen er Staatlichkeit analysiert. Ausgehend von dieser Analyse nimmt Schneckener eine Typologisierung in vier Kategorien vor. Für alle Staatsfunktionen listet Ulrich Schneckener eine Reihe von Indikatoren auf, die er anhand von quantitativen sowie qualitativen Daten und fallspezifischen Ereignissen und Aussagen bewertet (Schneckener 2006: S. 21). Zwar bedingen sich alle drei Funktionen wechselseitig, dennoch ist die Sicherheitsfunktion die zentralste, im Sinne des Grundsatzes, dass es keine Entwicklung ohne Sicherheit geben kann (Schneckener 2006: S. 23). Obwohl Ulrich Schneckener mit der Sicherheitsfunktion einen Fokus auf das Monopol physischer Gewaltsamkeit legt, lässt er mit der Einbeziehung von Wohlfahrt und Legitimität/Rechtsstaatlichkeit weitere Funktionen eines Staates nicht außer Acht. Dadurch können

auch autoritäre und semi-autoritäre Regime als fragile Staaten bezeichnet werden. Dass Regimestabilität nicht mit Stabilität im allgemeinen Verständnis gleichzusetzen ist, wird dadurch deutlich, dass ein Staat zwar stark in der Sicherheitsdimension sein kann, jedoch gleichzeitig schwach in den beiden anderen Staatsfunktionen (Schneckener 2006: S. 21).

2.2.1 Sicherheitsfunktion

„Eine elementare Funktion des Staates ist die Gewährleistung von Sicherheit nach Innen und Außen, insbesondere von physischer Sicherheit für die Bürger*innen³.“ (Schneckener 2006: S. 22). Im Zentrum dieser Funktion steht das Monopol der physischen Gewalttätigkeit, welches der Staat, in der Idealvorstellung eines Staates, innehat und zur Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet und zum Schutz des dort lebenden Staatsvolks nutzt. Zur Umsetzung dessen besitzt ein Staat Sicherheitskräfte wie bspw. die Polizei und Armee. Diese dürfen keine Gefahr für die Bürger*innen darstellen, müssen jedoch dazu in der Lage sein, lokale Konflikte beizulegen. Um festzustellen, in welchem Grad diese Funktion in einem Staat funktioniert, benennt Schneckener folgende Indikatoren zur Messung: Die bereits angesprochene Kontrolle über das Staatsgebiet, der Grad an Kontrolle über die Außengrenzen, anhaltende bzw. wiederkehrende gewaltsame Konflikte sowie das Vorhandensein von nichtstaatlichen Gewaltakteur*innen und der Zustand, in dem sich der staatliche Sicherheitsapparat befindet. Um ein vollständiges Bild der Sicherheitsfunktion zu erlangen, empfiehlt Schneckener darüber hinaus noch einen Blick auf die Kriminalitätsrate und den Umfang der Bedrohung für die physische Sicherheit der Bürger*innen. Dabei kann die Gefahr sowohl von staatlicher Seite als auch von nichtstaatlichen Akteur*innen ausgehen (Schneckener 2006: S. 22).

2.2.2 Wohlfahrtsfunktion

Die Wohlfahrtsfunktion umschließt Staatstätigkeiten in den Bereichen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, das Feld der Beschäftigung, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie Umweltpolitik und die öffentliche Infrastruktur. Anders ausgedrückt geht es um staatlich finanzierte Dienst- und Transferleistungen. Indikatoren hierfür sind der Umfang der Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen an wirtschaftlichen Ressourcen, die Verteilung von Staatsausgaben sowie die Kluft zwischen Arm und Reich, der Zustand von Staatseinnahmen durch Steuern und Zölle sowie die Höhe der Außenverschuldung, wirtschafts- und währungspolitische Krisen und die menschliche Entwicklung, die durch den Human Development Index (HDI) in die Analyse der Wohlfahrtsfunktion mit einfließt. Hinzu kommt eine Begutachtung des Beschäftigungssektors und der sozialen Sicherungssysteme, die ein Staat seiner Bevölkerung bereitstellen sollte, der Zustand der öffentlichen Infrastruktur sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens und die Frage, ob ökologische Probleme vorhanden sind (Schneckener 2006: S. 22).

³ In der gesamten Arbeit wird bewusst darauf geachtet, möglichst geschlechtsneutrale Personen- und Gruppenbezeichnungen zu verwenden. An Stellen, an denen dies nicht möglich sein sollte, wird durch ein Sternchen (*) kenntlich gemacht, dass auch all jene mit eingeschlossen sind, die sich nicht dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen können oder wollen.

2.2.3 Legitimität/Rechtsstaatlichkeit

In dieser Staatsfunktion hat Schneckener zwei Dimensionen zusammengefasst: Legitimität (verstanden als Umfang der Teilhabemöglichkeiten des Staatsvolkes) und Rechtsstaatlichkeit. Beispiele für Legitimität sind das Mitwirken an Entscheidungsprozeduren und die politische Partizipation. Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit geht es um das Funktionieren des Rechtsstaates, der Justiz und der politischen Institutionen sowie der öffentlichen Verwaltung. Zur Messung dieser Funktionen benennt Schneckener folgende Indikatoren: Umfang politischer Freiheiten, Gewährung politischer Partizipationsrechte, Höhe der Akzeptanz des Regimes und der politischen Ordnung, Umgang mit der politischen Opposition, das Ausmaß an Korruption und Klientelismus sowie die Frage, ob alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße politisch partizipieren können, der Umfang von Wahlfälschung und -betrug sowie die Existenz schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen. Auch das Ausmaß an Selbstjustiz, der Grad der Unabhängigkeit der Justiz und die Gewährung von rechtsstaatlichen Verfahren sowie der Zustand der öffentlichen Verwaltung dienen als Indikatoren (Schneckener 2006: S. 22-23).

2.3 Typologisierung

Ulrich Schneckener benennt vier Typen von Staaten: Konsolidierte Staaten, schwache Staaten, versagende und gescheiterte Staaten. Die zwei zuletzt genannten Typen stellen Formen fragiler Staatlichkeit dar. Durch die zuvor erläuterte Bewertung der drei Staatsfunktionen ordnet Schneckener Staaten einem der vier genannten Typen zu. Hierzu bedient er sich eines vierteiligen Bewertungsschemas. Dieses reicht von „vollständig erfüllt“ über „einigermaßen erfüllt“ bis „ansatzweise erfüllt“ und „kaum bzw. nicht erfüllt“ (Schneckener 2006: S. 26). Wie bereits in dem Punkt Sicherheitsfunktion angemerkt, ist vor allem die Bewertung der Sicherheitsfunktion elementar, um einen Staat in eine der vier Typen einordnen zu können. Natürlich bedingen sich alle Staatsfunktionen wechselseitig, jedoch setzt ein gewisser Grad an Sicherheit die Erfüllung der beiden anderen Funktionen voraus, weshalb die Sicherheitsfunktion besonders gewichtet wird (Schneckener 2006: S. 23). In Abbildung 1 ist Schneckeners Einteilung in vier Staatstypen anhand der Bewertung des Zustands der Staatsfunktionen grafisch veranschaulicht (Schneckener 2006: S. 26). Sie zeigt, dass eine Typologisierung als konsolidierter Staat nur erfolgt, wenn alle drei Staatsfunktionen vollständig oder zumindest einigermaßen erfüllt werden. Merkmal sich konsolidierender Staaten ist u. a., dass sie sich bereits über einen längeren Zeitraum in der beschriebenen Verfassung befinden. Für schwache Staaten ist kennzeichnend, „[...] dass das staatliche Gewaltmonopol noch weitgehend oder leidlich existiert, allerdings Defizite bei der Wohlfahrts- und/ oder bei der Legitimitäts- und Rechtsstaatlichkeitsfunktion bestehen.“ (Schneckener 2006: S. 24). Dieser Typ ist von besonderer Relevanz für das später behandelte Fallbeispiel Gambia, da in dieser Kategorie halb-autoritäre und autoritäre Regime nicht selten anzutreffen sind. Dies liegt daran, dass solche Regime zumeist eine gewisse Stabilität besitzen, allerdings Defizite im Bereich der Legitimität/Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrt aufweisen (Schneckener 2006: S. 25). Typ drei in Ulrich Schneckeners Modell fragiler Staatlichkeit stellen Staaten mit versagender Staatlichkeit dar. Staaten werden dieser Kategorie zugeordnet, wenn die Sicherheitsfunktion vom Staat nur noch ansatzweise erfüllt werden kann, der Staat aber dennoch im Bereich der Legitimität/Rechtsstaatlichkeit oder Wohlfahrt eine gewisse Steuerungsfähigkeit besitzt. Gescheiterte Staaten stellen das Worst Case Szenario dar, denn: „[b]ei diesem Typ ist keine

der drei Funktionen mehr in nennenswerter Weise vorhanden, sodass man von einem völligen Zusammenbruch oder Kollaps von Staatlichkeit sprechen kann.“ (Schneckener 2006: S. 25).

Abbildung 1: Typen von Staatlichkeit

Typen von Staatlichkeit

| | <i>Sicherheit</i> | <i>Wohlfahrt</i> | <i>Legitimität/Rechtsstaatlichkeit</i> |
|------------------------------|-------------------|------------------|--|
| Konsolidierte Staaten | + | + oder +/- | + oder +/- |
| Schwache Staaten | +/- | N.N. | N.N. |
| Versagende Staaten | -/+ | N.N. | N.N. |
| Gescheiterte Staaten | - | -/+ oder - | -/+ oder - |

- (+) vollständig erfüllt
- (+/-) einigermaßen erfüllt
- (-/+) ansatzweise erfüllt
- (-) kaum bzw. nicht erfüllt
- N.N. alle Kombinationen denkbar

Quelle: Schneckener 2006: S. 26

2.4 Problem der fragilen Staatlichkeit

Fragile Staatlichkeit ist ein globales Problem und zwar in vielerlei Hinsicht, was im Folgenden näher erläutert wird. Eine Ausführung dieser Problematik wird außerdem dazu beitragen, die Relevanz dieser Arbeit zu verdeutlichen.

Ulrich Schneckener leitet sein Buch „States at Risk“ mit der Feststellung ein, dass das Problem der fragilen Staatlichkeit ein nationalstaatenübergreifendes ist. Natürlich betrifft unzureichende Staatlichkeit den betroffenen Staat selbst, ebenso aber auch die Staaten der Region (bspw. Flüchtlingsströme).⁴ So wie alle Staaten eine Rolle in der globalen Staatengemeinschaft spielen, spielen auch die Auswirkungen von fragiler Staatlichkeit eine Rolle für alle anderen Staaten, die Teil dieser Gemeinschaft sind (Schneckener 2006: S. 9). Der Grund dafür ist, dass ein solcher Staat nicht oder nicht mehr dazu in der Lage ist, seinen Aufgaben als Staat gegenüber seiner Bevölkerung, aber auch gegenüber der gesamten Staatengemeinschaft, nachzukommen (Schneckener 2006: S. 12). Lambach meint, dass lokal u. a. der Schutz der Menschenrechte leidet und „[a]uf nationaler Ebene [...] insbesondere die Folgen fragiler Staatlichkeit für Frieden und Entwicklung im Zentrum des Interesses [stehen]“ (Lambach 2013, S. 40).

Um die Jahrtausendwende herum hat ein Wandel der Wahrnehmung, wie weitreichend die Folgen fragiler Staatlichkeit sind, stattgefunden. Durch den Terroranschlag des 11. Septembers 2001 wird fragile Staatlichkeit nicht mehr nur als ein lokal begrenztes Problem betrachtet, da es sich

⁴ Ulrich Schneckener bezeichnet das Übergreifen fragiler Staatlichkeit auch als Spill-Over-Effect. Nachbarstaaten können bspw. durch eine große Anzahl an Menschen, die in angrenzende Staaten fliehen, oder durch den wegbrechenden bilateralen Handel die unzureichende Staatlichkeit ihres Nachbarn zu spüren bekommen (Schneckener 2006: S. 15).

bei der Terrororganisation, die den Anschlag verübte, um ein transnationales Netzwerk handelte, dem die fragile Staatlichkeit Afghanistans in die Hände spielte (Schneckener 2006: S. 10). Durch diesen Wandel wurde das Problem weltweit auf die sicherheitspolitischen Agenden gesetzt. Der 11. September hat einen Zusammenhang zwischen fragiler Staatlichkeit und Terrorismus offenlegt. Ebenso sieht Schneckener einen Zusammenhang zwischen fragiler Staatlichkeit und neuen Kriegen, nichtstaatlichen Gewaltakteur*innen und Schattenglobalisierung. Diese Verbindungen lassen fragile Staatlichkeit zu einer sicherheitspolitischen Bedrohung für die gesamte Staatengemeinschaft werden (Schneckener 2006: S. 12–15). In der Bedrohung, dass alle Staaten von den Auswirkungen fragiler Staatlichkeit eines Landes betroffen sein können, liegt die Relevanz der vorliegenden Arbeit begründet.

3. METHODIK UND OPERATIONALISIERUNG

Im Folgenden wird das methodische Vorgehen dieser Arbeit näher erläutert. Ulrich Schneckeners Konzept der fragilen Staatlichkeit soll nicht unhinterfragt angewendet werden, weshalb eine Kritik an seinem Modell am Anfang dieses Kapitels steht. Dabei werden sowohl die Indikatoren im Allgemeinen diskutiert, als auch im Speziellen mit Bezug auf das Fallbeispiel Gambia. Ebenfalls fällt eine Beschäftigung mit den verwendeten Quellen in dieses Kapitel. Qualitative Literatur und Interviews werden hier ebenso behandelt wie quantitative Indizes. Auch auf den FSI und Gambias Bewertung wird dabei genauer eingegangen.

3.1 Kritik an Schneckeners Konzept

Im Punkt Staats- und Staatlichkeitskonzept wurde bereits darauf verwiesen, dass die normative und 'westliche' Orientierung von Schneckeners Staatsverständnis kritisiert wird. U. a. gehören Felix Bethke und Daniel Lambach zu den Kritiker*innen. So kreidet Bethke an, dass es durchaus auch funktionsfähige Staaten gibt, die weder rechtsstaatliche, noch partizipatorische Elemente aufweisen, und Lambach merkt an, dass der Zustand der Staatlichkeit an die Legitimität der Gewaltkontrolle gebunden wird (Lambach 2013: S. 36–37). Durch die Anerkennung und Auseinandersetzung mit diesen und weiteren Beurteilungen geht Schneckener einen Schritt auf seine Kritiker*innen zu. Als Antwort listet er fünf Argumente auf, die seiner Meinung nach dafür sprechen, seiner Theorie das OECD-Modell zugrunde zu legen. Er führt an, dass es zwar richtig sei, dass es sich aufgrund des historischen Ursprungs des Modells um ein 'westliches' handle, jedoch sei es falsch daraus zu schlussfolgern, dass dieses Modell dadurch auf seinen Ursprungsraum festgelegt und nicht auf andere Weltregionen übertragbar sei. Ursprünglich stamme es aus Nordamerika, von wo aus es sich nach West- und Nordeuropa, Lateinamerika, Ostasien bis Mittel-, Ost- und Südosteuropa ausbreitete. Diese Verbreitung zeigt, dass sich das Modell auch außerhalb des Raums, aus dem es ursprünglich stammt, durchzusetzen vermag. Einen weiteren Vorwurf, mit dem OECD-Modell ein homogenes Modell zu verwenden, weist Ulrich Schneckener ebenfalls entschieden zurück, denn schließlich „[...] besteht bis heute eine erhebliche Varianz bei der Ausgestaltung von Staatlichkeit innerhalb der OECD-Welt, das heißt, es gibt trotz aller Gemeinsamkeiten keine allgemeingültige Blaupause, nach der Staatlichkeit organisiert wird.“

(Schneckener 2006: S. 19). In einem weiteren Argument führt Schneckener an, dass nur vormoderne Strukturen eine Alternative zu dem OECD-Modell seien. Jedoch gibt es diese kaum noch und wenn dann bestehen sie lediglich auf lokaler Ebene. Häufiger sind hybride Systeme zu finden, die 'westliche' Elemente (bspw. Wahlen) beinhalten. Aufgrund eines wirtschaftlichen und politischen Prozesses der Modernisierung, der spätestens seit der Kolonialzeit auch außereuropäische Staaten erfasst hat, findet Schneckener eine vollständige Rückkehr zur Vormoderne jedoch kaum denkbar; daher sieht er dies nicht als Alternative an (Schneckener 2006: S. 19–20). Weiter argumentiert er, dass sein Modell nicht den Anspruch erhebt, einen absoluten Vergleich zu ermöglichen, sondern dass es lediglich um einen relativen Maßstab gehe. Staaten können nur als relativ fragil in Relation zu benachbarten Staaten betrachtet werden.

Das fünfte und letzte Argument, mit dem Schneckener die Verwendung des OECD-Modells zu verteidigen sucht, ist das bisher normativste. Er stellt die rhetorische Frage: „Sollen beispielsweise demokratische Spielregeln oder Elemente von Rechtsstaatlichkeit als Zielsetzung ausgeschlossen oder relativiert werden, weil sie als „westliche Importe“ gelten?“ (Schneckener 2006: S. 20). Die Antwort darauf kann seines Erachtens nach nur *Nein* lauten. Er erachtet das, was er mit 'westlichen Importen' bezeichnet, als erstrebenswert. Dass es nicht falsch sein kann, diese Werte als Ziel anzupeilen, sieht er dadurch bestätigt, dass das OECD-Modell sich bereits mit Erfolg ausgebreitet hat.

Im Gegensatz zu den Kritiker*innen, die Ulrich Schneckeners Modell Normativität und 'westliche' Prägung vorwerfen, jedoch nicht grundlegend an den drei zentralen Staatsfunktionen als Pfeiler seines Modells rütteln, geht Hans-Joachim Lauth weiter, indem er die Verwendung der drei Staatsfunktionen als geeignetes Mittel anzweifelt. Lauth sieht durch deren Verwendung die Gefahr, dass Staaten, die sich offensichtlich signifikant voneinander unterscheiden, fälschlicherweise mit dem gleichen Staats-Typ klassifiziert werden. An seine Kritik schließt Lauth einen alternativen Vorschlag an:

„Um die begriffliche Konfusion zu reduzieren, wäre es sinnvoll, den Staat allein über seine genuinen Merkmale bzw. Kernfunktionen (Gewaltmonopol, Ordnungsstruktur) zu definieren und zu operationalisieren.“
(Lauth 2014: S. 150).

Schneckeners Argumente, seiner Theorie das OECD-Modell zugrunde zu legen und Staatlichkeit anhand von drei zentralen Staatsfunktionen zu messen, überzeugen mich weitestgehend, nichtsdestotrotz habe ich Kritik an seinem Modell, die sich insbesondere auf Schwierigkeiten im Umgang mit seinen Indikatoren bezieht. Grundsätzlich lässt sich anmerken, dass Ulrich Schneckener nicht genau erklärt, wie vom Zustand der gemessenen Indikatoren die Klassifizierung in eine der vier Staatstypen abgeleitet wird. Zwar bedient er sich vier Kategorien der Bewertung, die wie bereits erwähnt von vollständig erfüllt bis zu kaum bzw. nicht erfüllt reichen, jedoch benennt er keine Grenzwerte oder Vergleichbares, die die Abgrenzung eindeutig machen. Somit liegt ein Ermessensspielraum bei der bewertenden Person, der subjektive Einflüsse zulässt. Das Problem der Subjektivität gilt auch für die Indikatoren, die nicht mit quantitativen Informationen messbar sind, wie bspw. der Umgang mit der politischen Opposition. Dadurch müssen qualitative Daten herangezogen werden, wodurch die Bewertung dieser Indikatoren höchst subjektiv ist. Die Frage der Subjektivität stellt sich jedoch gar nicht erst, wenn Daten vollkommen fehlen. Insbesondere für Less Developed Countries (LDC) und Least Developed Countries (LLDC)⁵ lie-

⁵ Die Bezeichnungen Less Developed Countries (LDC) und Least Developed Countries (LLDC) werden im Sinne des Verständnisses der UN verwendet.

gen zur Beantwortung einiger Indikatoren nicht ausreichend geeignete Daten und Informationen vor. Dies kann an einer mangelhaften oder vollkommen fehlenden Erhebung von Informationen liegen. In autoritären Staaten kommt die Frage der Glaubwürdigkeit bestimmter Daten und Informationen hinzu, da es an Transparenz mangelt. Dadurch können nicht alle Indikatoren berücksichtigt werden. Mit abnehmender Indikatorenzahl steigt die Gefahr einer ungenauen und lückenhaften Analyse.

Neben all der berechtigten Kritik ist anzumerken, dass es neben Schneckeners Modell kein ebenso umfangreich ausgearbeitetes und gut anwendbares Modell gibt, weshalb ich in der folgenden Untersuchung trotz allem darauf zurückgreife. Mir sind die Kritikpunkte durchaus bewusst, da es zum beschriebenen Zeitpunkt jedoch keine Einschätzung zur Staatlichkeit gibt, wird die Anwendung des Modells zumindest eine grobe Einschätzung der Staatlichkeit Gambias erlauben. Konkrete Zahlen müssen dabei, auch aufgrund der vielfach geäußerten, gerechtfertigten Kritik an Schneckeners Modell, immer unter Vorbehalt und als Ausdruck relativer Werte verstanden werden.

3.2 Reflexion der Indikatoren

Die Indikatoren der einzelnen Staatsfunktionen sollen nun in Bezug auf die Anwendbarkeit auf das Fallbeispiel Gambia kritisch betrachtet werden. Es geht darum zu prüfen, ob die Verwendung aller Indikatoren für das Fallbeispiel sinnvoll ist, oder ob einzelne Indikatoren eventuell außer Acht gelassen werden können oder müssen.

Die im vorherigen Punkt genannte Kritik an Schneckeners Indikatoren trifft auch für die Anwendung auf das Fallbeispiel Gambia zu: Im Falle der Sicherheitsfunktion werden alle Indikatoren im Anwendungsbeispiel untersucht, nicht zuletzt da Ulrich Schneckener zur Überprüfung der Leistung dieser Staatsfunktion lediglich sieben Indikatoren benennt. Damit listet er für die Funktion, die er als am wichtigsten erachtet, die wenigsten Indikatoren zur Bewertung auf. Im Gegensatz dazu sind es sowohl bei der Wohlfahrtsfunktion, als auch bei Legitimität/Rechtsstaatlichkeit elf Indikatoren. Zur Staatsfunktion Sicherheit ist des Weiteren anzumerken, dass Schneckener bei dem Indikator Höhe und Entwicklung der Kriminalitätsrate (Schneckener 2006: S. 22) keine Unterscheidung vornimmt, von wem kriminelle Akte ausgehen. Dabei ist der Staat als Akteur ebenso denkbar wie ein nichtstaatlicher.

Ulrich Schneckener benennt elf Indikatoren zur Messung der Qualität der Wohlfahrtsfunktion. In diesem Falle werden jedoch nicht alle auf Gambia angewandt. Keine Berücksichtigung finden die Indikatoren über die Außenverschuldung und Höhe der Steuer- und Zolleinnahmen, da die notwendigen Daten nicht in ausreichendem Maße vorliegen oder zumindest der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Auch bleibt der Indikator Arbeitslosigkeit unberücksichtigt, u.a. deshalb, weil für den betrachteten Zeitraum zwischen 1996 und 2016 die erforderlichen Daten nicht in geeigneter Form existieren. Selbst wenn Daten verfügbar wären, müsste ihre Aussagekraft in Frage gestellt werden, da es in Gambia kein System der staatlichen sozialen Sicherung gibt, wodurch Menschen für das bloße Überleben zum Arbeiten gezwungen sind. Wer zu Hause bspw. Subsistenzwirtschaft betreibt, sich jedoch nicht in einem Lohnarbeitsverhältnis befindet, würde von einer Arbeitslosenstatistik fälschlicherweise als arbeitslos erfasst werden. Insbesondere in einem Land wie Gambia, in dem Subsistenzwirtschaft noch weit verbreitet ist, führt die Anwendung dieses Indikators zu falschen Schlüssen, weshalb er als Anzeiger für den Zustand der Wohlfahrtsfunktion herausgenommen wird.

Der Indikator, der den Grad der Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen an wirtschaftlichen Ressourcen misst, wird hingegen erweitert und schließt nun auch die Chancengleichheit verschiedener Gruppen mit ein.

Zur Untersuchung der Funktion Legitimität/Rechtsstaatlichkeit werden acht von elf Indikatoren zur Analyse der Staatlichkeit Gambias herangezogen. Der Indikator des Ausmaßes von Selbstjustiz wird nicht als eigenständiger Parameter behandelt, sondern unter den Punkt der Kriminalitätsrate gefasst. Somit findet eine Verschiebung des Parameters in den Bereich der Wohlfahrtsfunktion statt. Dieser Schritt wird vorgenommen, da Selbstjustiz einen kriminellen Akt impliziert, welcher gesetzlich unzulässig ist. Aufgrund fehlender Informationen wird aus dem Indikator, der das Ausmaß an Korruption und Klientelismus misst, letzteres gestrichen. Des Weiteren fehlen für Jammehs erste Legislaturperiode Daten über den Umfang der vorherrschenden Korruption, nichtsdestotrotz kann dieser Indikator in allen Perioden berücksichtigt werden, da die vorhandenen Daten Rückschlüsse auf die Zeit von 1996 bis 2001 zulassen. Wegfallen wird hingegen der Indikator, der die Akzeptanz des Regimes untersucht, da keine ausreichend konkreten Daten dazu vorliegen. Dies trifft auch auf den Zustand der staatlichen Verwaltung zu. Vorhandene Informationen sind zu unspezifisch, als dass sie tatsächlich als Maßstab für die Legitimität/Rechtsstaatlichkeit dienen könnten. Zu den Indikatoren dieser Staatsfunktion ist außerdem anzumerken, dass zumeist qualitative und fallspezifische Ereignisse zur Bewertung herangezogen werden. Das birgt die Gefahr subjektiver Wertung. Diesem Problem soll durch die Nutzung von Interviews und einer Vielzahl weiterer diverser Quellen begegnet werden. Welche Indikatoren im Fallbeispiel Anwendung finden, ist in der Abbildung 2 noch einmal zusammengefasst.

Abbildung 2: Indikatoren der drei Staatsfunktionen

| Indikatoren der drei Staatsfunktionen | | |
|--|--|---|
| Sicherheit | Wohlfahrt | Legitimität/Rechtsstaatlichkeit |
| <ul style="list-style-type: none"> • Grad an Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet • Grad an Kontrolle der Außengrenzen • Anhaltende oder wiederkehrende gewalttätige Konflikte • Zahl und Relevanz nicht-staatlicher Gewaltakteure*innen • Zustand des staatlichen Sicherheitsapparats • Höhe und Entwicklung der Kriminalitätsrate • Grad der Bedrohung die für die physische Sicherheit der Bürger*innen von staatlichen Organen ausgeht | <ul style="list-style-type: none"> • Grad der Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen an wirtschaftlichen Ressourcen und Chancengleichheit • Anhaltende wirtschaftliche und/ oder währungspolitische Krisen • Höhe und Verteilung der Staatsausgaben • Kluft zwischen Arm und Reich • Zustand der menschlichen Entwicklung • Zustand staatlicher sozialer Sicherungssysteme • Zustand der Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens • Vorhandensein signifikanter ökologischer Probleme | <ul style="list-style-type: none"> • Ausmaß von Wahlfälschung oder Wahlbetrug • Umgang mit der politischen Opposition • Umfang politischer Freiheiten • Gewährung politischer Partizipationsrechte • Grad an politischer Teilhabe bei bestimmten Bevölkerungsgruppen • Grad der Unabhängigkeit der Justiz bzw. der Gewährung rechtsstaatlicher Verfahren • Ausmaß an Korruption • Existenz schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen |

Quelle: Eigene Darstellung nach Schneckener 2006: S. 22–23

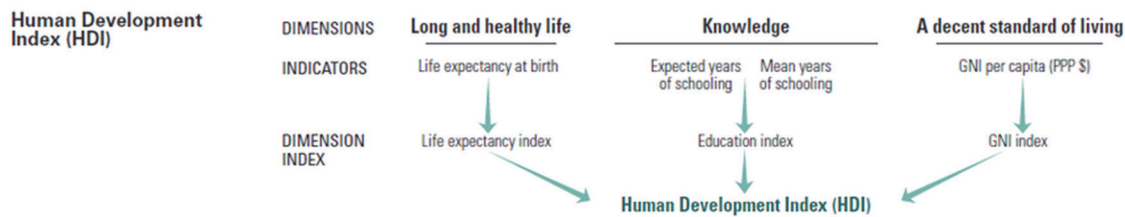
3.3 Erläuterung zu den genutzten Quellen

Das Spektrum an Literatur und sonstigen Quellen, welches in der Analyse der Staatlichkeit Gambias Verwendung findet, ist sehr breit gefächert, nicht zuletzt deshalb, weil Schneckener das Heranziehen von quantitativen als auch qualitativen Daten und fallspezifischen Aussagen empfiehlt (Schneckener 2006: S. 21). Da er der Aussagekraft von Indizes kritisch gegenübersteht, gewichtet er qualitative Daten in der Analyse von Staatlichkeit etwas stärker. Schneckener beschreibt die Aussagekraft von Indizes als beschränkt, da nicht immer klar sei, wie die einzelnen Indikatoren gegeneinander gewichtet würden und Unterschiede zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen häufig keine Berücksichtigung fänden (Schneckener 2006: S. 349). Auf dieses Problem soll mit einer sorgfältigen Auswahl und kritischen Bewertung der verwendeten Indizes reagiert werden, bevor diese als quantitative Daten mit in die vorliegende Arbeit einfließen. Diverse Literatur, wie bspw. Monographien, Zeitschriftenartikel, Arbeitspapiere und Interviews, werden als qualitative Quellen herangezogen. Während geeignete wissenschaftliche Literatur zur Theorie der fragilen Staatlichkeit und zum Land als solches (wenn auch meist aus 'westlichen' Nationen stammend) reichlich vorhanden ist, existiert meines Wissens nach keine veröffentlichte wissenschaftliche Literatur, die sich im Speziellen mit der gambischen Staatlichkeit auseinandersetzt. Schwierig ist die Quellenlage auch insofern, als dass Literatur aus Gambia selbst rar ist, da der wissenschaftliche Sektor noch in den Kinderschuhen steckt. Aufgrund der politischen Situation der vergangenen zwei Jahrzehnte sollte ebenfalls wenig verwunderlich sein, dass sich innerhalb der wenigen Literatur kaum kritische Auseinandersetzungen finden lassen.

Bei der Auswahl der Materialien für die Analyse wird auf eine Balance zwischen Daten lokalen und nicht-lokalen bzw. 'westlichen' Ursprungs geachtet, denn Wahrnehmung wird entscheidend von der eigenen Position und dem Bezug zum behandelten Gegenstand beeinflusst, wodurch voneinander abweichende Einschätzungen möglich sind. Dadurch spielt es eine Rolle, ob der oder die Autor*in selbst die gambische Staatsbürger*innenschaft hat, im Land lebt und/oder aufgewachsen ist oder sonstige persönliche Bezüge besitzt, und somit eher eine Innenperspektive einnimmt oder von außen seinen oder ihren Blick auf das Land richtet. Keine der beiden Perspektiven ist wichtiger als die andere, daher sollte ein Gleichgewicht zwischen beiden Perspektiven bestehen, um ein Bild zu zeichnen, das nächstmöglich an die Realität herankommt. Neben der verwendeten Literatur sollen acht vor Ort geführte leitfadengestützte Expert*innengespräche eine differenzierte Analyse ermöglichen. Die Interviewten wurden je nach ihrem Fachgebiet zu einer der drei Staatsfunktionen befragt. Dabei orientierten sich die Fragen an den von Schneckener festgelegten Indikatoren. Die Transkription der Interviews orientiert sich an den Transkriptions-Regeln von Thorsten Dresing und Thorsten Pehl (vgl. Pehl Dresing/ Pehl 2013).

An die Ausführung der qualitativen Daten schließt sich nun eine Auseinandersetzung mit den quantitativen Daten an, die in der Arbeit verwendet werden. Für den Bereich Wohlfahrt wird der HDI zu Rate gezogen. Diesen nennt Schneckener namentlich zur Analyse der menschlichen Entwicklung. Die Vereinten Nationen erheben den HDI seit 1990, folglich deckt dieser Index die gesamte untersuchte Zeitspanne von 1996 bis 2016 ab. Es ist kritisch anzumerken, dass der HDI mit Durchschnittswerten arbeitet, wodurch Ungleichheiten in einem Land nicht abgebildet werden können. Die unten eingefügte Abbildung 3 veranschaulicht die Struktur und Zusammensetzung des HDI (United Nations Development Program 2016):

Abbildung 3: Human Development Index



Quelle: United Nations Development Program 2017

Um jedoch auch einen Eindruck über bestehende Ungleichheit zu gewinnen, wird der Gini-Koeffizient, ein statistisches Maß aus einer Berechnung der Weltbank zur Bewertung der Kluft zwischen Arm und Reich, mit einbezogen. Die Bewertung erfolgt von 0 bis 100, wobei 0 maximale Gleichverteilung und 100 vollkommene Ungleichheit bedeutet (ginikoeffizient 2013). Der Global Gender Gap Index (GGGI), der vom World Economic Forum seit 2006 erhoben wird, erfasst die Gleichstellung von Mann und Frau. Dabei bewertet er vier Bereiche: Wirtschaft, Bildung, Politik und Gesundheit. Ein Score von 0 entspricht einem Maximum an Ungleichheit, während 1 für die maximale Gleichstellung steht. Für einen Eindruck der generellen wirtschaftlichen Lage des Landes wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen.

Für die Staatsfunktion Legitimität/Rechtsstaatlichkeit besteht ein deutlich umfangreicheres Angebot an quantitativen Daten. Hilfreiche Quellen sind bspw. die Indizes des Freedom House (FH), der Corruption Perceptions Index (CPI) sowie der Worldwide Governance Indicators Index (WGII). FH erhebt für Gambia den Index Freedom of the Press (FotP) seit 2002 und den Freedom in the World (FotW) bereits seit 1998 (Freedom House 2017). Seit 2003 wird von Transparency International der CPI auch für Gambia erhoben. In diesem wird das wahrgenommene Korruptionsniveau im öffentlichen Sektor eines Staates gemessen. Dazu werden 13 verschiedene Datensätze genutzt, die von zwölf verschiedenen Instituten erstellt werden (Transparency International 2016). Neben dem beschriebenen Korruptionswahrnehmungsindex werden ebenfalls Daten aus dem WGII in die Bewertung der Indikatoren für den Grad der Legitimität/Rechtsstaatlichkeit Gambias einfließen. Dieser von der Weltbank erhobene Index ist mit 30 verschiedenen Datenquellen deutlich umfangreicher als der zuvor beschriebene. Bereits seit 1996 misst die Weltbank den WGII, wobei Gambia erst seit 2005 berücksichtigt wird. Der Index setzt sich aus sechs Dimensionen zusammen, von denen lediglich eine in dieser Arbeit verwendet wird. Mit der Dimension Voice and Accountability wird der Indikator Gewährung politischer Partizipationsrechte bewertet. Diese Dimension analysiert, ob es der Bevölkerung möglich ist, bei der Auswahl ihrer Regierung zu partizipieren, inwiefern Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gegeben und ob die Medien frei sind (Weltbank 2017).

Auf den FSI wird im folgenden Punkt genauer eingegangen, um eine erste Orientierung der gambischen Staatlichkeit zu bieten. Natürlich ist der FSI nicht der einzige Index, der sich mit dem Thema der fragilen Staatlichkeit beschäftigt. Neben ihm existieren rund zehn weitere, die mehr oder weniger explizit Staatlichkeit messen. Als ein Beispiel kann der Index of State Weakness in the Developing World angeführt werden, den das Brookings Institute herausgibt. Dass der FSI herangezogen wird, liegt daran, dass dieser der einzige jährlich erscheinende und länderübergreifende Index ist, der im Speziellen Staatlichkeit misst (Ziaja/ Mata 2010: S. 2–3). Darüber hinaus

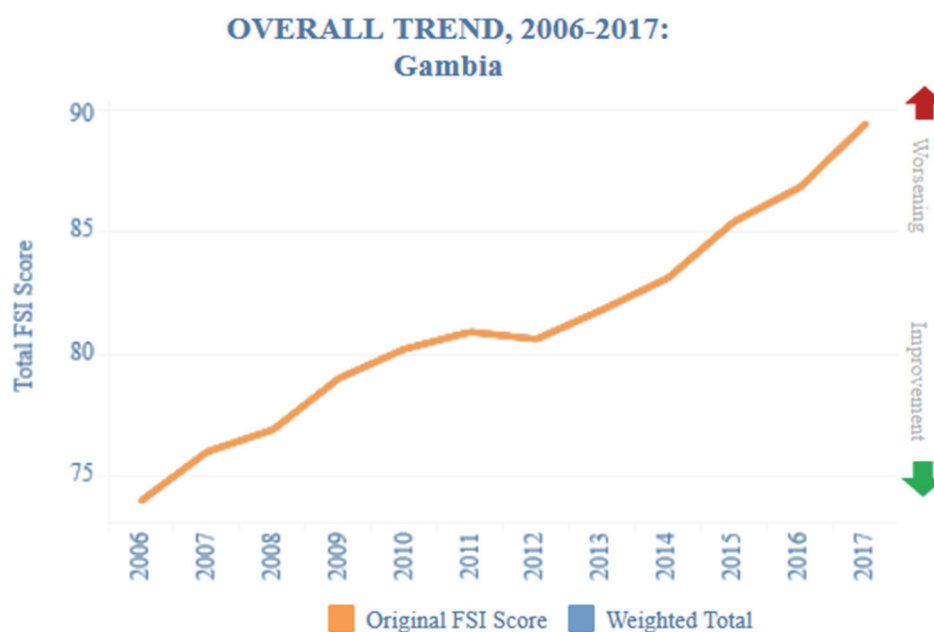
spricht für den FSI, dass hinsichtlich des zugrunde gelegten normativen und 'westlichen' Staatsmodells als auch hinsichtlich Zielsetzung und Zweck Parallelen zum Modell Schneckeners bestehen.

Der Think Tank FfP erhebt seit 2005 den FSI, der im Foreign Policy Magazin veröffentlicht wird. Aktuell umfasst dieser 178 Staaten, worunter seit 2006 auch Gambia fällt. Die Datenerfassungstechnik Conflict Assessment System Tool (CAST) stellt die Grundlage des FSI dar. Zwölf Indikatoren, die sich vier Rubriken unterordnen lassen, werden mit dem CAST gemessen. Diese vier Bereiche sind: Zusammenhalt (Cohesion), Wirtschaft (Economic), Politik (Political) und Soziales (Social). Die Bewertung der einzelnen Indikatoren reicht von 0 bis 10 Punkten, wodurch insgesamt eine maximale Punktzahl von 120 erreicht werden kann. Je höher das Ergebnis ausfällt, desto fragiler ist die Staatlichkeit (Fund for Peace 2017). Alle Indikatoren fließen mit der gleichen Gewichtung in das Gesamtergebnis ein, was der erste Kritikpunkt ist: „In plain words such a simple addition is adding apples and oranges, the eventual result being bananas ranked according to length!“ (Carlsen/ Bruggemann 2014: S. 526). Carlsen und Bruggemann bezweifeln, dass tatsächlich jeder Indikator gleiche Relevanz für die Staatlichkeit eines Landes besitzt. Durch die schlichte Addition der zwölf Indikatorwerte stellt der FSI zwar ein einfaches Ranking dar, doch diese Simplizität hat ihren Preis. Fehlerhafte Schlussfolgerungen können die Folge sein, da es möglich ist, dass sich Indikatorwerte aus vollkommen unterschiedlichen Bereichen gegenseitig ausgleichen (Carlsen/ Bruggemann 2014: S. 526–529).

3.4 Gambia im Fragile States Index

2017 lag Gambia auf dem fünften Platz der Staaten, deren Staatlichkeit sich im Vergleich zum Vorjahr am stärksten verschlechterte. Aber wie sah die Entwicklung von 2006 bis heute aus?

Abbildung 4: FSI Overall Trend, Gambia 2006 - 2017



Quelle: Fund for Peace 2017

Die oben gezeigte Grafik veranschaulicht für den bewerteten Zeitraum im Schnitt eine Verschlechterung der Staatlichkeit Gambias. Eine Ausnahme stellen die Jahre 2011 und 2012 dar. Während dieser Zeit ergaben die Messungen eine minimale Verbesserung der Staatlichkeit um 0,3 Punkte. Da der Entwicklungstrend ansonsten in Richtung einer Verschlechterung ging, ist dieses Ereignis eine Ausnahme. In Zahlen ausgedrückt heißt das, Gambia ist von Platz 83 im Jahr 2006 auf aktuell Rang 37 gerutscht.⁶

Die Entwicklung der Indikatoren Group Grievance und Uneven Economic Development heben sich von den restlichen zehn ab, da diese heute eine bessere Bewertung als zu Beginn der Messung 2006 aufweisen. Alle anderen Indikatoren haben sich verschlechtert. Insbesondere der Indikator Human Rights and Rule of Law verschlechterte sich im Laufe der vergangenen zwölf Jahre deutlich. Sein Wert erhöhte sich von 6,6 im Jahr 2006 auf derzeit 9,4. Der im Durchschnitt niedrigste, somit beste Wert, wurde für den Indikator Group Grievance mit 3,9 Punkten gemessen. Auch aktuell ist das der Indikator, in dem Gambia das beste Ergebnis erzielt (Fund for Peace 2017).

Ob sich ein vergleichbares Bild der Entwicklung von Gambias Staatlichkeit durch die Anwendung von Schneckeners Modell ergibt, wird im Kapitel Fallstudie: Gambia untersucht. Ziel dabei ist es, ein differenzierteres Bild zu zeichnen, als es der FSI tut.

4. ÜBERBLICK ÜBER DIE REPUBLIK GAMBIA

Dieses Kapitel ist eine Hinführung zu der sich daran anschließenden Anwendung von Schneckeners Modell auf Gambia. Es wird ein genereller Überblick über das Land und seine Geschichte geboten. Darauf aufbauend wird die Entwicklung der Staatlichkeit während Yayha Jammehs Amtszeit von 1994 bis 2016 analysiert.

4.1 Das Land Gambia

Gambia ist der kleinste Staat auf dem afrikanischen Festland. Seine Fläche ist mit rund 11.000 km² gerade mal halb so groß wie Hessen. Quer durch das westafrikanische Land zieht sich der Gambia-Fluss, dem eine große Bedeutung zukommt, bspw. als Verkehrs- und Transportweg sowie als Lebensraum für eine Vielzahl von Tierarten (Nationalmuseum 2017). Mit den Worten: „[...] we are lithely like a tongue inside a mouth“ (Interview: Bashirou 2017) beschrieb Garba-Jahimpa Bashirou vom United Nations Development Program (UNDP) die beinah vollkommene Eingrenzung durch den Senegal mit der Ausnahme der 80 km langen Küste. In dem kleinen Land lebten nach Schätzungen im Jahr 2015 rund 1,96 Millionen Menschen. Damit hat sich seit der Staatsgründung die Bevölkerungszahl fast verzehnfacht. Staatsgebiet und Staatsvolk teilen sich in sechs Verwaltungsbezirke. Eine deutliche Mehrheit der durchschnittlich sehr jungen Bevölkerung lebt in dem Bezirk Western Division (Auswärtiges Amt 2017). Die Hauptstadt Banjul ist eine Seehafenstadt, wodurch sie wirtschaftlich sowohl für den legalen als auch den illegalen Umschlag von Gütern eine wichtige Position einnimmt (Wiese 1995: S. 133). Dennoch belegt Banjul lediglich Rang vier der größten Städte, nach Serrekunda, Bakau und Brikama.

⁶ 146 Staaten wurden im Jahr 2006 im Fragile States Index berücksichtigt.

Abbildung 5: Landkarte Gambia (politische Karte)



Quelle: Weltkarte 2017

Die größten der in Gambia lebenden Volksstämme sind Mandinka, Wolof, Fulla und Djola, die jeweils ihre eigene traditionelle Kultur und Sprache pflegen. Ähnlicher sind sie sich in der Religionszugehörigkeit: Eine deutliche Mehrheit der gambischen Bevölkerung ist muslimischen Glaubens. Lediglich 5% gehören dem Christentum oder einer anderen Religion an (Nationalmuseum: Religion 2017). Die Amtssprache im Land ist Englisch, ein Überbleibsel aus der Kolonialzeit, während Wolof als Handelssprache verbreitet ist (Nationalmuseum: Colonial Banjul 2017). Die Wirtschaft Gambias basiert stark auf dem Agrarsektor, ganz besonders der Erdnussökonomie und der Fischerei sowie dem Tourismus. Über wirtschaftlich verwertbare Bodenschätze oder

andere natürliche Ressourcen verfügt das Land nicht (Wiese 1995: S. 126). Um Agrarflächen zu schaffen, musste viel natürliche Vegetation weichen, was den Prozess der Desertifikation beförderte. Gambias Böden sind lediglich mäßig fruchtbar, wobei eine höhere Bodenqualität in den saisonal überschwemmten Flussbereichen zu finden ist. In Kombination mit einem tropischen Sahelklima, ausgeprägten Regen- und Trockenzeiten, einer abnehmenden Niederschlagsmenge und einer Zunahme der Niederschlagsvariabilität ist die landwirtschaftliche Nutzbarkeit weiter Landesteile eingeschränkt (Wiese 1995: S. 133). Daher müssen zur Versorgung der Bevölkerung Nahrungsmittel importiert werden (Länder-Lexikon 2017).

4.2 Postkoloniale Geschichte

Zunächst waren es Portugies*innen, die Handelsniederlassungen auf dem heutigen Staatsgebiet Gambias errichteten. Im Laufe der Zeit setzte sich jedoch Frankreich als Kolonialmacht in nahezu der gesamten Sahelregion durch. Eine Ausnahme stellte nur Gambia dar: 1765 gewannen dort die Briten die Oberhand (Krings 2006: S. 1). Seit 1889 verschoben sich die Grenzen des Herrschaftsgebiets immer wieder, bis ein britisch-französisches Abkommen die Grenzverläufe regelte, welche in dieser Form bis heute Bestand haben. Von 1888 bis 1970 war Gambia eine britische Kronkolonie. Im Zuge von aufkommenden Unabhängigkeitsbewegungen gründeten sich zu Mitte des 20. Jahrhunderts erste Parteien, die am 18. Februar 1965 Gambias Unabhängigkeit von Großbritannien durchsetzten. Durch einen Volksentscheid im Jahr 1970 wurde das Land zu einer Präsidentialrepublik im Commonwealth, in der zwei Jahre später die ersten Präsidentschaftswahlen abgehalten wurden. Dawda Kaiwara Jawara von der People's Progressive Party (PPP) ging als Sieger aus den Wahlen hervor (Länder-Lexikon 2017).

4.3 Die erste Republik Gambia

Jawara, zunächst Premierminister Gambias, wurde 1972 zum ersten Präsidenten gewählt. Fünf weitere Male wurde er in seinem Amt bestätigt, bis ihn ein Militärputsch 1994 seinen Posten kostete und ins Exil zwang (Länder-Lexikon 2017).

Nach zwei Amtszeiten Jawaras schloss sich Gambia nach einem blutigen Putschversuch 1982, der nur mit Hilfe senegalesischer Truppen niedergeschlagen werden konnte, mit dem Senegal zur Konföderation Senegambia zusammen (Wiese 1995: S. 125). Rund 500 Menschen verloren während der Niederschlagung des Putschs ihr Leben (BBC News 2017). Der Zusammenschluss zu einem Staatenbund war von gambischer Seite aus stark sicherheitspolitisch motiviert, aber sollte auch „[...] die unsinnige politische Gliederung der westafrikanischen Küste mit dem Kleinstaat Gambia und die regionale Isolierung der südlich gelegenen senegalesischen Provinz Casamance in ihren Folgen mindern.“ (Wiese 1995: S. 125). Jawara hatte das Amt des Vizepräsidenten inne, während der senegalesische Staatspräsident Abdou Diouf Diouf die Präsidentschaft übernahm (Länder-Lexikon 2017). Dieses Machtungleichgewicht, welches sich u.a. durch ein größeres Staatsgebiet und -volk auf senegalesischer Seite erklären lässt, führte zu einer Übermacht Senegals in der Konföderation. Zwar behielt Gambia ebenso wie der Senegal seine Souveränität, nichtsdestotrotz fühlte sich die gambische Regierung eingeschränkt, was zu Spannungen zwischen den beiden Staaten führte und letzten Endes zur Auflösung des Bundes im Jahr 1989. Wenige Jahre vor dem Ende der ersten Republik Gambias hatten sich beide Staaten wieder soweit

angenähert, dass sie im Mai 1991 einen neuen Kooperationsvertrag schlossen, der auf eine engere politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit abzielte (Wiese 1995: S. 126).

4.4 Die zweite Republik Gambia

Auf das Ende von Dawda Kaiwara Jawaras Präsidentschaft durch einen unblutigen Militärputsch folgte eine zweijährige Übergangsregierung. Leutnant Yahya Jammeh, der 1994 den Putsch anführte, setzte sich selbst an die Spitze des Armed Forces Provisional Ruling Council (AFPRC). Er setzte die Verfassung von 1970 außer Kraft und verbot sämtliche Parteien. 1996 beugte sich das neue Staatsoberhaupt dem größer werdenden Druck der internationalen Gemeinschaft und hielt Wahlen ab, zu denen er mit seiner neu gegründeten Partei Alliance for Patriotic Reorientation and Construction (APRC) antrat und gewann. Mit 55,8% der Stimmen setzte sich der nun jüngste Präsident der Welt gegen drei weitere Kandidaten durch. Im Jahr darauf erließ er eine neue Verfassung, die bis heute Bestand hat. Demnach war Gambias Staatsform eine Republik. Die offizielle Bezeichnung des Landes lautet: Republic of The Gambia (Nationalmuseum: The Struggle for Independence 2017). Da in der Regel drei Monate nach den Präsidentschaftswahlen die Wahlen zum Parlament stattfinden (Agim 2015: S. 15), wurden im Januar 1997 die ersten Parlamentswahlen der neuen Republik abgehalten. Per Mehrheitswahlrecht werden 48 Sitze verteilt und fünf weitere vom Staatsoberhaupt vergeben (Auswärtiges Amt 2017). Die Partei des Präsidenten, APRC, sowie die United Democratic Party (UDP), die National Reconciliation Party (NRP) und People's Democratic Organisation for Independence and Socialism (PDOIS) bezogen Sitze im Parlament während Jammehs erster Legislaturperiode. Damit sind bereits die wichtigsten Parteien Gambias genannt (Nationalmuseum: Parties 2017). Drei weitere Male wurde Yahya Jammeh in seinem Präsidentschaftsamt bestätigt: 2001, 2006 und 2011. 2016 verlor er gegen seinen Konkurrenten Adama Barrow, der als Kandidat einer Oppositionskoalition antrat und dadurch das Ende der Ära Jammeh sowie die dritte Republik Gambia einläutete (Neue Zürcher Zeitung 06.04.2017). Im Verlaufe von vier Legislaturperioden, die Jammeh im Amt verbrachte, erweiterte sich sein Name auf: His Excellency Sheikh Professor Alhaji Dr. Yahya Abdul-Aziz Jemus Junkung Jammeh (Williams 2017: S. 2). Nicht nur sein Name veränderte sich, sondern auch seine Art des Regierens wurde härter. Zwar war er bemüht, auch durch das Abhalten von Wahlen den Schein einer Demokratie zu wahren, dennoch wurde seine Herrschaft oft als eine Diktatur bezeichnet und er als ein Held, der sich in ein Monster verwandelt hatte (Interview: Gomez 2017). Diese Entwicklung Gambias gipfelte in zwei Alleingang-Entscheidungen: der Austritt aus dem Commonwealth im Jahr 2013 und 2015 die Umbenennung der Republik Gambia in Islamic Republic of The Gambia. In den Präsidentschaftswahlen 2016 entschied sich die Bevölkerung Gambias gegen ihren Langzeitherrscher und sprach sich mit 43% für Barrow aus (BBC News 2017).

5. FALLSTUDIE: REPUBLIK GAMBIA

Im Folgenden wird nun aufbauend auf den oben erläuterten Theorieteil eine Klassifizierung der gambischen Staatlichkeit während Jammehs Amtszeit vorgenommen. Dabei wird das zuvor erläuterte Modell Ulrich Schneckeners zu fragiler Staatlichkeit auf Jammehs vier Legislaturperioden angewendet. Für jede Phase werden die drei Staatsfunktionen untersucht, um anschließend daraus eine Typologisierung der Staatlichkeit Gambias abzuleiten.

5.1 Erste Phase: 1996 – 2001

5.1.1 Staatsfunktionen

Sicherheit

Garba-Jahimpa Bashirou vom UNDP stellte im Interview fest, dass es keine anhaltenden oder wiederkehrenden gewalttätigen Konflikte in Gambia gab, weder in Jammehs erster Legislaturperiode, noch in einer seiner drei weiteren. Zu Krisen kleineren Ausmaßes kam es jedoch durch Putschversuche, die Yayha Jammehs Macht anfochten. Im Januar des Jahres 2000 wagte eine Gruppe den Versuch, der jedoch vereitelt werden konnte. Das Innenministerium beschuldigte zwei leitende Offiziere, die Rädelsführer gewesen zu sein (BBC News 2000). Neben den Putschist*innen, die nichtstaatliche Gewaltakteure*innen darstellten, jedoch keinen dauerhaft bestehenden Zusammenschluss formten, existierte eine Gruppe namens Jungulers, die auch als Black Black Boys bekannt sind. Hierbei handelt es sich um eine zu Beginn lose und später klarer strukturierte Vereinigung, die sich zumeist aus Militärs oder anderen Sicherheitskräften zusammensetzt. Sie waren direkt und alleinig dem Präsidenten unterstellt, allerdings existierten sie nur inoffiziell, da die gambische Verfassung eine solche Gruppe nicht vorsieht. Der Politikwissenschaftler Dr. Ismaila Ceesay beschreibt den alleinigen Zweck dieser Gruppe damit, brutale Aufträge für Jammeh auszuführen. Des Weiteren berichtete er davon, dass sie über das gesamte Land verteilt Folterkammern besäßen. Bashirou konkretisierte Ceesays Aussage noch mit der Information, dass die Jungulers für Jammehs 'Schmutzarbeit' verantwortlich gewesen seien: sie verhafteten ohne richterlichen Beschluss, folterten und töteten Menschen. Noch ein weiterer nichtstaatlicher Akteur ist zu nennen: eine Rebellengruppe im senegalesischen Casamance, die die Autonomie ihres Gebietes anstreben. Gambia tangiert diese Gruppe zum einen daher, dass sie im Grenzgebiet aktiv ist, und zum anderen, da es heißt, dass der ehemalige gambische Präsident die Separatist*innen, die seinem Volksstamm angehören, unterstützte (anonym 2006).

Zum Zustand des staatlichen Sicherheitsapparats während Jammehs erster Amtszeit lässt sich anmerken, dass die gambische Armee zunächst sehr klein war, Jammeh diese jedoch ab seinem Amtsantritt rasant ausbaute. Quantitativ wuchs die Armee durch Massenmobilisierungen zügig an, bei der Geschwindigkeit blieb die Qualität jedoch auf der Strecke. Dadurch, dass Jammeh sich 1994 an die Macht putschte, hatten sich einige Partner*innen, die zuvor auch am Training der Armee und mit sonstiger Unterstützung beteiligt waren, zurückgezogen. Jammeh selbst legte den Fokus der Armee auf seine persönliche Sicherheit (Interview: Bashirou 2017). Diesen Bereich

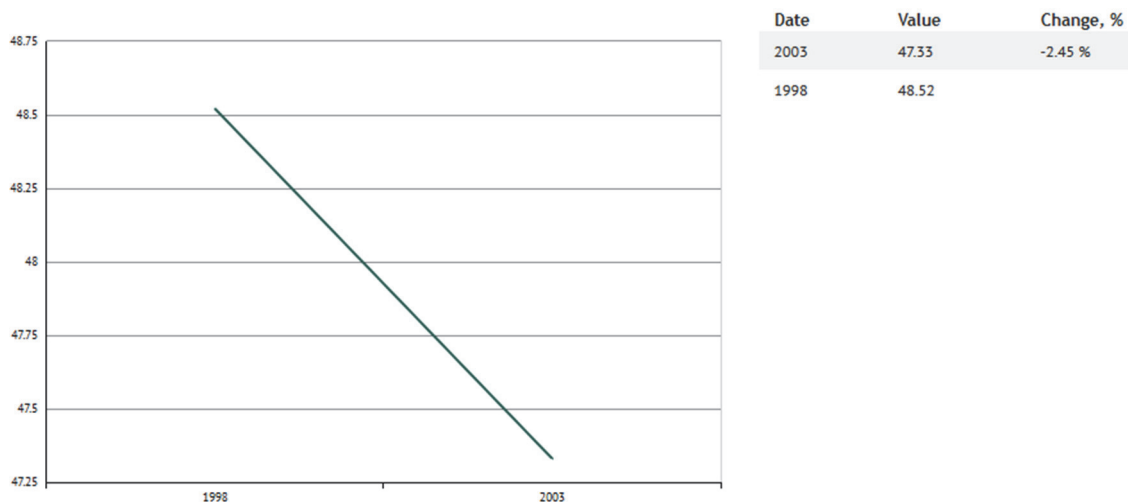
erfüllten sie, aber ansonsten beschreibt I. Ceesay im Interview den gambischen Sicherheitsapparat mit den Worten: „We never had a well trained, professional, disciplined military force.“ Obwohl die Armee mit vielen Mängeln behaftet war, besaß sie die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet. Dies war jedoch weniger auf einen ausreichend guten Zustand der Sicherheitskräfte zurückzuführen, als auf ein Klima der Angst, durch das Jammeh mit Leichtigkeit die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet innehatte, wie der Dekan der School of Arts and Science der University of The Gambia (UTG), Dr. Pierre Gomez, im Interview erklärte. Das galt ab dem Zeitpunkt seiner Machtergreifung bis zu seiner Abwahl 2016 und besitzt somit seine Gültigkeit für alle vier Legislaturperioden. Schlechter stand es um den Grad der Kontrolle über die Staatsgrenzen. Diese werden für die gesamte Jammeh Ära als porös und schlecht gesichert beschrieben. Allerdings heißt es, dass die Grenzen lediglich schlecht gesichert waren, da Jammeh kein Interesse daran besaß, diese sicherer zu gestalten (Interview: Ceesay, H. 2017). Neben den kriminellen Machenschaften der Jungulers betonten alle Interviewpartner*innen stets die ausgeprägte Friedfertigkeit des gambischen Volks. Tatsächlich sank die Zahl krimineller Verbrechen im Verlaufe von Jammehs Amtszeit, bspw. nahm die Anzahl von Diebstählen und Gewaltverbrechen ab: „When Jammeh came to power most of these things decreased, because he had zero tolerance on crime and that made people being scared of committing certain crimes“ (Interview: Ceesay, I. 2017). Anders sah es jedoch mit dem Grad der Bedrohung aus, der für die physische Sicherheit der Bürger*innen von staatlichen Organen ausging. In diesem Bereich kam es zu unzähligen Verbrechen, deren Anzahl sich von 1996 bis 2016 stark erhöhte. 1998 starb der frühere Finanzminister Koro Ceesay auf ungeklärte Weise. I. Ceesay bezeichnete ihn als das erste Opfer Jammehs. Es heißt, er wurde von den Jungulers gefoltert, ermordet und sein Leichnam anschließend in seinem Auto verbrannt. Es kam nie zu einer offiziellen Aufklärung des Falls. Ihm wurde vermutlich zum Verhängnis, dass er auf Ungereimtheiten im Staatshaushalt stieß (anonym 2006)⁷. 2001 kam es zu einem weiteren schweren Verbrechen durch staatliche Organe. Bei Studierendenprotesten wurden 16 Menschen von Sicherheitskräften getötet. Die Proteste richteten sich gegen die Ermordung eines Studenten und die Vergewaltigung einer Studentin. In einem geheim verfassten Bericht eines gambischen Journalisten aus dem Jahr 2006 heißt es, Jammeh persönlich habe mit den Worten „Kill those bastards“ den Befehl gegeben, in die Menge zu schießen. Die betroffenen Familien wurden weder entschädigt, noch wurde der Tod dieser Menschen je genauer untersucht oder gar aufgeklärt. 2001 wurde ein Gesetz erlassen, das unter bestimmten Voraussetzungen Straflosigkeit für Sicherheitskräfte vorsieht. Derartige Situationen liegen in der freien Interpretation des Befehlshabenden und können öffentliche Unruhen, Ausschreitungen oder ein Notstand sein. Erste Anwendung fand das Gesetz im Falle der Studierendenproteste (Freedom House 2005). Zum Ende der ersten Legislaturperiode Jammehs und somit gleichzeitig im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen starb des Weiteren mindestens eine Person durch staatliche Hand. Sicher ist, dass am 16. Oktober 2001 Sicherheitskräfte den UDP-Unterstützer Ousman Ceesay, nachdem es zu einem Zusammenstoß zwischen APRC-Unterstützer*innen und der UDP kam, erschossen (BBC News 2001). Zusammengefasst veranschaulichen die aufgelisteten Fälle ein sehr hohes Gefahrenmaß, das von staatlichen Organen für die physische Sicherheit der gambischen Bürger*innen ausging.

⁷ Konkret ging es um Waffenkäufe im Wert von 70 Millionen Dalasi, die nicht im Haushalt aufgelistet wurden.

Wohlfahrt

Zur Bewertung der Kluft zwischen Arm und Reich während der ersten Legislaturperiode der Jammeh Regierung wird der Gini-Koeffizient als Maß der Ungleichheit herangezogen. Dieser ist in Abbildung 6 für Gambia dargestellt. 1998 erreichte Gambia einen Wert von 48,52. Damit weist das Land bei der Verteilung der Einkommen eine mittelmäßige Ungleichverteilung auf.

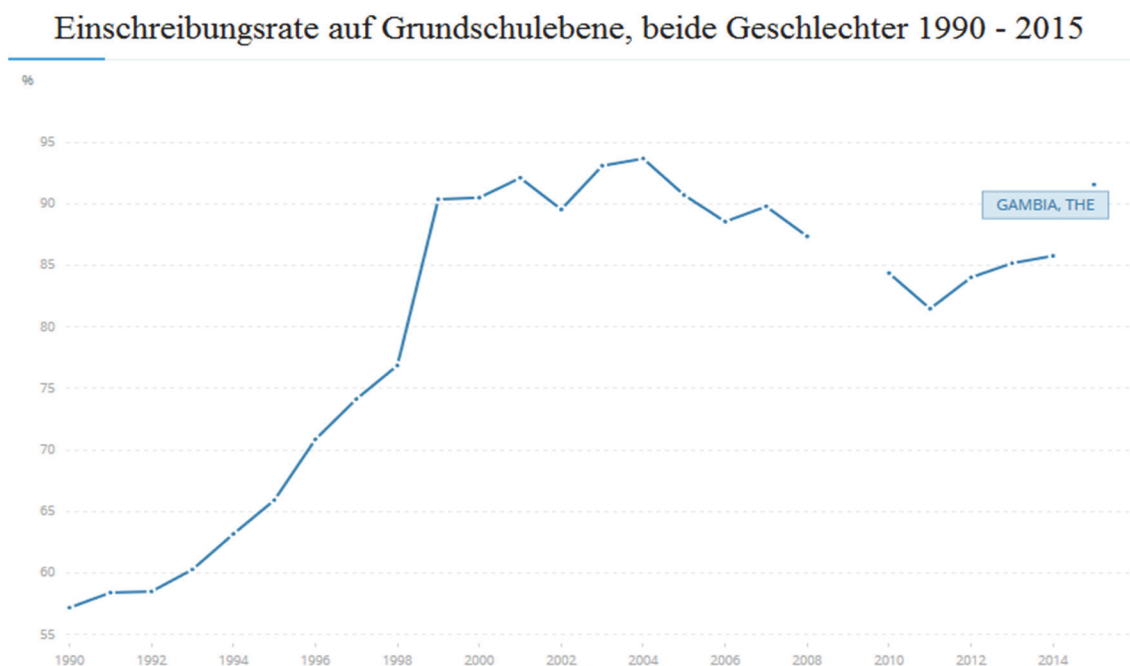
Abbildung 6: Gini-Koeffizient, Gambia 1998 - 2003



Quelle: Weltbank 2017

Der gambische Staat vermochte es nicht, diesem Ungleichgewicht etwas entgegen zu setzen. Genauer ist dazu allerdings nicht herauszufinden, weil die Höhe und Verteilung der Staatsausgaben nicht auszumachen ist, denn der Staatshaushalt ist weder in der ersten Legislaturperiode Jammehs noch in seinen weiteren von seinem Privathaushalt zu trennen (anonym 2006). Ebenso wenig ist über den Zustand staatlicher sozialer Sicherungssysteme zu sagen, da sie nicht vorhanden sind. Zwischen 1996 und 2016 änderte sich an dieser Tatsache nichts (Interview: Faburay 2017). Was jedoch während Jammehs erster Legislaturperiode ersichtlich wird, sind staatliche Ausgaben für Infrastruktur, das Bildungs- und Gesundheitswesen. Wie groß der Anteil ausländischer Finanzierung war, bleibt dabei unklar. Fest steht jedoch, dass zwischen 1996 und 2001 155 Schulen erbaut wurden (Drammeh 2012: S. 172–178). Dadurch erhöhte sich die Einschulungsrate auf Grundschulebene von rund 70% im Jahr 1996 auf ca. 92% zum Ende der ersten Legislaturperiode, wie Abbildung 7 zeigt.

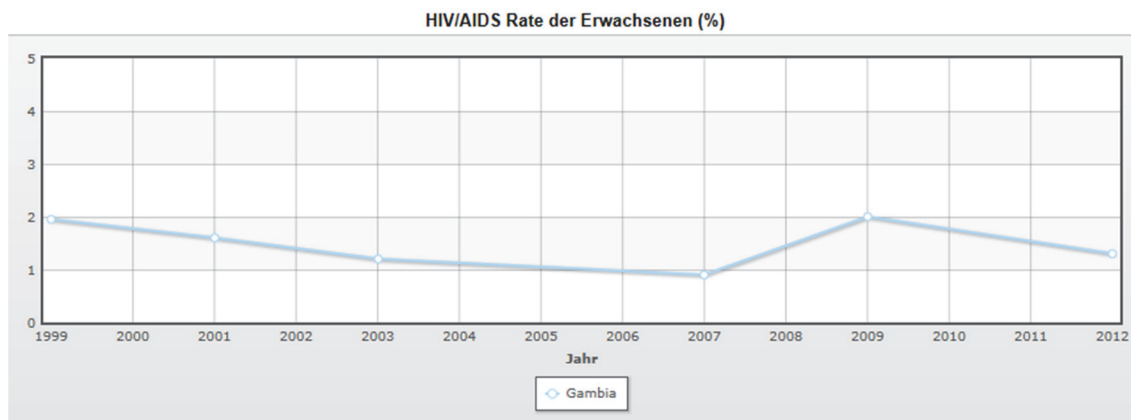
Abbildung 7: Einschreibungsrate auf Grundschulebene, beide Geschlechter 1990 - 2015



Quelle: Weltbank 2016

Ebenfalls erhöhte sich die Anzahl der Schuljahre, die Schüler*innen im Schnitt absolvierten. Zwölf Jahre sind vorgesehen, dennoch waren es zum Amtsantritt Jammehs durchschnittlich nur fünf, die ein Kind zur Schule ging (UNDP 2013). 1999 kam durch die UTG auch höhere Bildung hinzu. Die UTG ist die erste und bis heute einzige Universität im Land (University of The Gambia 2017). Dennoch konnten im Jahr 2000 lediglich 36,8% der Bevölkerung über 15 Jahren einen einfachen Text lesen und dessen Inhalt verstehen (World Data Atlas 2015). Festhalten lässt sich also, dass die Jammeh-Regierung große Erfolge im Ausbau des Bildungswesens zwischen 1996 und 2001 verzeichnen konnte, jedoch eher im quantitativen als im qualitativen Sinne. Ähnliches gilt auch für das Gesundheitswesen. In der ersten Legislaturperiode wurden zwei Krankenhäuser gebaut, jedoch mangelte es dort an Medikamenten und Fachkräften. Erst mit Eröffnung der UTG konnte medizinisches Personal in Gambia selbst ausgebildet werden. Davor waren Gesundheitsszentren und Krankenhäuser auf ausländische Kräfte angewiesen (Drammeh 2012: S. 2). Die hohe Kindersterblichkeit zeugte von der geringen Qualität der Einrichtungen. Im Jahr 2000 lag die Kindersterblichkeit bei 79,29 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten (Abbildung 14). Besser sah es im Bereich der an AIDS erkrankten Erwachsenen aus: 2001 waren 1,6% mit HIV infiziert.

Abbildung 8: HIV/AIDS Rate der Erwachsenen, Gambia 1999 - 2012



| Country | 1999 | 2001 | 2003 | 2007 | 2009 | 2012 |
|---------|------|------|------|------|------|------|
| Gambia | 1,95 | 1,6 | 1,2 | 0,9 | 2 | 1,3 |

Quelle: index mundi 2013

Ebrima Jaitieh berichtete im Interview von einigen Fortschritte im Bereich der Infrastruktur wie bspw. dem Straßenbau.

Einen weiteren Indikator zur Bewertung der Staatsfunktion Wohlfahrt stellen anhaltende wirtschaftliche und/oder währungspolitische Krisen dar. Zu einer währungspolitischen Krise kam es während Jammehs erster Legislaturperiode nicht, ebenso wenig zu einer wirtschaftspolitischen, dennoch bestanden große wirtschaftliche Probleme. 1998 war die gambische Wirtschaft stark abhängig von externer Finanzierung, denn nach dem Putsch 1994 hatte sich der für das Land so wichtige Tourismussektor noch nicht wieder erholt (Encyclopaedia Britannica 1998). Auskunft über den Zustand der gambischen Wirtschaft gibt vor allem das BIP: 1996 lag dieses bei 571 Millionen US\$. Bis 2001 erhöhte es sich auf 603 Millionen US\$. Die wirtschaftliche Leistung Gambias war während Jammehs erster Amtszeit somit ausgesprochen niedrig. An den wirtschaftlichen Ressourcen im Land hatten außerdem bestimmte Bevölkerungsgruppen in ungleichem Maße teil. Die Chance auf eine höhere Bildung und Arbeitsmöglichkeiten waren für Frauen immer noch deutlich geringer als für Männer, insbesondere in ländlichen Gebieten (Freedom House 1999). Erschwert wurde die schlechte wirtschaftliche Lage durch signifikante ökologische Probleme. Der zunehmende Waldverlust durch Abholzung führte zu einem Fortschreiten der Desertifikation, was wiederum negative Auswirkungen auf den Agrarsektor hatte. Im Verlaufe der vier Legislaturperioden Jammehs verschlechterte sich dieser Prozess fortwährend (Wiese 1995: S. 133). Bei all dem wäre ein niedriges Entwicklungsniveau der Bevölkerung, gemessen durch den HDI, nicht verwunderlich. Dennoch entwickelte sich dieser von 1996 bis 2001 positiv. 1994 wurde für Gambia ein Wert von 0,348 gemessen und bis 2001 erhöhte sich der Wert auf 0,392. Mit diesen Ergebnissen lag Gambia unter dem regionalen Durchschnitt (Abbildung 15).

Legitimität/Rechtsstaatlichkeit

Nach Wahlen, die als weder frei noch fair galten, sondern als stark fehlerhaft bezeichnet wurden, trat Yayha Jammeh im September 1996 seine erste Legislaturperiode als Präsident der Republik Gambia an. Zwar gab es keine konkreten Berichte über Wahlfälschungen oder -betrug, jedoch

wurden staatliche Ressourcen, wozu auch die wichtigsten Medien im Land gehören, hauptsächlich genutzt, um Wahlwerbung für Jammeh und seine Partei APRC zu machen. Neben dadurch ungleichen Chancen kam eine massive Einschüchterung der Opposition hinzu (Freedom House 1999). Der Partei PPP, die bis zum Putsch an der Macht war, wurde eine Teilnahme an den Wahlen untersagt sowie generell ein Verbot auferlegt, politisch aktiv zu sein. Erst im Juli 2000 wurde dieser Bann aufgehoben (U.S. Department of State 2002). Was blieb, war eine starke Unterdrückung oppositioneller Parteien und ihrer Anhänger*innen. Immer wieder kam es während Jammehs erster Amtszeit zu Inhaftierungen von Oppositionellen, so wurden bspw. 1997 mindestens 14 Mitglieder der UDP kurzzeitig verhaftet. Nach ihrer Freilassung berichteten viele von ihnen von Folter (Amnesty International 1998). Ein weiteres Beispiel stellt die Verhaftung von vier oppositionellen Politiker*innen dar, die sich an einem Protest gegen Korruption beteiligten (Encyclopaedia Britannica 1998). Im Jahr 2000 gipfelte die generell prekäre Situation der Opposition in einer Anklage der Regierung gegen 24 UDP-Mitglieder und -Politiker*innen wegen Mordes. Die Anschuldigung geht auf einen Zusammenstoß zwischen UDP- und APRC-Anhänger*innen zurück, bei dem ein Mensch starb (Freedom House 1999). Ebrima Jaiteh, ein ehemaliger Richter, beschrieb in einem Interview aus dem Jahr 2017 die Lage der Opposition mit den Worten: „The opposition was vertically oppressed. And they had no voice, they could not do anything“. Darüber hinaus sprach er davon, dass sich dieser Zustand während der vier Legislaturperioden Jammehs kontinuierlich verschlechterte. Ähnlich schwierig war die Situation im Land auch für Journalist*innen. Die Pressefreiheit war seit Jammehs Amtsantritt stark eingeschränkt. 1997 ließ die Regierung mehrere Paragraphen des Zeitungsgesetzes ändern, welches danach deutlich höhere Strafen bei Zuwiderhandlung vorsah. Die Einschränkung politischer Freiheiten während der ersten Periode wird zudem illustriert durch die zweiwöchige Inhaftierung von Reporter*innen im Jahr 1997 und der Abschiebung von drei ausländischen Journalist*innen, unter ihnen war auch der Chefredakteur des Daily Observer, Ellicot Seade, im selben Jahr (Amnesty International 1998). Unabhängige Printmedien gab es zwar, jedoch kann deshalb nicht von einer freien Presse die Rede sein. Auch der unabhängige Hörfunk sah sich mit Schwierigkeiten konfrontiert. Das populäre Radio Citizen FM wurde zum Beispiel für mehrere Jahre verboten (Freedom House 1999).

Die Gewährung politischer Partizipationsrechte benennt Ulrich Schneckener des Weiteren als Indikator für den Zustand von Legitimität und Rechtsstaatlichkeit. Dazu lässt sich im Falle Gambias anmerken, dass dieses zum einen für Menschen mit einer ausländischen oder doppelten Staatsbürger*innenschaft sowie für diejenigen höheren Alters eingeschränkt war. Eine andere Nationalität als die gambische verbietet es den betroffenen Menschen, gewisse politische Ämter aufzunehmen. Die Aufnahme bestimmter politischer Positionen ist außerdem durch eine Altersgrenze beschränkt. Dies blieb während des gesamten betrachteten Zeitraums unverändert (Interview: Jaiteh 2017). Zwar ist die politische Teilhabe von Frauen nicht gesetzlich eingeschränkt, jedoch leiden diese de facto unter Diskriminierung und sind in politischen Ämtern stark unterrepräsentiert. Auch an diesem Zustand änderte sich während Jammehs Ära im Wesentlichen nichts. Eine unzureichende Durchsetzung von Gesetzen zum Schutz von Frauen deutet bereits darauf hin, dass es dem gesamten Rechtssystem Gambias an Substanz mangelte, wie FH in seinem Report von 1998 berichtete. Hinzu kommt, dass trotz einer unabhängigen Verfassung niedrigere Gerichte manches Mal der Exekutive unterlegen waren. Nichtsdestotrotz stellte die Justiz im Allgemeinen ihre Unabhängigkeit bei mehreren Gelegenheiten unter Beweis (Freedom House 1999).

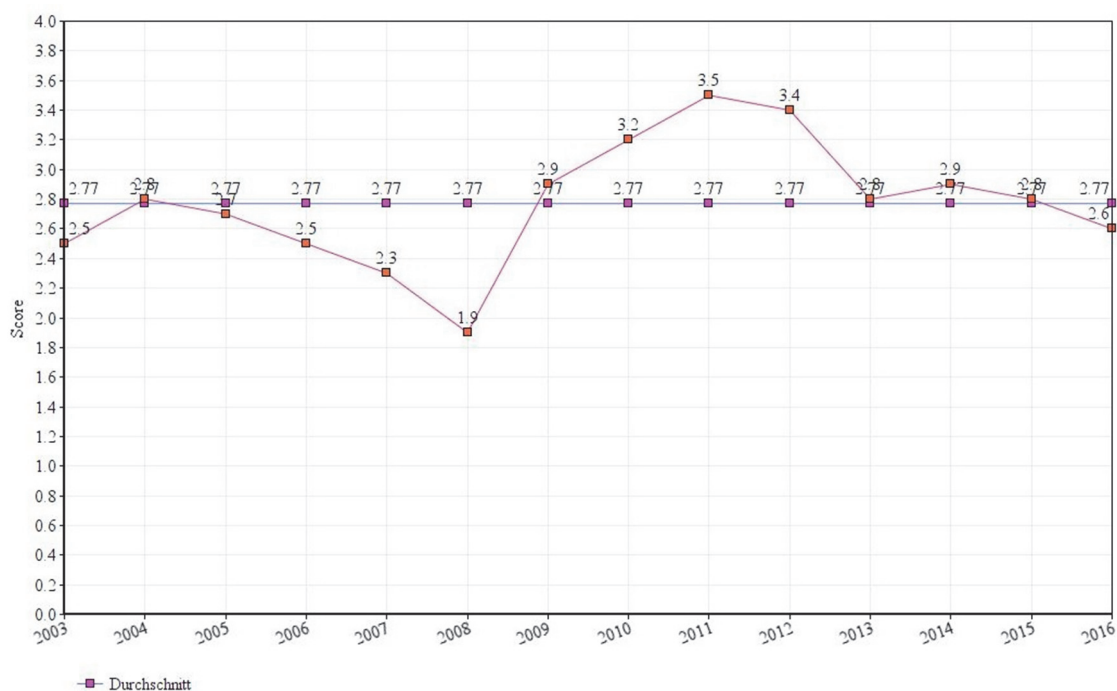
Um die Staatsfunktion Legitimität/Rechtsstaatlichkeit beurteilen zu können, darf ein Blick auf die Menschenrechtssituation nicht fehlen. I. Ceesay schilderte diese wie folgt:

“Human rights crimes increased drastically. In fact, Jammeh’s era was the most violent period in The Gambia in terms of human rights violations and crime, people disappeared, people were murdered at night, people were picked up and have never be seen again, torture increased.” (Interview: Ceesay, I. 2017)

An dieser Stelle ist auch auf die Fälle zu verweisen, die bei der Betrachtung der Sicherheitsfunktion unter dem Indikator Grad der Bedrohung, die für die physische Sicherheit der Bürger*innen, von staatlichen Organen ausgeht, genannt werden. Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen können somit bereits während Yahya Jammehs erster Legislaturperiode festgehalten werden.

Im Bereich der Korruption fällt das Urteil für Gambia gleichermaßen problematisch aus. Zwar war die Bekämpfung von Korruption eines der größten Wahlversprechen Jammehs, jedoch zeugt der Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) von der Leere dieses Versprechens. Der CPI wird für Gambia zwar erst seit 2003 erhoben, jedoch lassen sich von der Entwicklung, von 2003 bis heute, Rückschlüsse auf den Umfang der Korruption ab 1996 ziehen. Abbildung 9 zeigt, dass die gemessene Korruption in Gambia zwar immer wieder schwankte, aber sich im Durchschnitt betrachtet dauerhaft auf einem sehr hohen Niveau befand.⁸ Das bedeutet, dass gambische Amtsträger*innen und Politiker*innen in einem hohen Maße korrupt waren.

Abbildung 9: Corruption Perception Index, Gambia 2003 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung nach transparency 2017

⁸ Die Bewertung reicht von 0 bis 10, wobei 0 hochgradig korrupt bedeutet und 10 für gar nicht korrupt steht.

5.1.2 Typologisierung

Während der ersten Amtszeit Yayha Jammehs von 1996 bis 2001 ergibt die Analyse der drei Staatsfunktionen, dass die Staatlichkeit des Landes schwach war. Diese Typologisierung entspricht auch der Einschätzung von sechs der sieben Interviewten.

Das staatliche Gewaltmonopol existierte noch weitgehend, wodurch Gambia zwischen 1996 und 2001 eine gewisse Stabilität aufwies. Neben der Sicherheitsfunktion wurden auch die Staatsfunktion Wohlfahrt und Legitimität/Rechtsstaatlichkeit nur leidlich vom Staat erfüllt. Im Bereich der Sicherheit ist es vor allem der Grad der Bedrohung, der von staatlichen Organen gegen die physische Sicherheit ihrer Bürger*innen ausging, der zu dieser Bewertung führte. Die Beurteilung der Wohlfahrtsfunktion ergibt sich aus der schlechten wirtschaftlichen Lage und dem prekären Zustand des Bildungs- und Gesundheitswesens. Für den Zustand der Legitimität/Rechtsstaatlichkeit lässt sich die Bewertung vor allem durch den misslungenen Start mit Wahlen, die als weder frei noch fair galten, und eine ausgeprägte Unterdrückung der Opposition sowie weitreichende Einschränkung der Pressefreiheit begründen.

Abbildung 10: Typologisierung Gambias in der ersten Phase 1996 - 2001

| Staatlichkeits-Typ | Schwache Staatlichkeit | |
|--------------------|------------------------|----------------------------------|
| Sicherheit | Wohlfahrt | Legitimität/ Rechtsstaatlichkeit |
| +/- | +/- | +/- |

Quelle: Eigene Darstellung

5.2 Zweite Phase: 2001 – 2006

5.2.1 Staatsfunktionen

Sicherheit

Abgesehen von einem gescheiterten Putsch im Jahr 2006, der eher einen Zwischenfall als einen wirklich gewalttätigen Konflikt darstellte, kam es wie bereits in Jammehs erster Legislaturperiode auch in seiner zweiten Amtszeit nicht zu anhaltenden oder wiederkehrenden Konflikten. Der Putschversuch im Jahr 2006 wurde einer Gruppe um den Marinechef Sarjo Fofona und Ex-Armee-Chef Gen Langtombong Tamba vorgeworfen. Rund 50 Personen wurde die Beteiligung an dem Versuch, die Macht übernehmen zu wollen, nachgesagt, wofür sie inhaftiert wurden. Abgesehen von diesem nichtstaatlichen Gewaltakteur waren die Junguliers noch immer existent. Ebenfalls blieb seit der ersten Legislaturperiode gleich, dass der gambische Sicherheitsapparat nach wie vor wuchs und zwar in Richtung eines Umfangs, der in keinem Verhältnis mehr zur Größe des Landes und zur Tatsache stand, dass keine ausländische Aggression gegen Gambia vorlag. Zur Qualität der Armee lässt sich anmerken, dass sie stark dadurch beeinträchtigt war,

dass das Erreichen hoher Posten nicht von erbrachten Leistungen oder Fähigkeiten abhing, sondern lediglich die Loyalität zum Präsidenten der entscheidende Faktor war (Interview: Gomez 2017). Der staatliche Sicherheitsapparat wuchs also auch in Jammehs zweiter Legislaturperiode an, befand sich aber trotzdem in schlechtem Zustand. Dessen ungeachtet war Yayha Jammeh dennoch dazu in der Lage, mit Hilfe des Sicherheitsapparats das gesamte Staatsgebiet zu kontrollieren, was I. Ceesay im Interview bestätigte: „Jammeh in fact was in control over the whole territory in The Gambia, even beyond, because at some point Jammeh had even power in Casamance“. Dass seine Macht sogar über die Staatsgrenzen hinausreichte, konnte den Grad an Kontrolle, den er über die Außengrenzen besaß, dennoch nicht erhöhen. Die gambischen Grenzen waren porös und schlecht gesichert. Schmuggelwaren wie Drogen, Waffen oder Holz konnten die Grenzen unbemerkt passieren. Dies lag neben der Porosität der Außengrenzen auch daran, dass Jammeh selbst daraus Profit schlug und entsprechend tatenlos blieb (Interview: Ceesay, I. 2017).

Die Höhe und Entwicklung der Kriminalitätsrate stellt einen weiteren Indikator der Sicherheitsfunktion dar. Hierzu wurde bereits in der ersten Phase angemerkt, dass Gambia einheitlich von allen Befragten als ein Land mit einer sehr niedrigen Kriminalitätsrate beschrieben wurde. Dies blieb auch in Jammehs zweiter Legislaturperiode gleich, sofern von der Kriminalität innerhalb der Bevölkerung ausgegangen wird. Wirft man einen Blick auf vom Staat verübte Verbrechen, ist von 2001 bis 2006 ein Anstieg zu erkennen. I. Ceesay sagte darüber im Interview: „Crime from the state against the citizen increased during Jammehs era. But crime between civil society, between citizen themselves decreased a bit“. Entsprechend eines Anstiegs der vom Staat verübten Kriminalität erhöhte sich auch der Grad der Bedrohung, die für die physische Sicherheit der Bürger*innen von staatlichen Organen ausging. Von 1996 an regierte Jammeh bereits brutal, dennoch intensivierte sich die Gewalt, die von ihm ausging, mit den Jahren. Signifikant ist dabei das Jahr 2001, von dem ausgehend sich Jammehs Brutalität immens steigerte. Es kam zu einigen Putschversuchen, die seine Macht in Frage stellten. Er reagierte darauf mit Aggression und Gewalt (Interview: Ceesay, I. 2017). 2001 erschossen Sicherheitskräfte mehrere Personen an Kontrollpunkten (U.S. Department of State 2002), außerdem fanden im gleichen Jahr 55 ausländische Staatsbürger*innen durch gambische Sicherheitskräfte den Tod. Es heißt, sie nutzten auf der Flucht nach Europa Gambia als Transitland. Die Erklärung von gambischer Seite lautete, dass es sich bei dieser Gruppe um ausländische Spione gehandelt habe. Mehrere Journalist*innen, die um die Aufklärung dieses Falls bemüht waren, verschwanden oder mussten fliehen (anonym 2006).

Wohlfahrt

Während Yayha Jammehs zweiter Legislaturperiode verringerte sich die Schere zwischen Arm und Reich minimal im Vergleich zu seiner ersten Amtszeit. Der Gini-Koeffizient lag 2003 bei 47,33, was nach wie vor eine mittlere Ungleichverteilung ausdrückt (Abbildung 6).

Der Indikator über den Zustand staatlicher sozialer Sicherungssysteme wurde bereits in der ersten Phase für Jammehs gesamte Amtszeit beantwortet, ebenso wie der Punkt Höhe und Verteilung der Staatsausgaben. Hierzu merkte Ebrima Jaiteh im Interview noch an: „If you are in power, the government has the resources, they can go and deep their hands in the nation coffer and spend it on their parties and none even will hold them accountable. The office of the president has never been accountable“.

Im Bereich der Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens fanden zwischen 2001 und 2006 erneut Veränderungen statt, auch wenn die Fortschritte mit der Zeit kleiner wurden. Seit

2001 kamen weitere Straßenbauprojekte hinzu, wodurch es bereits 2002 möglich wurde, eine Müllabfuhr zu haben. Sechs Fahrzeuge gab es bis 2006, die jedoch lediglich einen Bruchteil des Landes abdecken konnten (Drammeh 2012: S. 5). Mit dem Bau 31 weiterer Schulen entwickelte sich das Bildungswesen Gambias in Jammehs zweiter Legislaturperiode weiterhin positiv, jedoch nach wie vor eher im quantitativen als im qualitativen Sinne; denn obwohl im Jahr 2002 die Schulgebühren für Mädchen abgeschafft wurden (Drammeh 2012: S. 163), sank die Zahl der Einschulungen bis 2006 auf 88,54% im Vergleich zu 92,09%, die 2001 noch erreicht wurden (Abbildung 7). Die Alphabetisierungsrate blieb weiter auf einem niedrigen Niveau, was bei einem Schulbesuch von durchschnittlich lediglich fünf Jahren kaum verwunderlich ist (UNDP 2013). Deutlichere Verbesserungen konnten im Gesundheitswesen beobachtet werden. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Infrastruktur konnten 2003 15 neue Krankenwagen in Betrieb genommen werden (Drammeh 2012: S. 5). Die Verbesserung in der klinischen Versorgung zeigte sich auch darin, dass im Jahr 2003 zum ersten Mal in der gambischen Geschichte eine junge Frau Fünflinge bekam. Sie brachte die Kinder gesund in einer Klinik in Gambia zur Welt (Drammeh 2012: S. 204). Erfolge konnten auch in der AIDS-Bekämpfung verbucht werden. Durch erfolgreiche Programme war die AIDS-Rate rückläufig und lag 2003 bei 1,2% der erwachsenen Bevölkerung, was im Vergleich mit dem Durchschnitt der Länder südlich der Sahara von 9% besonders niedrig ist. Trotz einiger Verbesserungen befand sich das Gesundheitswesen noch immer auf demart niedrigem Niveau, dass 2005 rund 600 Menschen von 100.000 an Malaria starben (Abbildung 19) und im Schnitt 72 Kinder von 1.000 ihren ersten Geburtstag nicht erlebten (WHO 2016).

In der zweiten Legislaturperiode der Jammeh-Regierung konnte eine signifikante Verbesserung des BIP erzielt werden. Zu Beginn dieser Periode 2001 lag das BIP noch bei 603 Millionen US\$, wuchs jedoch bis 2006 auf 655 Millionen US\$ an. Dennoch befand sich die Wirtschaftsleistung Gambias nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Abbildung 11 veranschaulicht tabellarisch die Entwicklung des BIP von 1996 bis 2015.

Trotz eines zu beobachtenden Wachstumstrends blieb ein Ungleichgewicht in der Teilhabe an wirtschaftlichen Ressourcen bei bestimmten Bevölkerungsgruppen bestehen. Nicht gleichgestellt waren insbesondere Frauen, deren Benachteiligung der GGI bestätigt. Im Jahr 2006 rangierte Gambia auf Platz 79 von 115 überprüften Ländern. Damit erreichte Gambia einen Score von 0,645 (World Economic Forum 2015).

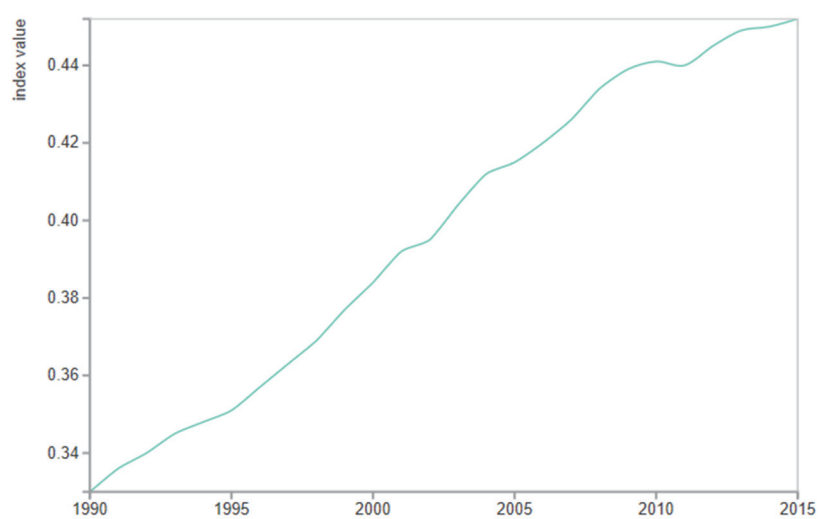
Während der zweiten Amtszeit Jammehs sah sich die Regierung neben den bereits bestehenden ökonomischen Problemen mit der Bekämpfung einer riesigen Heuschreckenpopulation konfrontiert, von der die gesamte westafrikanische Region betroffen war. Obwohl für ökologische Probleme seit Jammehs Machtantritt keine Lösung gefunden wurde und seit 2001 in einigen überprüften Dimensionen Schwierigkeiten bestanden, zeigt der HDI eine positive menschliche Entwicklung an und bewertet das Jahr 2006 mit einer 0,42. Das ist eine Verbesserung um 0,28 im Vergleich zu 2001. Die Abbildung 12 veranschaulicht den positiven Trend der Entwicklung des HDI in Gambia.

Abbildung 11: Bruttoinlandsprodukt, Gambia 1996 - 2015

| Countries GDP : GDP annual comparison | | |
|---------------------------------------|-------------|----------------|
| Date | GDP Mill.\$ | GDP Growth (%) |
| 2015 | 939M.\$ | 4.7% |
| 2014 | 849M.\$ | 0.9% |
| 2013 | 899M.\$ | 4.8% |
| 2012 | 910M.\$ | 5.6% |
| 2011 | 898M.\$ | -4.3% |
| 2010 | 952M.\$ | 6.5% |
| 2009 | 901M.\$ | 6.5% |
| 2008 | 966M.\$ | 5.7% |
| 2007 | 799M.\$ | 3.6% |
| 2006 | 655M.\$ | 1.1% |
| 2005 | 624M.\$ | -0.9% |
| 2004 | 579M.\$ | 7.0% |
| 2003 | 530M.\$ | 6.9% |
| 2002 | 533M.\$ | -3.2% |
| 2001 | 603M.\$ | 5.8% |
| 2000 | 607M.\$ | 5.5% |
| 1999 | 623M.\$ | 6.4% |
| 1998 | 607M.\$ | 6.5% |
| 1997 | 591M.\$ | 1.4% |
| 1996 | 571M.\$ | 2.9% |

Quelle: country economy 2016

Abbildung 12: Human Development Index, Gambia 1990 - 2015



Quelle: United Nations Development Program 2016

Legitimität/Rechtsstaatlichkeit

Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2001 stellten eine deutliche Verbesserung zu den vorherigen dar. Yahya Jammeh ging erneut als Sieger hervor, und dieses Mal wurde der Weg zu seinem Erfolg als frei und fair bezeichnet. Nach wie vor wiesen die Wahlen zwar einige Mängel auf, nichtsdestotrotz fanden sie ordnungsgemäß statt. Im Unterschied zu den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1996 wurde auch oppositionellen Parteien während ihren Wahlkampagnen Zugang zu staatlichen Medien gewährt (World Economic Forum 2015). Ein Jahr nach den Wahlen wurden allerdings Anschuldigungen laut, Jammeh habe Jolas, Mitglieder seiner Volksgruppe, die im benachbarten Senegal leben, Wahlberechtigungsscheine ausstellen lassen (Freedom House 2004). Vor den Wahlen stellte der Umgang mit der politischen Opposition noch eine Verbesserung dar, dies änderte sich jedoch nach den Wahlen wieder. Nach seinem Wahlsieg entließ Jammeh 20 Bürgermeister*innen, die ihm die öffentliche Unterstützung während des Wahlkampfes verweigert hatten. Außerdem wurden direkt nach den Wahlen mehr als 80 Anhänger*innen und Politiker*innen der UDP inhaftiert. Offiziell wurde ihnen mutwillige Zerstörung, Angriff auf APRC-Unterstützer*innen und deren Eigentum vorgeworfen (U.S. Department of State 2002). 2005 ging die gambische Regierung dann so weit, wenige Monate vor den nächsten Präsidentschaftswahlen drei oppositionelle Parteiführer*innen mit der Begründung verhaften zu lassen, dass sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen würden (Freedom House 2006). Es kann festgehalten werden, dass die Opposition auch in der zweiten Periode Jammehs stark unterdrückt wurde und Anfeindungen und Willkür ausgesetzt war. Eine Betrachtung des Umfangs politischer Freiheiten lässt ebenfalls keine bessere Bewertung der Staatsfunktion der Legitimität/Rechtsstaatlichkeit zu, insbesondere mit Blick auf die Pressefreiheit. Diese wird im Allgemeinen vom FotP Index für den Zeitraum von 2001 bis 2006 mit nicht frei bewertet. Im Verlauf von Jammehs zweiter Amtszeit verschlechterte sich die Bewertung kontinuierlich, bis sie im Jahr 2006 einen Wert von 73⁹ erreicht hatte (Freedom House 2006). Zu dieser Bewertung trug bspw. die Verhaftung des BBC-Korrespondenten Ebrimah Sillah im Juli 2002 bei (UNHCR 2003). Drei Jahre später wurde ein Angriff auf sein Haus verübt. Kurz vorher fiel die Druckerei der privaten Zeitung *biweekly* im April 2015 einem Anschlag zum Opfer. Dabei wurde das Equipment in Brand gesetzt, wodurch drei Angestellte Brandverletzungen davontrugen (Freedom House 2005). Die Situation für Journalist*innen in Gambia kann mit der 2005 getroffenen Einschätzung von Reporter ohne Grenzen, Gambia auf die Liste der Feinde der Pressefreiheit aufzunehmen, treffend zusammengefasst werden (Tagesspiegel 2016).

Im Jahr 2005 erreichte Gambia lediglich 20% bei der Bewertung der Dimension Voice and Accountability im WGI-Index der Weltbank. In Kombination mit der Wahrnehmung Jammehs, inwiefern politische Partizipationsrechte während Jammehs zweiter Periode gewährt wurden, kann für diesen Zeitraum eine starke Einschränkung festgehalten werden: „You need to have the skin of a rhinoceros to go on the street in The Gambia and participate“. Im Vergleich zur ersten Periode besteht kein großer Unterschied, ebenso wenig im Bereich der politischen Teilhabe für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Seit Jammeh an der Macht war, hat sich an dem Grad der Teilhabe nichts geändert, ebenso sind die betroffenen Gruppen dieselben geblieben. Das Ergebnis der Parlamentswahlen Anfang des Jahres 2002 verdeutlicht die Benachteiligung von Frauen während der zweiten Periode: nur sieben der 53 Sitze im Parlament wurden von Frauen besetzt

⁹ 0 stellt die beste Bewertung dar und 100 die schlechteste

(The Gambia Parliamentary Chamber: National Assembly 2002). Außerdem sind Frauen beim Erlangen einer Anstellung und dem Erzielen eines hohen Gehalts benachteiligt. Ihre Chancen auf Bildung seien ebenfalls geringer, berichtet FH (Freedom House 2005).

Ebenfalls unverändert ist der Grad der Unabhängigkeit der Justiz: Seit 1994 werden keine rechtsstaatlichen Verfahren gewährt. Auch in Jammehs zweiter Legislaturperiode war die Judikative nicht unabhängig von der Exekutive, da ihre Finanzmittel von der Regierung genehmigt werden. Bis 2016 hat sich daran nichts geändert (Interview: Jaiteh 2017). Gleiches gilt für die schlechte Menschenrechtssituation. Zu beachten sind die im Punkt Sicherheit aufgeführten Fälle, die verdeutlichen, dass es zu einigen schweren Menschenrechtsverletzungen in der Periode von 2001 bis 2006 kam.

Im Bereich der Korruption hat sich seit 2001 einiges getan. 2003 ließ Yayha Jammeh eine Anti-Korruptionskommission einrichten, die den Titel No Compromise trug. Die Nationalversammlung unterstützte das Vorgehen gegen Korruption, indem sie Gesetze gegen diese und darüber hinaus gegen Geldwäsche erließ. Einige Offizielle, auch aus Jammehs engerem Kreis, wurden nach den neu erlassenen Gesetzen verurteilt. Dennoch konnte zeitnah keine Verbesserung herbeigeführt werden und Gambia befand sich am Ende der zweiten Periode auf Platz 121 von 163 überprüften Ländern beim CPI, wie der Abbildung Corruption Perceptions Index zu entnehmen ist.

5.2.2 Typologisierung

In der zweiten Legislaturperiode Jammehs typologisierten vier der sieben Befragten den Zustand der Staatlichkeit als schwach, während die übrigen drei schon von einer scheiternden Staatlichkeit ausgingen. In Anbetracht der Analyse schließt sich meine Typologisierung erneut der Mehrheit an. Durch eine nach wie vor einigermaßen erfüllte Sicherheitsfunktion befand sich die gambische Staatlichkeit zwischen 2001 und 2006 in einem schwachen Zustand. Die vom staatlichen Sicherheitsapparat ausgehende Gewalt intensivierte sich zwar weiterhin, wodurch die Staatsfunktion der Sicherheit weiter erodierte, jedoch noch immer nicht in einem Maße, dass diese als schwächer als ansatzweise erfüllt bezeichnet werden könnte. Im Bereich der Wohlfahrtsfunktion sind zwischen 2001 und 2006 insbesondere Fortschritte im Gesundheitswesen hervorzuheben, demgegenüber standen jedoch eine noch immer schlechte wirtschaftliche Lage und eine ausgeprägte Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Daher komme ich zu dem Schluss, diese Funktion nach wie vor als einigermaßen erfüllt einzustufen. Selbiges trifft auch auf die Legitimität/Rechtsstaatlichkeit während der zweiten Phase der Jammeh-Regierung zu. Die zweite Periode Jammehs wurde mit Wahlen eingeläutet, die als dem Willen des Volkes entsprechend verstanden wurden. Eine starke Unterdrückung der Opposition im Anschluss an die Wahlen, die über die zweite Amtszeit hinaus andauerte, machte diese Verbesserung jedoch wieder zunichte. Hinzukommend führen zu der vorgenommenen Bewertung die prekäre Menschenrechtssituation, eingeschränkte Pressefreiheit und ein Justizwesen, das nicht als vollkommen unabhängig angesehen werden kann.

Abbildung 13: Typologisierung Gambias in der zweiten Phase 2001 - 2006

| Staatlichkeits-Typ | Schwache Staatlichkeit | |
|--------------------|------------------------|----------------------------------|
| Sicherheit | Wohlfahrt | Legitimität/ Rechtsstaatlichkeit |
| +/- | +/- | +/- |

Quelle: Eigene Darstellung

5.3 Dritte Phase: 2006 - 2011

5.3.1 Staatsfunktionen

Sicherheit

Anhaltende oder wiederkehrende gewalttätige Konflikte sind auch während Jammehs dritter Legislaturperiode nicht auszumachen. Dennoch kam es erneut zu einem Putschversuch im Jahr 2009. Im darauf folgenden Jahr wurden acht Männer für die Teilnahme daran verurteilt. Unter ihnen befanden sich sechs ehemalige Armeeeoffiziere und zwei hochrangige Regierungsbeamte (Jurist 2010). Bashirou erklärte im Interview, dass es abgesehen von den Menschen und Gruppen, die an Putschversuchen beteiligt waren, keine nichtstaatlichen Gewaltakteur*innen in Gambia gab, weder zwischen 2006 und 2011, noch während Jammehs restlicher Amtszeit. Mit Verweis auf die Analyse der ersten und zweiten Legislaturperiode sollen die Jungulers als nichtstaatlicher Gewaltakteur hier nur am Rande Erwähnung finden.

Über den Zustand des gambischen Sicherheitsapparats in Jammehs vorletzter Legislaturperiode berichtete der Historiker Dr. Hassoum Ceesay im Interview, dass sich die Qualität der Arbeit, die die Sicherheitskräfte erbrachten, seit Jammehs Amtsantritt verschlechtert habe, da sich nach und nach externe Partner zurückzogen, die zuvor Unterstützung materieller Art und in Form von Trainings lieferten. Nachdem sich selbst die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien ausklinkte, war Jammeh darum bemüht, diese Lücke selbst zu füllen und seine Armee mit illegal erworbenen Waffen auszustatten. In diesem Zusammenhang werden ihm Verbindungen zu Victor Boot und Charles Taylor nachgesagt. Bereits vor der Jahrtausendwende wandte sich Jammeh Staaten wie dem Iran und Libyen zu, um die Ausrüstung seiner Armee sicher zu stellen. 2011 brach Jammeh die diplomatischen Verbindungen zum Iran jedoch vollständig ab, damit fiel einer der letzten verbliebenen Partner weg. Für den Zustand der Sicherheitskräfte brachte dies eine klare Verschlechterung mit sich. Dies änderte aber auch in der dritten Phase nichts an der Tatsache, dass er im vollen Besitz der Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet war. H. Ceesay sagte, dass wenn Jammeh in einem Bereich erfolgreich war, dann in diesem. All die Macht, die Yahya Jammeh in seinem Land besaß, konnte dennoch nichts an dem Zustand poröser Außengrenzen ändern (Interview: Bashirou 2017). Poröse Grenzen spielten ihm bei kriminellen Machenschaften in die Hand. Gomez sagte im Interview über die Höhe und Entwicklung der Kriminalität in Gambia, dass diese während der gesamten Amtszeit Jammehs innerhalb der Bevölkerung rückläufig war, dass jedoch die vom Staat ausgehende Kriminalität stark anstieg. Im Bericht aus dem Jahr

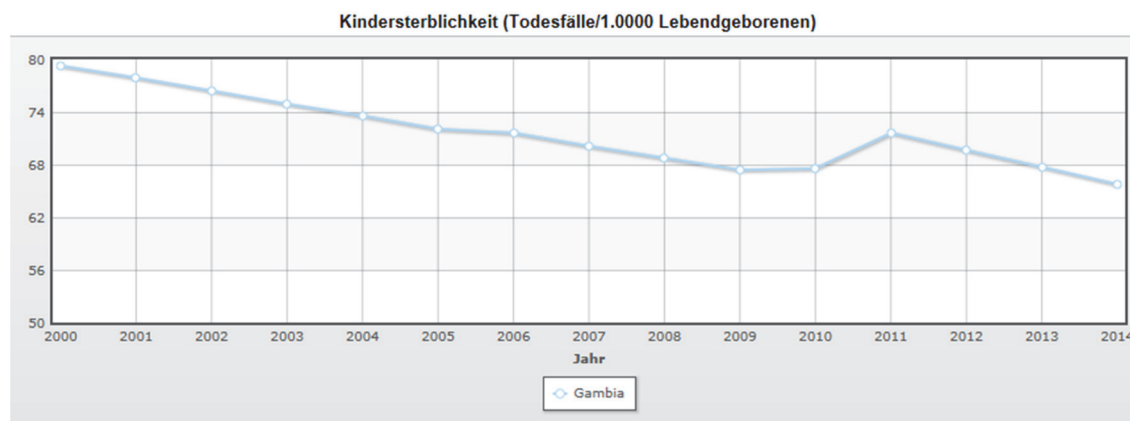
2011 schildert FH, dass Gambia zunehmend zu einem Transitland für Drogen auf dem Weg nach Europa geworden sei. In den Handel sollen auch gambische Beamt*innen involviert gewesen sein, ebenso wie der Präsident selbst (Freedom House 2011). Bei so viel vorhandener krimineller Energie ist der Grad an Bedrohung, die für die physische Sicherheit der Bürger*innen von staatlichen Organen ausgeht, dementsprechend hoch. Bspw. wurde im Jahr 2006 der Journalist Chief Ebrima Manneh, der für den Daily Observer tätig war, festgenommen. Zwei Jahre später schaltete sich die ECOWAS ein und wies die gambische Regierung an, den unrechtmäßig festgehaltenen Journalisten wieder frei zu lassen und für die Zeit der Gefangenschaft zu entschädigen. Diese Aufforderung wurde von der Jammeh-Regierung, die zum einen bestritt, etwas mit der Festnahme zu tun zu haben, und zum anderen, den Aufenthaltsort Mannehs zu kennen, ignoriert (Amnesty International 2009). Als Jammeh im Jahr 2007 verkündete, er persönlich könne HIV heilen, tat sich damit eine neue Gefahr für die von dem Virus betroffenen Menschen auf, u. a. auch daher, weil er Erkrankte dazu aufrief, 'westliche' Medikation abzusetzen und sich von ihm durch Kräutermixturen und Handauflegen heilen zu lassen. Als sich ein*e United Nations (UN) Mitarbeiter*in kritisch darüber äußerte, wurde diese*r des Landes verwiesen (Freedom House 2008). Hinzu kam während dieser Periode eine besondere Gefahr für Homosexuelle, als Jammeh im Mai 2008 alle Homosexuellen dazu aufrief, binnen 24 Stunden das Land zu verlassen. Nachdem zwei Spanier lediglich ihrer Homosexualität wegen verhaftet worden waren, verschärften mehrere europäische Länder diesbezüglich ihre Reisewarnung (The Washington Post 2015). Darüber hinaus bedrohte die Jammeh-Regierung in ihrer vorletzten Periode auch bis zu 1.000 Gambianer*innen, denen sie Hexerei vorwarf und deshalb verfolgen ließ. In einigen Dörfern wurden vermeintliche Hexen und Hexer von Green Boys, der Parteijugend der APRC, zusammengetrieben und dazu gezwungen, halluzinogene Tränke zu sich zu nehmen. An den Folgen sollen zwei Menschen gestorben sein, hunderte Menschen flohen in den benachbarten Senegal (The Guardian 2009).

Wohlfahrt

Für diesen Zeitraum liegen keine Berechnungen des Gini-Koeffizienten vor. Ausgehend von den geringen Veränderungen zwischen 1998 und 2003 kann jedoch angenommen werden, dass die Veränderungen bis 2011 ebenfalls minimal gewesen sein dürften. Demnach befand sich der Grad an Ungleichheit in Gambia im mittleren Bereich.

Beim Indikator Höhe und Verteilung der Staatsausgaben sowie Zustand staatlicher sozialer Sicherungssysteme wird auf die Analyse der ersten Phase verwiesen, da sich in diesem Bereich seitdem nichts signifikant verändert hat. Zu ergänzen wäre jedoch, dass es Verwunderung hervorrief, als Jammeh 2010 bei einer Tour durch das Land den Wähler*innen damit drohte, sollten sie nicht für ihn stimmen, würden ihnen Regierungsdienste entzogen werden, wobei bei nicht vorhandenen staatlichen sozialen Sicherungssystemen und kaum vorhandenen Dienstleistungen die Frage offenbleibt, was entzogen hätte werden sollen (Freedom House 2011). Der Ausbau der staatlichen Infrastruktur stagnierte (Drammeh 2012: S. 5), ebenso wie die Verbesserungen im Gesundheitswesen. Zwar starben pro 1.000 Geburten im Jahr 2010 nur noch rund 67 Kinder, was eine positive Entwicklung darstellt (Abbildung 14) und die Lebenserwartung stieg auf im Schnitt 59,3 Jahre an (World Health Rankings 2014), jedoch erhöhte sich erneut die Zahl der an AIDS Erkrankten auf 2% im Jahr 2009 (Abbildung 8) und auch die Anzahl der Malariatoten stieg zwischen 2005 und 2010 drastisch an (Abbildung 19).

Abbildung 14: Kindersterblichkeit, Gambia 2000 – 2014



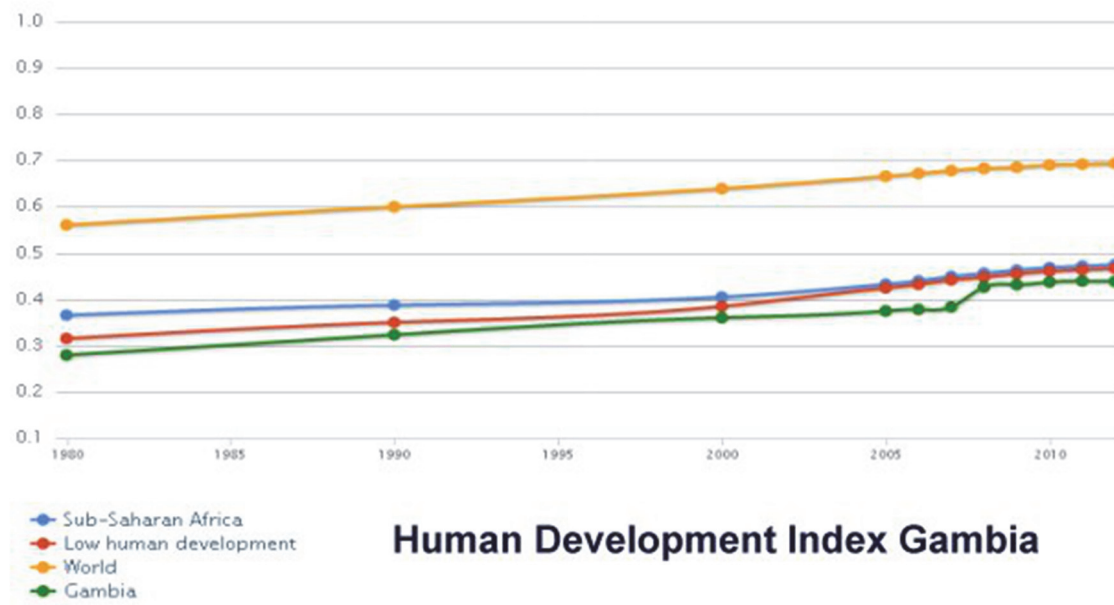
| Country | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|---------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Gambia | 79,29 | 77,84 | 76,39 | 74,93 | 73,48 | 72,02 | 71,58 | 70,14 | 68,72 | 67,33 | 67,49 | 71,67 | 69,58 | 67,63 | 65,74 |

Quelle: index mundi 2015

In Yahya Jammehs dritter Legislaturperiode ließ seine Regierung weitere 22 Schulen erbauen (Drammeh 2012: S. 172–178). Der kontinuierliche Ausbau des Bildungswesens führte gegen Ende dieser Periode dazu, dass Kinder nun durchschnittlich 8,7 Jahre zur Schule gingen (UNDP 2013) und rund 52% der gambischen Bevölkerung über 15 Jahren alphabetisiert waren (Trading Economics 2016). Diese Verbesserung konnte erzielt werden, obwohl die Einschreibungsrate auf Grundschulebene 2011 wieder auf 81,47% sank (Abbildung 7).

Wie in Jammehs Legislaturperioden zuvor kam es zu keinen nennenswerten anhaltenden wirtschaftlichen oder währungspolitischen Krisen. Hingegen konnte ein Aufwärtstrend des BIP beibehalten werden. 2006 lag das BIP in Gambia noch bei 655 Milliarden US\$, bis 2011 stieg es auf 898 Milliarden US\$ an. Parallel verbesserte sich laut dem World Economic Forum auch die Teilhabe von Frauen an wirtschaftlichen Ressourcen (World Economic Forum 2015). Wird die Gleichbehandlung der Bevölkerung den einzelnen Volksgruppen nach betrachtet, wurde die Ungleichheit jedoch größer, da Jammeh den Stamm der Jolas bevorzugt behandelte (Freedom House 2008). Neben einem anwachsenden Tribalismus kam, zusätzlich zu den bereits bekannten ökologischen Problemen, 2012 die Herausforderung eines enormen Ernteausfalls hinzu. Rund 70% der Ernte blieben aus, wodurch über eine Millionen Gambianer*innen Not litten (Entwicklung und Zusammenarbeit 2012). Dennoch erhöhte sich das im HDI gemessene Entwicklungsniveau 2011 auf 0,44%, was seit 2006 eine Steigerung um 0,02% darstellte. Dieses Ergebnis interpretiert die Weltbank nach wie vor als ein niedriges Entwicklungsniveau der Bevölkerung, wie Abbildung 15 veranschaulicht. Ebenso ist zu erkennen, dass Gambia sich unterhalb des regionalen Durchschnitts befindet.

Abbildung 15: Human Development Index, Gambia im Vergleich 1980 - 2015



Quelle: African volunteer 2017

Legitimität/Rechtsstaatlichkeit

Mit 67,3% gewann Yayha Jammeh zum dritten Mal die Präsidentschaftswahlen der Republik Gambia. Die Wahlen an sich verliefen friedlich und ordnungsgemäß. Obwohl Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden, gab es keine konkreten Vorwürfe des Betrugs. Ganz im Gegenteil wurden die Wahlen als dem Willen des Volkes entsprechend angesehen (OSAC 2008). Im Vorfeld der Wahlen verhielt sich die Regierung jedoch stark repressiv gegenüber den Medien und der Opposition. Diesem Verhalten geschuldet traten die konkurrierenden Kandidat*innen mit ungleichen Voraussetzungen an. Generell wurden Oppositionelle während Jammehs dritter Amtszeit unterdrückt und waren darüber hinaus physischen Gefahren ausgesetzt. FH berichtet hier insbesondere von Fällen der Misshandlung politischer Gefangener (Freedom House 2007). Diese Zwischenfälle lassen bereits vermuten, dass der Umfang politischer Freiheiten eingeschränkt war. Die Pressefreiheit als eine Form der politischen Freiheit bestätigt die angestellte Vermutung. Während des Zeitraums von 2006 bis 2011 verschlechterte sich Gambias Bewertung im FotP Index von 73 auf 81 Punkte, weshalb die Presse in Gambia als nicht frei eingestuft wurde. Diese Einschätzung des FH resultiert aus schweren Verbrechen, die gegen Journalist*innen verübt wurden, und einem repressiven Umgang mit privaten Medien. Berichterstatte*innen waren immer wieder Einschüchterungen und willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt. So wurden 2009 zwei Journalist*innen des Daily Observers vorübergehend festgenommen (Freedom House 2009). Neun weitere Journalist*innen kamen im selben Jahr in Gewahrsam (Freedom House 2010). Außerdem wurde 2008 das unabhängige Radio France International für einige Tage von der Regierung gesperrt. Dazu kommt eine gravierende Einschränkung der Meinungsfreiheit, die sich auf das alltägliche Leben der Bevölkerung auswirkte: Selbst dort sorgte sich die Bevölkerung aus Angst, vom National Intelligence Agency (NIA) inhaftiert zu werden, frei zu sprechen, heißt es im Bericht des FH von 2010 (Freedom House 2010). Untersuchungen der African Commission on Human and Peoples' Rights (ACHPR) kamen ebenfalls zu dem Schluss, dass sich Presse- als auch

Meinungsfreiheit in Gambia insbesondere nach einem gescheiterten Putsch im Jahr 2006 verschlechterten (ACHPR 2008). Verschlechtert hat sich auch die Gewährung politischer Partizipationsrechte, zieht man zur Messung die Dimension Voice and Accountability des WGII zu Rate. Während Gambia 2005 noch 20% erreichte, waren es fünf Jahre später lediglich noch 16%. Abbildung 16 veranschaulicht die bisher beschriebene Gewährung politischer Partizipationsrechte:

Abbildung 16: Worldwide Governance Indicators Index,

Dimension: Voice and Accountability



Quelle: Weltbank 2016

Im Gegensatz dazu bleibt die Bewertung des Indikators der politischen Teilhabe bei bestimmten Bevölkerungsgruppen auch in der dritten Phase Jammehs nahezu unverändert seit 1996. Die verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes lebten friedlich zusammen, ohne dass einer bestimmten Gruppe die politische Teilhabe verwehrt wurde. Allerdings wurde Kritik laut, dass Jammeh seinem Volksstamm eine bevorzugte Behandlung zuteilwerden ließe (Freedom House 2011). Diese Ungleichbehandlung erstreckte sich auch auf rechtsstaatliche Verfahren (Interview: Jaiteh 2017). Bis 2009 war die Justiz nicht vollkommen frei und galt als eingeschränkt in ihrer Arbeit. Dieser Zustand verschlechterte sich, als Jammeh immer mehr persönliche Kontrolle über staatliche Institutionen generell übernahm. Er entließ Minister*innen, hohe Regierungsangestellte und den Sprecher des Parlaments sowie den Oberstaatsanwalt (Freedom House 2010). Außerdem gab es von 2006 bis 2011 mehrere Berichte über Verhaftungen, die ohne rechtsstaatliche Verfahren durchgeführt wurden, so bspw. im Falle des Journalisten Musa Saidykhan im Jahr 2006. Theoretisch sei das gambische Justizwesen nach wie vor unabhängig, schreibt FH, dennoch wurde es praktisch durch Korruption und Einflüsse der Exekutive stark in seiner Arbeit behindert (Freedom House 2011).

Korruption befindet sich auch im Zeitraum zwischen 2006 und 2011 noch immer auf einem hohen Niveau, dennoch erzielte Gambia im CPI des Jahres 2011 sein bestes Ergebnis. Nach einem Tief im Jahr 2008 entwickelte sich die gemessene Korruption im Land positiv bis 2011. Das verbesserte Resultat konnte auch dadurch erreicht werden, dass 2010 einige hohe Sicherheitsbeamte*innen aufgrund von Korruption ihre Anstellung verloren. Ihnen wurde eine Verwicklung in den illegalen Drogenhandel vorgeworfen (Freedom House 2011). Deutlich negativer entwickelte sich die Bilanz schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen. Zwei Mitarbeiter*innen von Amnesty International und mit ihnen arbeitende gambische Journalist*innen, die zu Menschenrechtsverletzungen und außergerichtlichen Hinrichtungen forschten, wurden für eine Woche inhaftiert. 2009 warnte Jammeh in einer Rede Menschenrechtsaktivisten davor, das Land zu destabilisieren und bedrohte sie mit dem Tod. Dazu äußerte sich ACHPR sehr besorgt:

„The human rights situation in the Republic of The Gambia has attracted the attention of the African Commission in particular, arising from the alleged statement made by [...] Yahya A JJ Jammeh on 21st September 2009 during a public national television address, wherein HE the President is alleged to have threatened to kill human rights defenders and their supporters“ (ACHPR 2009).

Auch FH schloss sich in seinem Bericht von 2011 den von ACHPR geäußerten Sorgen zur Menschenrechtssituation in Gambia an. Sie berichteten insbesondere über eine Zunahme des Menschenhandels (Freedom House 2011).

5.3.2 Typologisierung

Während Jammehs dritter Legislaturperiode verschlechterte sich die Staatlichkeit des Landes, was zu der Typologisierung scheiternde Staatlichkeit führt. Dafür sorgen Rückschritte in allen drei Staatsfunktionen, die allesamt nur noch als ansatzweise erfüllt angesehen werden können. Im Bereich der Sicherheit rührte dies insbesondere von einem starken Anstieg der Verbrechen her, die sich von der Regierung gegen die eigene Bevölkerung richteten. Hervorzuheben ist hier vor allem die Hexenjagd im Jahr 2009. Im Bereich der Wohlfahrt war zwischen 2006 und 2011 ein drastischer Anstieg der Malariatoten zu verzeichnen, eine rückläufige Einschulungsrate und eine wachsende Ungleichheit zum einen zwischen den Geschlechtern, zum anderen aber auch zwischen den verschiedenen Volksstämmen. Tribalismus, der zuvor eine weniger große Rolle gespielt hatte, wurde in dieser Phase zu einem wichtigen Thema. Verschlimmert wurde die Lage im Land durch eine Hungersnot, unter der ein Großteil der Bevölkerung litt.

Die Analyse der Staatsfunktion Legitimität/Rechtsstaatlichkeit führt wie bei den zwei anderen Funktionen zu dem Ergebnis, dass diese vom Staat lediglich noch ansatzweise erfüllt wurden. Dies lag vor allem an Verbrechen gegen Journalist*innen, einem ansteigenden Einfluss der Exekutive auf die Justiz und einer Vielzahl an Verhaftungen ohne rechtsstaatliche Verfahren. Hinzu kamen schwere Menschenrechtsverletzungen.

Meiner Einschätzung folgen vier der sieben Interviewten.

Abbildung 17: Typologisierung Gambias in der dritten Phase 2006 - 2011

| Staatlichkeits-Typ | Scheiternde Staatlichkeit | |
|--------------------|---------------------------|----------------------------------|
| Sicherheit | Wohlfahrt | Legitimität/ Rechtsstaatlichkeit |
| -/+ | -/+ | -/+ |

Quelle: Eigene Darstellung

5.4 Vierte Phase: 2011 - 2016

5.4.1 Staatsfunktionen

Sicherheit

Am 30. Dezember 2014 kam es in Gambia erneut zu einem Putschversuch. Daran beteiligt war u. a. der ehemalige Offizier der Präsidentengarde Colonel Lamin Sanneh. Bei dem Versuch, die Macht gewaltsam an sich zu reißen, wurden vier der Putschist*innen erschossen und einige

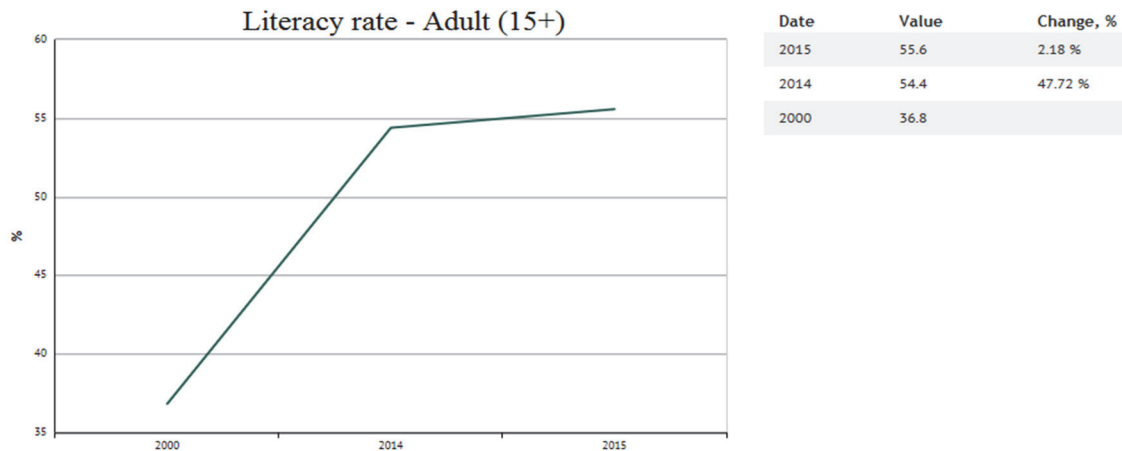
weitere verletzt (Freedom House 2014). Genau wie in Jammehs drei Legislaturperioden zuvor gab es auch während seiner letzten Amtszeit keine sonstigen anhaltenden oder wiederkehrenden Konflikte. Außerdem existierten abgesehen von den Jungulern nach wie vor keine relevanten nichtstaatlichen Gewaltakteure und -akteurinnen, von denen derartiges hätte ausgehen können. Während der vierten Phase waren die staatlichen Sicherheitskräfte zahlenmäßig größer als je zuvor. Die anfängliche Zahl von 800 Soldat*innen hatte sich bis zum Ende von Jammehs vierter Amtszeit mit 7.000 bis 8.000 Soldat*innen beinahe verzehnfacht. Nach wie vor besaß Jammeh mit Hilfe seiner Armee in einem hohen Maße die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet. Dies änderte sich erst, als er die Wahlen 2016 verlor und Nachbarstaaten und die ECOWAS intervenierten (Interview: Bashirou 2017).

In Jammehs letzter Amtszeit blieb weiterhin unverändert, dass die Staatsgrenzen stark porös waren und Schmuggler*innen ein leichtes Spiel hatten. Fortwährend wurde dies bspw. für den Drogenhandel genutzt. 2011 wurden acht Menschen nicht-gambischer Herkunft für den Handel mit Drogen zu insgesamt 50 Jahren Haft verurteilt (Freedom House 2012). Abgesehen davon wird die Zeit als friedlich und von geringer Kriminalität geprägt beschrieben: „I remember somebody coming to The Gambia saying it is so peacefully. It is like the peace of a grave.“ (Interview: Bashirou 2017). Während Jammehs letzter Legislaturperiode stellte die Kriminalität, die vom Staat ausging, wie auch bereits zuvor ein großes Problem dar. Dies zeigte sich bspw. daran, dass im Dezember 2012 zwei Angehörige des NIA den bekannten muslimischen Geistlichen und Menschenrechtsaktivisten Imam Baba Leigh festnahmen. Er hatte öffentlich die Hinrichtungen von Insass*innen des Zentralgefängnisses Mile 2 verurteilt. Diese bezeichnete er als 'unislamisch' und forderte die Regierung auf, die Leichname der Hingerichteten für eine angemessene Bestattung an deren Angehörige zu übergeben (Amnesty International 2013). Früher im Jahr 2012 wurden insgesamt 18 Menschen aufgrund des Verdachts auf homosexuelle Handlungen verhaftet. Zwei Wochen lang wurden sie festgehalten, bis sie mangels Beweisen und gegen Geldstrafen wieder auf freien Fuß kamen (Freedom House 2013). Die Gefahr, die in dieser letzten Legislaturperiode Jammehs für die physische Sicherheit der Bürger*innen von staatlichen Organen ausging, war so groß, dass der unabhängige Präsidentschaftskandidat Dodou Kassa Jatta aus Angst davor, von Sicherheitskräften getötet zu werden, außer Landes floh. Die Flucht Jattas schien in Anbetracht der schwierigen Menschenrechtssituation nicht unbegründet. Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen, u.a. über Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und die Verfolgung von Homosexuellen, häuften sich zwischen 2011 und 2016. Dies führte dazu, dass sowohl die EU als auch die USA ihre Förderprogramme einfroren. Mit zu dieser Entscheidung hatte auch eine Gesetzesänderung geführt, nach der Homosexualität nun mit lebenslanger Haft bestraft wurde (Freedom House 2014).

Wohlfahrt

Tiefgreifende Veränderungen in der Staatsfunktion Wohlfahrt gab es tatsächlich nicht, jedoch sind Verbesserungen auszumachen, die diese Phase von der vorherigen unterscheidet. Auch für den Zeitraum der vierten Legislaturperiode wurde kein Gini-Koeffizient berechnet, weshalb erneut von den letzten Daten 2003 ausgegangen wird. Sich an diesen Werten orientierend liegt Gambias Maß der Ungleichverteilung im mittleren Bereich. Der Indikator, der sich mit der Höhe und der Verteilung staatlicher Ausgaben befasst, sowie der des Zustandes des staatlichen sozialen Sicherungssystems blieb seit der ersten Phase unverändert, weshalb hier auf den Punkt 5.1.1 Staatsfunktionen verwiesen wird. Veränderungen gab es jedoch im Bildungs- und Gesundheitswesen.

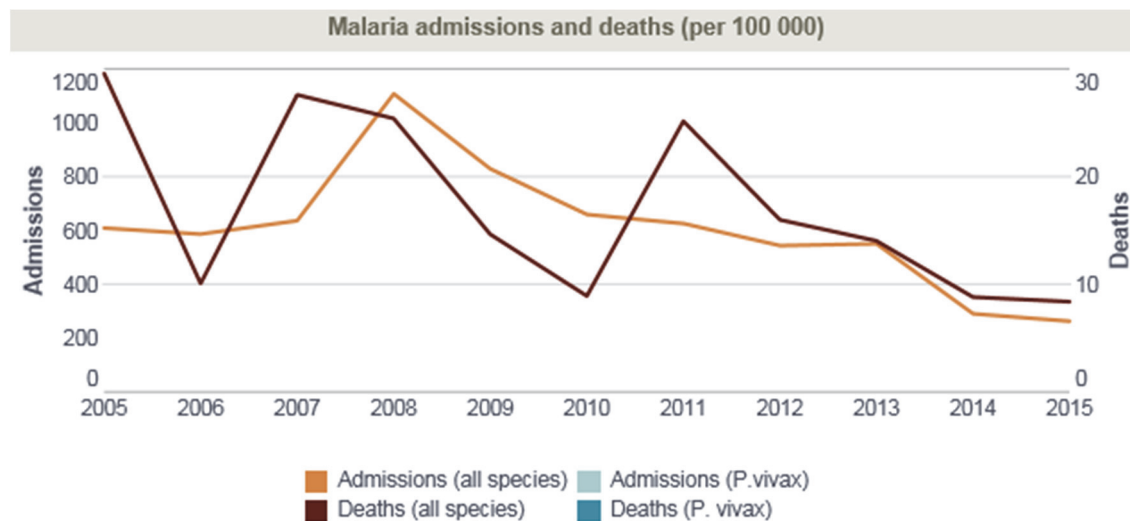
Abbildung 18: Alphabetisierung, Gambia 2000 - 2015



Quelle: knoema 2016

Abbildung 18 zeigt, dass auch in Jammehs letzter Legislaturperiode weiterhin Erfolge in diesem Bereich verzeichnet werden konnten. 2015 zählten 55,6% der Gambianer*innen über 15 Jahren als Alphabet*innen. Dies ist zwar nach wie vor eine sehr geringe Rate, aber eine Verbesserung zu den vorherigen Werten (Abbildung 18). Erneut erhöhte sich auch die Einschulungsrate auf Grundschulebene von 81,47% im Jahr 2011 auf 91,55% im Jahr 2015 (Abbildung 7). Unverändert blieben jedoch die 87 Jahre, die ein Kind in Gambia im Schnitt die Schule besuchte. Bei durchschnittlich 9,3 Jahren liegt Gambia im regionalen Vergleich damit unter dem Durchschnitt (UNDP 2013). Unterdurchschnittlich im regionalen Vergleich ist auch die Lebenserwartung. 2015 lag diese im Durchschnitt bei 61,2 Jahren (World Health Ranking 2014). Deutlich unter dem gesamtafrikanischen Mittelwert liegt Gambia ebenfalls bei der Anzahl der an HIV erkrankten Erwachsenen. Ausgehend von Jammehs vorheriger Legislaturperiode sank die Zahl der Erkrankten auf 1,3% der Bevölkerung (Abbildung 8). Rückläufig waren auch die Todesfälle bei Neugeborenen. Pro 1.000 Lebendgeburten starben im Jahr 2015 66 Kinder (Abbildung 14). Schlechter stand es in Gambia zwischen 2011 und 2016 um die Anzahl der Todesfälle durch Malaria: 2014 war Malaria bei 10% der Todesfälle die Ursache. Damit befindet sich die Republik Gambia weltweit auf Platz fünf der Länder mit den prozentual meisten Malariatoten (World Health Ranking 2014). Jedoch darf nicht übersehen werden, dass auch in diesem Bereich Verbesserungen erreicht wurden, wie in Grafik 19 zu sehen ist. Insgesamt befand sich das gambische Gesundheitswesen aber noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau.

Abbildung 19: Malariatote, Gambia 2005 - 2015



Quelle: Weltgesundheitsorganisation 2016

Im Januar 2015 wurde die Grenze zum Senegal für den Verkehr von kommerziellen Gütern geschlossen. Später im Jahr kam es wiederholt zu Schließungen. Da Gambia auf Importe angewiesen ist, fanden die Grenzschießungen nicht unbemerkt von der Bevölkerung statt. Güter verknappten sich und Preise schnellten in die Höhe. Wirtschaftlich gesehen stellte dieser Zustand für Gambianer*innen kurzzeitig eine Krise dar. Da die Grenzen jedoch immer nur für wenige Tage oder Wochen gesperrt waren, hatte dies keinen merklichen Effekt auf das BIP, welches sich bis zum Ende von Jammehs letzter Legislaturperiode auf 939 Millionen US\$ deutlich erhöhte. Bestimmte Bevölkerungsgruppen hatten ungleich an den wirtschaftlichen Ressourcen teil. Auch in Jammehs vierter Legislaturperiode waren die Chancen für Frauen auf höhere Bildung und berufliche Anstellungen nach wie vor schlechter als für Männer (Freedom House 2014). Tatsächlich zeigt der GGI eine Verschlechterung bei der Gleichstellung der Frau für diesen Zeitraum an (World Economic Forum 2015). Jedoch verbesserte sich für die Frauen zum Ende der Jammeh Ära auch etwas: Die gängige Beschneidung von Mädchen¹⁰ wurde gesetzlich verboten und Zuwiderhandlung unter Strafe gestellt (Freedom House 2014). Weiter bestand das weitverbreitete Problem von Kinderarbeit. Bevorteilung erfuhr wiederum die ethnische Gruppe der Jola. Im Bericht von 2016 schrieb das FH, dass Angehörige dieser Volksgruppe viele wichtige Positionen in der Regierung innehätten und die Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft durch die Dominanz der APRC eingeschränkt seien (Freedom House 2016).

Der Indikator Vorhandensein signifikanter ökologischer Probleme wird nicht anders als in den vorangegangenen Perioden bewertet: die fortschreitende Desertifikation und die damit erschwerten Bedingungen für den Agrarsektor blieben bestehen.

Im Bereich der menschlichen Entwicklung konnte der HDI Fortschritte verzeichnen. Von 2011 bis 2015 erhöhte sich die Bewertung des Landes um 0,012 auf 0,452. Dies entspricht noch immer einer sehr geringen menschlichen Entwicklung, dennoch wies Gambia einen kontinuierlichen Trend der Verbesserung auf (Abbildung 12).

¹⁰ Femal Genital Mutilation (FGM)

Legitimität/Rechtsstaatlichkeit

Bei den Wahlen 2011 wurde Jammeh mit 72% in seinem Amt bestätigt, jedoch wurden noch keine Wahlen in der zweiten Republik Gambia so stark kritisiert wie diese. Die ECOWAS weigerte sich sogar, Wahlbeobachter*innen zu entsenden, da sie der Ansicht war, die Präsidentschaftswahlen würden weder frei noch fair oder transparent ablaufen. Dies hing u. a. auch damit zusammen, dass die unabhängige Wahlkommission die Zeit der Wahlkampagnen von bis dato vier Wochen auf elf Tage verkürzte. Praktisch galt diese Regelung jedoch nur für Oppositionsparteien, aber nicht für die regierende APRC. Hinzu kam, dass es den oppositionellen Parteien erneut untersagt wurde, öffentliche Medien für ihre Kampagnen zu nutzen sowie Wahlveranstaltungen abzuhalten. All dies führte zu Ausschreitungen und Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Regierungspartei und Oppositionellen, bei denen mindestens drei Menschen starben (Freedom House 2012). Noch schlechter sah die Situation in Gambia vor den Wahlen 2016 aus, worüber sich ACHPR sehr besorgt äußerte (ACHPR 2016). Die Unterdrückung der Opposition hielt von vor den Wahlen 2011 bis zu den Wahlen 2016 an und intensivierte sich während dieser Zeit. Auch während der vierten Phase gab es unzählige Berichte über willkürliche Verhaftungen und Unterdrückung Oppositioneller (Freedom House 2014). Im Jahr 2015 überraschte die APRC die anderen Parteien mit einer Erhöhung der Registrierungsgebühren, die für die Aufstellung zum Präsidentschaftskandidierenden fällig wurden. Von bisher 10.000 Dalasi erhöhte sich die Gebühr auf 500.000 Dalasi¹¹, ein Betrag, der für oppositionelle Parteien kaum aufzubringen ist (Freedom House 2016). Zusätzlich verschlechterte sich die Situation oppositioneller Parteien durch die Sperrung ihrer Internetauftritte. Auch regierungskritische und der Regierung unliebsame Organisationen waren davon betroffen (Freedom House 2014).

Der Umfang politischer Freiheiten, den die Bürger*innen genossen, war in der vierten Legislaturperiode Jammehs sowohl im Bereich der Rede- und Meinungsfreiheit, als auch der Pressefreiheit stark eingeschränkt. FH berichtete in seinem Report von 2012, dass die Redefreiheit beeinträchtigt war, was zu Selbstzensur bei Wissenschaftler*innen führte. Durch Sicherheitskräfte auf dem Campus wurde die akademische Freiheit zusätzlich eingeschränkt (Freedom House 2014). Wie stark der Bereich der Meinungsfreiheit begrenzt war zeigte sich, als ein ehemaliger Minister und sechs weitere Menschen wegen des Verteilens von regierungskritischen T-Shirts 2011 vor Gericht standen (Freedom House 2012). So wie in früheren Legislaturperioden Jammehs war der Umfang politischer Freiheiten insbesondere im Bereich der Pressefreiheit stark beschränkt. Im FotP Index erzielte Gambia von 2011 bis 2016 neue Negativrekorde. Kurz bevor Jammeh seine Macht verlor, wurde Gambia mit 87 Punkten bewertet. Der Vorwurf der Verschwörung gegen Ndey Tapha Sosseh, dem ehemaligen Vorsitzenden der Pressegewerkschaft, und die Verurteilung von Abdulhamid Adiamoh, dem Herausgeber der Tageszeitung Today, führten ebenso zu dieser hohen Punktzahl wie die erzwungene Schließung von zwei großen unabhängigen Tageszeitungen im Jahr 2012 (Freedom House 2013). Die Verurteilung von Journalist*innen wurde 2013 durch eine Verschärfung des Informations- und Kommunikationsgesetzes deutlich erleichtert.

Ein Blick auf den WGII aus dem Jahr 2015 verrät, dass es um die Gewährung politischer Partizipationsrechte ähnlich schlecht stand wie um den Umfang politischer Freiheiten. Mit einer Bewertung von 8% in der Dimension Voice and Accountability erzielte die Jammeh-Regierung während ihrer letzten Legislaturperiode ihr schlechtestes Ergebnis im Index. Dabei war der Grad an politischer Teilhabe für bestimmte Bevölkerungsgruppen unverändert zu den vorherigen Amtszeiten Jammehs. Nach wie vor lebten die verschiedenen ethnischen Gruppen zwar friedlich zusammen,

¹¹ 10.000 Dalasi entsprechen in etwa 200 Euro und 500.000 Dalasi dementsprechend etwa fast 1000 Euro

dennoch wurde Jammeh vorgeworfen, Jolas bevorzugt zu behandeln. Auch war die gesellschaftliche Position der Frau noch immer nicht gleichgestellt mit der des Mannes (Freedom House 2012). Problematisch sah es in der vierten Legislaturperiode Jammehs auch im Bereich der Unabhängigkeit der Justiz bzw. bei der Gewährung rechtsstaatlicher Verfahren aus. FH berichtete für diese Periode von einer ausgeprägten Behinderung der Justiz durch Korruption und direkte Einflussnahme der Exekutive. Nach wie vor sah die gambische Verfassung eine unabhängige Justiz vor, aber daran, dass Jammeh beliebig Richter*innen und Staatsanwälte benannte und abberief, hatte sich nichts geändert (Freedom House 2014). 2014 wurde bspw. der Magistrat Ebrima Jaithe für mehrere Tage in Gewahrsam festgehalten. Seine Festnahme überstieg die zulässigen 72 Stunden. Ihm wurde die Vernachlässigung seiner Amtspflichten vorgeworfen. Er selbst vermutet jedoch, dass einige seiner Urteile dem Präsidenten missfallen hatten und dies der wahre Grund für seine Festnahme war. Nach seiner Freilassung wurde ihm nahegelegt, sein Amt niederzulegen (Interview: Jaithe 2017). Zu derartigem Vorgehen kam es nicht nur in Jaithe's Fall (Freedom House 2014). Was jedoch noch zu einem deutlich gravierenderen Ergebnis beim Indikator der Gewährung rechtsstaatlicher Verfahren beitrug, war Jammehs Entscheidung im Jahr 2012, alle Gefangenen in den Todeszellen hinrichten zu wollen. Unter ihnen befanden sich politische Gefangene, ehemalige Regierungsangestellte und Militäroffiziere. Neun von ihnen wurden am Ende des Monats tatsächlich hingerichtet. Keiner von ihnen bekam einen fairen Gerichtsprozess oder Zugang zu einem Anwalt oder einer Anwältin. Die Hinrichtungen stellten die ersten seit 27 Jahren dar (ACHPR 2012). Baba Leigh, ein Imam, der die Vollstreckung der Todesstrafe kritisierte, wurde nach fünf Monaten in Haft ohne Gerichtsprozess im April 2013 wieder frei gelassen (Freedom House 2014). Die beschriebenen Fälle sowie weitere im Punkt Sicherheit angesprochene Ereignisse stellen klare Menschenrechtsverletzungen dar. Bei den Vorkommnissen blieb es zwischen 2011 und 2016 jedoch nicht. Des Weiteren heißt es, dass die Zustände in den Gefängnissen menschenunwürdig gewesen seien. Sie waren überfüllt, es kam zu Folter, Gefangene litten unter Unterernährung und dem Mangel an medizinischer Versorgung (Freedom House 2012). ACHPR zeigte sich erneut sehr besorgt über die negative Entwicklung der Menschenrechtssituation. Neben den bereits genannten Punkten kritisierten sie explizit außergerichtliche Hinrichtungen und das Verschwindenlassen von Menschen durch staatliche Sicherheitskräfte (ACHPR 2015). Eine verschlechterte Situation war ebenfalls beim Ausmaß an Korruption zu bemerken. Während Gambia 2011 mit einem Score von 3,5 sein bestes Ergebnis im CPI erzielte, war das Land 2016 wieder bei 2,6 angelangt. Dieses Ergebnis entspricht zum einen einem sehr hohen Maß an Korruption und liegt zum anderen unter dem gambischen Durchschnitt. Dazu trugen einige Korruptionsfälle bei, an denen Regierungsbeamte*innen beteiligt waren (Freedom House 2014).

5.4.2 Typologisierung

Für die letzte Amtszeit waren sich die Interviewten verhältnismäßig uneins darüber, wie die gambische Staatlichkeit zu klassifizieren sei. Von konsolidiert bis gescheitert waren alle Einschätzungen vertreten. Fünf von neun der Befragten waren sich jedoch darin einig, dass Gambias Staatlichkeit zwischen 2011 und 2016 als scheiternd einzustufen sei. Dieses Ergebnis stimmt erneut mit dem meiner Analyse überein, dass die Republik Gambia während Jammehs letzter Legislaturperiode ein scheiternder Staat war.

Die Funktion der Sicherheit konnte vom Staat lediglich noch ansatzweise erfüllt werden, insbesondere aufgrund einer außerordentlich prekären Menschenrechtssituation. U.a. hatten Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und die Verfolgung von Homosexuellen ein sehr hohes Maß

angenommen. Dahingegen konnte sich die gambische Staatlichkeit in der Staatsfunktion Wohlfahrt zuletzt noch einmal steigern. Die Wohlfahrtsfunktion wurde inzwischen einigermaßen erfüllt, da zum einen inzwischen über 90% der Kinder eingeschult wurden, der Grad an Alphabetisierung angestiegen war, es weniger HIV-Infizierte gab und FGM gesetzlich verboten wurde. Besonders hervorzuheben ist auch eine deutliche Verbesserung des BIP.

So schlecht wie in der Funktion der Legitimität/Rechtsstaatlichkeit während der vierten Amtszeit Jammehs schnitt Gambia seit 1996 noch nie ab. Zwischen 2011 und 2016 kann diese Funktion nur noch als kaum erfüllt angesehen werden. Wahlen, die so viel Kritik ernteten wie keine anderen in der Geschichte des Landes, läuteten die letzte Phase Jammehs bereits unglücksverheißend ein. Hinzu kam eine ausgeprägte Unterdrückung der Opposition und umfassende Einschränkungen im Bereich der akademischen Freiheit sowie in der Presse- und Meinungsfreiheit.

Abbildung 20: Typologisierung Gambias in der vierten Phase 2011 - 2016

| Staatlichkeits-Typ | Scheiternde Staatlichkeit | |
|--------------------|---------------------------|----------------------------------|
| Sicherheit | Wohlfahrt | Legitimität/ Rechtsstaatlichkeit |
| -/+ | +/- | - |

Quelle: Eigene Darstellung

6. GAMBIAS STAATLICHKEIT WÄHREND JAMMEHS AMTSZEITEN IM VERGLEICH

Zu Beginn wurde die These aufgestellt, dass sich die Staatlichkeit der Republik Gambia seit 1996 entweder in schwachem oder versagendem Zustand befand. Des Weiteren wurde davon ausgegangen, dass sich die Staatlichkeit zwischen 1996 und 2016 verschlechterte, Gambia somit zu Beginn des betrachteten Zeitraums eher ein schwacher Staat war und zum Ende hin als scheiternd anzusehen ist.

Die Analyse der gambischen Staatlichkeit nach Ulrich Schneckeners Modell hat diese These bestätigt, wie die tabellarische Zusammenfassung der Ergebnisse in Abbildung 21 zeigt. In Jammehs ersten beiden Legislaturperioden wird Gambia als schwacher Staat klassifiziert. Mit seiner dritten Amtszeit kam der Wandel hin zu einem scheiternden Staat. Auch in der letzten Periode, in der Yayha Jammeh Präsident war, veränderte sich nichts an der Klassifizierung Gambias als scheiternder Staat. Festhalten lässt sich somit eine negative Entwicklung der Staatlichkeit in der Republik Gambia während Yayha Jammehs Amtszeit zwischen 1996 und 2016.

Abbildung 21: Gambias Staatlichkeit 1996 - 2016

| Phase | Funktion Sicherheit | Funktion Wohlfahrt | Funktion Legitimität/ Rechtsstaatlichkeit | Staatlichkeits-Typ |
|-------------------------------------|---------------------|--------------------|---|--------------------|
| 1. Legislaturperiode 1996 – 2001 | +/- | +/- | +/- | Schwacher Staat |
| 2. Legislaturperiode 2001 – 2006 | +/- | +/- | +/- | Schwacher Staat |
| 3. Legislaturperiode 2006 – 2011 | -/+ | -/+ | -/+ | Scheiternder Staat |
| 4. Legislaturperiode 2011 – 2016 | -/+ | +/- | - | Scheiternder Staat |

Quelle: Eigene Darstellung

Auf die Veränderungen und Entwicklungen der einzelnen Staatsfunktionen wird im Folgenden ein genauerer Blick geworfen. Den Anfang macht die Funktion der Sicherheit, diese konnte in der ersten und zweiten Phase noch einigermaßen erfüllt werden, wohingegen Sicherheit in den letzten zwei Amtszeiten Jammehs nur noch ansatzweise gewährleistet war. Die Verschlechterung der Staatlichkeit im Bereich der Sicherheit um 2006 herum ist vor allem auf einen Anstieg von dokumentierten Fällen zurückzuführen, in denen staatliche Organe eine Bedrohung für die physische Sicherheit der Bürger*innen darstellten. Bereits in Jammehs erste Legislaturperiode bestanden in dieser Dimension Defizite, welche sich im Verlaufe der Jahre kontinuierlich vermehrten.

Im Durchschnitt betrachtet wurde die Staatsfunktion der Wohlfahrt in Jammehs vier Legislaturperiode einigermaßen erfüllt. Lediglich die dritte Phase fällt heraus, da es um diese zwischen 2006 und 2011 schlechter bestellt war als in den drei anderen Phasen. Zu dieser Zeit erfüllte Gambia die Wohlfahrtsfunktion nur ansatzweise. Ein Zusammentreffen verschiedener Ereignisse führte zu der genannten Klassifizierung. Zum einen verschlechterten sich die bereits bestehenden Probleme im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens, wozu zum anderen noch eine katastrophale Hungersnot hinzukam, unter der ein Großteil der Bevölkerung litt. In Jammehs letzter Legislaturperiode war diese Katastrophe wieder abgeklungen und u. a. ein enormer Anstieg des BIP lässt erneut eine bessere Bewertung der Wohlfahrtsfunktion zu.

Wie bereits bei der Staatsfunktion Sicherheit ein sukzessiver Abwärtstrend ausgemacht werden konnte, ist dies auch bei der Funktion Legitimität/Rechtsstaatlichkeit der Fall, mit dem Unterschied, dass die Verschlechterungen ausgeprägter waren. Während in der ersten und zweiten Legislaturperiode Jammehs die Staatlichkeit in dieser Dimension noch als einigermaßen erfüllt bewertet werden konnte, war sie ab 2006 nur noch ansatzweise und zuletzt dann kaum mehr erfüllt. Damit erreichte Gambia in der Bewertung dieser Dimension in der vierten Phase sein schlechtestes Ergebnis, betrachtet man den gesamten Zeitraum von 1996 bis 2016 und alle drei Staatsfunktionen. Dazu führten Wahlen, die nicht den demokratischen Standards entsprachen, und eine prekäre Situation der Opposition sowie der Meinungs- und Pressefreiheit.

7. FAZIT

Im Folgenden wird ein abschließendes Fazit gezogen. Beginnend mit der Bewertung der Entwicklung der gambischen Staatlichkeit während Jammehs Amtszeit wird schlussendlich ein Exkurs über die aktuelle Politik im Land sowie ein Ausblick geboten.

7.1 Bewertung der Entwicklung der gambischen Staatlichkeit während Jammehs Amtszeit

Die Analyse über den Zustand der gambischen Staatlichkeit während Yayha Jammehs vier Amtszeiten nach Ulrich Schneckeners Modell der fragilen Staatlichkeit lässt als einzige Schlussfolgerung zu, dass sich die Staatlichkeit Gambias von 1996 bis 2016 verschlechterte – und zwar in allen drei Staatsfunktionen, wie bereits im vorherigen Kapitel und in Abbildung 21 deutlich wurde. Dabei ist eine Verschlechterung insbesondere zwischen der zweiten und dritten Legislaturperiode Jammehs zu verzeichnen. Diese Entwicklung stimmt zum einen mit den Aussagen der Interviewten überein und zum anderen, zumindest ab 2006, mit den Erhebungsergebnissen des FSI. Damit kann die Forschungsfrage „Wie entwickelte sich die Staatlichkeit der Republik Gambia während Yahya Jammehs Amtszeit?“ eindeutig mit *negativ* beantwortet werden. Um genau zu sein, entwickelte sich diese von einer schwachen zu einer scheiternden Staatlichkeit. Dieses Ergebnis bestätigt die zu Beginn aufgestellte und im vorherigen Kapitel bereits aufgegriffene These über die Entwicklung der Staatlichkeit in Gambia während Jammehs vier Amtszeiten. Nach Schneckeners Modell ist Gambia somit seit Jammehs dritter Legislaturperiode ein fragiler Staat (Schneckener 2006: S. 12–15). Dadurch stellt der Zustand der gambischen Staatlichkeit seit 2006 eine Bedrohung der Sicherheit der Staaten der Region dar.

7.2 Aktuelle Politik und Ausblick

Im Dezember 2016 fanden in Gambia regulär Präsidentschaftswahlen statt. Vollkommen überraschend verlor der Langzeitherrscher Yayha Jammeh gegen seinen Konkurrenten Adama Barrow. Eine Koalition aus sieben Oppositionsparteien hatte sich zusammengeschlossen und Barrow als gemeinsamen Kandidaten ins Rennen geschickt. Er selbst gehört der UDP an (Neue Zürcher Zeitung 06.04.2017). Am 19. Januar 2017 wurde Adama Barrow als neuer Präsident der Republik Gambia vereidigt. Dies geschah aus Sicherheitsgründen im Nachbarland Senegal, da Jammeh inzwischen den Notstand ausgerufen hatte und sich weiterhin an seine Macht klammerte. Am Abend desselben Tags marschierten ECOWAS-Truppen, die bereits seit Tagen an den gambischen Grenzen positioniert waren, in das Land ein. Bis Jammeh am 21. Januar 2017 seinen Rücktritt bekannt gab und sich ins Exil absetzte, fiel jedoch nicht ein einziger Schuss.

Nach einem unblutigen Machtwechsel durch demokratische Wahlen im Dezember 2016 versprochen auch die Parlamentswahlen im März 2017, die als frei und fair galten, positive Entwicklungen für das kleine westafrikanische Land. Hoffnung kann auch aus den Versprechen geschöpft werden, die der neue Präsident Barrow bei Amtsantritt machte. Er ist bestrebt, die Demokratie

im Land voran zu bringen, die Wirtschaft anzukurbeln und Verbrechen aus 22 Jahren Schreckensherrschaft Yahya Jammehs aufzuklären (Tagesschau 2017). Erste Verbesserungen konnte FH in seinem Bericht zu Beginn des Jahres 2017 bereits feststellen (Freedom House 2017).

Pierre Gomez sagte im Interview: „anything that is not based on the truth or democracy will end up being fragile, will be fragile and one day scramble“, und genau das war es, was in Gambia passierte. Ein neuer Präsident, eine neue Regierung und ein neues Parlament lassen nun jedoch hoffen, dass durch einen legitimen Neuanfang von alten festgefahrenen Wegen abgewichen wird und neue eingeschlagen werden. Sicherlich ist der Weg hin zu stabiler Staatlichkeit ein langer, nachdem zwei Jahrzehnte an deren Abbau gearbeitet wurde. Jedoch schwang bei Gesprächen und Interviews, die ich vor Ort geführt habe, zumeist ein ausgeprägter Optimismus und Tatendrang mit, die Gelegenheit nun zu nutzen, um die Situation im positiven Sinne zu verändern.

Bibliographie

- African Commission on Human and Peoples' Rights.** 2008. 134: Resolution on the Human Rights Situation in the Republic of The Gambia. Online verfügbar unter: <http://www.achpr.org/sessions/44th/resolutions/134/>. Gesehen 24.06.2017.
- African Commission on Human and Peoples' Rights.** 2009. Press Release on the Human Rights Situation in The Gambia. Online verfügbar unter: <http://www.achpr.org/press/2009/10/d71/>. Gesehen 24.06.2017.
- African Commission on Human and Peoples' Rights.** 2012. Press Statement on the Death Penalty in The Gambia. Online verfügbar unter: <http://www.achpr.org/press/2012/08/d123/>. Gesehen 24.06.2017.
- African Commission on Human and Peoples' Rights.** 2015. 299: Resolution on the Human Rights Situation in the Republic of The Gambia - ACHPR/Res.299 (EXT.OS/XVII) 20. Online verfügbar unter: <http://www.achpr.org/sessions/17th-eo/resolutions/299/>. Gesehen 24.06.2017.
- African Commission on Human and Peoples' Rights.** 2016. The African Commission on Human and Peoples' Rights expresses deep concern over the post-election situation in The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2014/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Agim, Emmanuel Akomaye.** 2015. The Gambia Legal System. Kunjang: Artwords Production.
- Anonym.** 2006. Report on The Gambia 1994 – 2006.
- Anter, Prof. Dr. Andreas.** 1995. Max Weber Theorie des modernen Staates. Herkunft, Struktur und Bedeutung. Berlin: Duncker & Humblot.
- Amnesty International.** 1998. Amnesty International Report 1998 – Gambia. Online verfügbar unter: <http://www.refworld.org/docid/3ae6a9f770.html>. Gesehen 24.06.2017.
- Amnesty International.** 2009. Gambia 2009. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Amnesty International.** 2013. Gambia 2013. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Außwärtiges Amt.** 2017. Gambia. Online verfügbar unter: http://auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Gambia_node.html. Gesehen 06.06.2017
- Bah, Chernoh Alphah M.** 2015. The Ebola Outbreak in West Africa: Corporate Gangsters, Multi nationals & Rogue Politicans. Philadelphia: Africanist Press.
- BBC News.** 2000. Gambia foils coup plot. Online verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/605183.stm>. Gesehen 24.06.2017.
- BBC News.** 2001. More election violence in Gambia. Online verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/1604050.stm>. Gesehen 24.06.2017.
- BBC News.** 2017. The Gambia profile – Timeline. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-africa-13380407>. Gesehen 06.06.22017.
- Carlsen, Lars und Rainer Bruggemann** 2014. The 'Failed State Index' Offers More than Just a Simple Ranking. Springer. S. 525-530.

- Drammeh, Dr. Seedy.** 2012. APRC Development Projects since 22nd July 1994. Gambia: KAP Business Services.
- Drehsing, Dr. Thorsten und Thorsten Phel.** 2013. Anleitung und Regelsystem für qualitativ Forschende. Marburg: Eigenverlag.
- Encyclopaedia Britannica.** 1998. The Gambia in 1998. Online verfügbar unter: <https://www.britannica.com/place/The-Gambia-Year-In-Review-1998>. Gesehen 24.06.2017.
- Entwicklung und Zusammenarbeit.** 2012. Hilferuf aus Gambia. Online verfügbar unter: <https://www.dandc.eu/de/article/duerre-westafrika-gambia-ruft-um-hilfe>. Gesehen 24.06.2017.
- Frankfurter Allgemeine.** 2013. Gambia kündigt Austritt aus Commonwealth an. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/westafrika-gambia-kuendigt-austritt-aus-commonwealth-an-12601925.html>. Gesehen 07.06.2017.
- Frankfurter Allgemeine.** 2017. Ex-Präsident Jammeh hat Gambia verlassen. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/krise-entschaerft-ex-praesident-jammeh-hat-gambia-verlassen-14720114.html>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 1998. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/1998/gambia>.
- Freedom House.** 1999. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/1999/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** About Freedom House. 2017. About Freedom House. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/about-us>. Gesehen 01.06.2017.
- Freedom House.** 2004. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2004/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2005. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2005/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2006. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2006/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2006. Freedom of the Press, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/2006/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2007. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2007/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2008. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2008/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2009. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2009/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2010. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2010/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2011. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2011/gambia>. Gesehen 24.06.2017.

- Freedom House.** 2012. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2012/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2013. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2014. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2014/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2016. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2014/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Freedom House.** 2017. Freedom of the World, The Gambia. Online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Fund for Peace.** 2017. Methodology. Online verfügbar unter: <http://fundforpeace.org/fsi/methodology/>. Gesehen 24.06.2017.
- Fund for Peace.** 2017. Country Dashboard Gambia. Online verfügbar unter: <http://fundforpeace.org/fsi/country-data/>. Gesehen 24.06.2017.
- Ginikoeffizient.** 2013. Online verfügbar unter: <http://ginikoeffizient.de/>. Gesehen 09.06.2017.
- Jellinek, Georg.** 1966. Allgemeine Staatslehre. Bad Homburg: Verlag Dr. Max Gehlen.
- Jurist.** 2010. Gambia court sentences 8 to death for roles in 2009 coup attempt. Online verfügbar unter: <http://www.jurist.org/paperchase/2010/07/gambia-court-sentences-8-to-death-for-roles-in-2009-coup-attempt.php>. Gesehen 24.06.2017.
- Krell, Gert.** 2009. Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen. Baden-Baden: Nomos.
- Krings, Thomas.** 2006. Sahelländer. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Lambach, Daniel.** 2002. Staatszerfall im postkolonialen Afrika. Marburg: Tectum Verlag.
- Lambach, Daniel.** 2008. Staatszerfall und regionale Sicherheit. Baden-Baden: Nomos.
- Lambach, Daniel.** 2013. Fragile Staatlichkeit: Begriffe, Theorien und politische Diskurse. Online verfügbar unter: http://www.lehrstuhl-ibep.de/files/lambach__daniel__2013__fragile_staatlichkeit_begriffe__theorien_und_politische_diskurse_1.pdf. Gesehen 10.07.2017
- Länder-Lexikon.** 2017. Gambia. Online verfügbar unter: http://www.laender-lexikon.de/Gambia#Politisches_System. Gesehen 06.06.2017.
- Lauth, Prof. Dr. Hans-Joachim, Gert Pickel und Susanne Pickel.** 2014. Vergleich politischer Systeme. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Nderry M'Bai, Pa.** 2012. The Gambia: The Untold Dictator Yahya Jammeh's Story. Indiana: iUniverse.
- Neue Zürcher Zeitung.** 2017. Nach 22 Jahren Diktatur zum ersten Mal ohne Angst an die Urne.06.04.2017. Online verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/international/parlamentswahlen-in-gambia-nach-22-jahren-diktatur-zum-ersten-mal-ohne-angst-an-die-urne-ld.155685>. Gesehen 24.06.2017.
- OSAC.** 2008. Gambia 2008 Crime & Safety Report. Online verfügbar unter: <https://www.osac.gov/pages/ContentReportDetails.aspx?cid=6432>. Gesehen 24.06.2017.
- Rothgang, Heinz.** 2013. Staatlichkeit im Wandel. Bremen: Jacobs Universität Bremen.

- Statistisches Bundesamt.** 2015. Eckdaten zu Gambia. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Land/Afrika/Gambia.html>. Gesehen am 14.05.2017.
- Schneckener, Ulrich.** 2004. States at Risk: Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem. Berlin: Stiftung für Wissenschaft und Politik.
- Schneckener, Ulrich.** 2006. Fragile Staatlichkeit: "States at Risk" zwischen Stabilität und Scheitern. Baden-Baden: Nomos.
- Tagesschau.** 2017. Aufbruch in Gambia. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/gambia-machtwechsel-105.html>. Gesehen 24.06.2017.
- Tagesspiegel.** 2016. Die 35 größten Feinde der Pressefreiheit. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/reporter-ohne-grenzen-die-35-groessten-feinde-der-pressefreiheit/14784464.html>. Gesehen 25.06.2017.
- The Gambia Parliamentary Chamber: National Assembly.** 2002. Online verfügbar unter: http://www.ipu.org/parline-e/reports/arc/2117_02.htm. Gesehen 24.06.2017.
- The Guardian.** 2009. Gambian state kidnaps 1,000 villagers in mass purge of 'witchcraft'. Online verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2009/mar/19/gambia-witchcraft-hallucinogenics>. Gesehen 24.06.2017.
- The Washington Post.** 2015. 5 crazy things about the Gambian dictator who just survived a coup attempt. Online verfügbar unter: https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2015/01/06/5-crazy-things-about-the-gambian-dictator-who-just-survived-a-coup-attempt/?utm_term=.c9f9485e7e66. Gesehen 24.06.2017.
- Trading Economics.** 2016. Gambia – Literacy-rate, adult-total (% of people ages 15 and above). Online verfügbar unter: <https://tradingeconomics.com/gambia/literacy-rate-adult-total-percent-of-people-ages-15-and-above-wb-data.html>. Gesehen 24.06.2017.
- Transparency International.** 2016. Corruption Perceptions Index 2016: Short Methodology Note. Online verfügbar unter: file:///C:/Users/Lea/Downloads/CPI_2016_ShortMethodologyNote_EN.pdf. Gesehen 01.06.2017.
- United Nations Development Program.** 2013. Human Development Report 2013, Gambia. Online verfügbar unter: <http://hdr.undp.org/sites/default/files/Country-Profiles/GMB.pdf>. Gesehen 24.06.2017.
- United Nations Development Program.** 2016. Human Development Index (HDI). Online verfügbar unter: <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi>. Gesehen 01.06.2017.
- United Nations Development Program.** 2016. Human Development Report 2016. Online verfügbar unter: http://dev-hdr.pantheonsite.io/sites/default/files/hdr2016_technical_notes_o.pdf. Gesehen 24.06.2017.
- United Nations High Commission on Refugees.** 2003. Attacks on the Press in 2002 – The Gambia. Online verfügbar unter: <http://www.refworld.org/docid/47c56665c.html>. Gesehen 24.06.2017.

- University of The Gambia.** 2017. About UTG. Online verfügbar unter: <http://www.utg.edu.gm/index.php/about-utg>. Gesehen 24.06.2017.
- U.S. Department of State.** 2002. Country Reports on Human Rights Practices. Online verfügbar unter: <https://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2001/af/8377.htm>. Gesehen 24.06.2017.
- Weber, Max.** 1919. Politik als Beruf. Stuttgart: Philipp Reclam jun. GmbH & Co.
- Weber, Max.** 1921. Soziologische Grundbegriffe. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
- Wiese, Bernd.** 1995. Senegal, Gambia – Länder der Sahel-Sudan-Zone. Gotha: Justus Perthes Verlag Gotha GmbH.
- Williams, Goephry.** 2017. History of Gambia Political Governance and Economy: Democracy practices, Human right and Trade Management, Tracheville. Victoria General Printing.
- Weltbank.** 2017. Worldwide Governace Indikators. Online verfügbar unter: <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#home>. Gesehen 24.06.2017.
- World Data Atlas.** 2015. Gambia – Literacy – Adult (+15) literacy rate. Online verfügbar unter: <https://knoema.com/atlas/Gambia/topics/Education/Literacy/Adult-literacy-rate>. Gesehen 24.06.2017
- World Economic Forum.** 2015. Economies, The Gambia, Global Gender Gap. Online verfügbar unter: <http://reports.weforum.org/global-gender-gap-report-2015/economies/#economy=GAM>. Gesehen 24.06.2017.
- World Health Organisation.** 2016. Gambia. Online verfügbar unter: http://www.who.int/malaria/publications/country-profiles/profile_gmb_en.pdf?ua=1. Gesehen 24.06.2017.
- World Health Rankings.** 2014. Health Profile: Gambia. Online verfügbar unter: <http://www.worldlifeexpectancy.com/country-health-profile/gambia>. Gesehen 24.06.2017.
- Ziaja, Dr. Sebastian und Javier Fabra Mata.** 2010. State fragility indices: potentials, messages and limitations. Online verfügbar unter: <http://www.die-gdi.de/en/briefing-paper/article/state-fragility-indices-potentials-messages-and-limitations/>. Gesehen 24.06.2017.

Anhang

Interview-Übersicht

Legitimität und Rechtsstaatlichkeit

Leitfaden:

1. Umgang mit der politischen Opposition
2. Akzeptanz des Regimes bzw. der politischen Ordnung
3. Umfang politischer Freiheit
4. Grad an politischer Teilhabe bei bestimmten Bevölkerungsgruppen
5. Gewährung politischer Partizipationsrechte
6. Ausmaß von Wahlfälschung oder Wahlbetrug
7. Grad der Unabhängigkeit der Justiz bzw. keine Gewährung rechtsstaatlicher Verfahren
8. Ausmaß an Korruption und Klientelismus
9. Existenz schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen

Interviewpartner*innen:

- Ebrima Jaitoh
 - Richter am Brikama-Gericht im Jahr 2015, Mitarbeiter der Weltbank, heute Anwalt
 - Interview am 10.03.2017 in Madina Salame, Kartong, Gambia

Sicherheit

Leitfaden:

1. Zustand des staatlichen Sicherheitsapparats
2. Grad an Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet
3. Grad an Kontrolle der Außengrenzen
4. Grad der Bedrohung, die von staatlichen Organen für die physische Sicherheit der Bürger ausging
5. Zahl und politische Relevanz nichtstaatlicher Gewaltakteure
6. Anhaltende oder wiederkehrende gewalttätige Konflikte
7. Höhe und Entwicklung der Kriminalitätsrate

Interviewpartner*innen:

- 'unter drei'
- Interview am 14.03.2017 in Dakar, Senegal
- Thomas Volk
 - Leiter des Konrad-Adenauer-Auslandbüros Senegal und Gambia
 - Interview am 14.03.2017 in Dakar, Senegal
- Garba-Jahimpa Bashirou
 - Mitarbeiter des UNDP und Leiter der Abteilung für 'Governance and Human Rights in The Gambia'

- Interview am 16.03.2017 in Cape Point, Bakau, Gambia
- Dr. Pierre Gomez
 - Dekan der 'School of Arts and Science' der 'University of The Gambia' und Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft
 - Interview am 17.03.2017 in Brikama, Gambia
- Dr. Hassoum Ceesay
 - Leiter des Nationalmuseums The Gambias, Historiker und ehemals Journalist
 - Interview am 20.03.2017 in Banjul, Gambia
- Dr. Ismaila Ceesay
 - Professor für Politikwissenschaften mit einem Schwerpunkt auf afrikanischer Politik
 - Interview am 20.03.2017 in Senegambia, Gambia

Wohlfahrt

Leitfaden:

1. Kluft zwischen Arm und Reich
2. Zustand der Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens
3. Zustand staatlicher sozialer Sicherungssysteme
4. Anhaltende wirtschaftliche und/ oder währungspolitische Krisen
5. Grad der Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen an wirtschaftlichen Ressourcen

Interviewpartner*innen:

- Buba Faburay
 - Leiter der Hilfsorganisation 'Future in Our Hands' (FIOH)
 - Interview am 21.03.2017 in Kotu South, Serrekunda, Gambia

Interviews: Verwendete Transkript-Auszüge

Ebrima Jaitheh

- In The Gambia here, well before 1994, this is before the coming of the military coup, it was a different situation, but let us start it from 1996. In 1996 the opposition, there was no level free, level playing field, the resources were not equally distributed. That means to stay. You know the power the president in power or the party in power, they had more control about the distribution of the resources. So the political party and even the military security and services were more supporting the party in power.
- The independent election commission was not that much independent, because the independent election commission, the chair person of that commission was elected by the president. The president will pick them and appoint them. You know, there are on recommendation. But he is the appointing authority. So he will appoint them and put them in place and in most cases we had recorded that some of them were not very transparent.
- The government machinery, the government resources, the vehicle, the money from the area councils, the money from the ministerial council, from the state revenue, were going

into funding the APRC campaign and their slots on the television were not that much so they were given a minimal attention a minimal brought period on the television. So the people could not understand, what is their position. [...] In 1996 we had an election, Yayha Jammeh won the election, but it was tough and there were issues matters but nothing came out of it at the supreme court in 2001 we had an another election. Jammeh won as well, that election. But this election had not been free and fair in the sense of the parties were not on equal footings.

- Yayha Jammeh controlled the national assembly, if you fall foul with him or if he disagreed with you, he will kick you out of the APRC party and subsequently you will loose your place in the national assembly. So therefore the national assembly can not be free. There is a risk, there is a fear.
- If you are in power, the government has the resources, they can go and deep their hand in the nation coffer and spend it on their parties and none even will hold them accountable. The office of the president has never been accountable, has never been audited so was was spend and what was, you know, none knows.
- The opposition was vertically oppressed. And they had no voice, they could not do anything. There are only a few media, the opposition had. But the opposition did not have the opportunities and they did not create the opportunities. They tried to make things very difficult, even to have a newspaper you have to pay a lot of money.
- (Are there groups that are especially discriminated by this constitution?) Well yes, we have people with a dual citizenship. They are discriminated, they can not participate in the democratic process. Certain position you can not handle them, you can not become a minister, you can not become a member of the parliament, you can not hold certain positions in the government and you can not run for certain position in offices as well. So being a dual citizenship, means you have another nationality, means you are restricted. That means you can not do many things in that country. If you are of certain age as well, even if you can do work, but because of the age you are restricted of doing certain things as well.
- In this government with Jammeh the judiciary was different. It was not independent, people were scared judiciary officer can not do decisions independent.
- But the judiciary can not be independent, if you look at the funding of the judiciary it is coming from the executive. If the executive is giving the judiciary their money, to do their business and the national assembly is approving this, this funding, the judiciary can not be independent because their lives, their source of livelihood is coming from the executive.
- (Would you say the oppression of the opposition intensified by the time of Yayha Jammeh?) Yes, it seriously intensified. It was aggravated. To become an opposition in the Gambia was always a problem. As an opposition you will not become a job, you will not be favourable treated and if you will be stigmatised. Even if you sympathise with the opposition, I am not saying to become an opposition, it was a taboo. Even if you just sympathising them you have a problem.
- Well, tribes, we do not have problems with that. But with Yayha Jammeh we saw, that you have his tribe in almost all position in the government. If you go to the military you

will find a lot of people of his tribe. Maybe because they will be loyal to him, they will protect him and all that. [...] Most of this people were his own tribe men. He was using the tribal-cart as well.

- (If you look at the rule of law, when a jola person has to go to the court, would it be treated differently?) Off course. The president's brother was charged and take to court for economic crimes. A huge amount of money. And he was treated very softly and just had to pay money. The law was very soft on him. When he had committed serious crimes, crimes that are unimaginable if you are a jola, I have a friend. His sons name was Bojang. We have similar names. The Sannee, the Bojang, we have this names in other tribes as well, so he had a problem, he committed an offence. So he brought him to the police station and the police officer who was there was Bagee. Bagee is Jola and he thought the guy was also a Jola and he let him go and do his things. So he got escaped, because of that, because of an unfair treatment.
- During Yayha Jammehs time, tribalism became intensified. It became aggravated. Before in Jawaras time we were all together. But when Jammeh became in power the people became more sensitive to other tribes, because he started insulting tribes. He has no respect for anyone. He did not help to heal those problems. Yayha Jammeh himself is tribalistic.
- (In this election the majority voted different and they voted him out. Where came the peoples hope from, that something better could come up?) Yes they voted for him, but most communities voted, because the regional government appointed them. They appointed the chiefs and gave instructions about what they should do and about everything. All the structure of the government were supporting him. The chiefs were going around and mobilising for him, with microphones. They went into the villages and told the people you have to vote for him. The alcalos in the villages also told the people, that they have to vote for him. The people were not sure, what will be the consequences. People were scared. They felt oppressed and voted for him. But this time, there was a coalition there were unity. All the political party accept one came together.
- It was a small group of young politicians. They went on the street and said, we want to change the law. They did not run around and fought or created any other chaos, they were just asking for a reform of the electoral laws, because elections were coming and we need to have better electoral laws. The order came in to arrest them and beat them. Some of them got killed, so Solo Sandem. People were beating massively for no good reason. When the constitution empower them, that they can demonstrate, that they can peacefully demonstrate, that created attention and problems. The political leaders of that party called UDP had a meeting, an urgent meeting. The political executive came together and said, this is unacceptable and they had already got informations, that their youth leader was killed. They said we have to go and demand for the body of our youth leader. Death or alive. That was their crime, they went on the streets and the military and the police came by order and attacked them and arrested all of them. And they got convicted wrongfully. So there is no political freedom. If you have political freedom you should be able to exercise your political views, you should be able to exercise your political opinion.
- When the elections comes in, they have only eleven days to campaign. [...] Before that, no one should campaign, everyone must stop. (Also not his party?) No, he will go and campaign and meet the people. He will go on a country tour. He will be selling his agenda,

he will be selling his self. [...] They created a small space of time for campaign (for the opposition). But you can not run the country within eleven days and you have to go around, you see, they tried to contain political freedom. They tried to reduce political participation. The government at this time was not interested in people being in other parties. Jammeh was only interested in people who supported his party and glorify him. The political freedom was literally zero. It is out of our own determination.

- The political participation reduced drastically. Yayha Jammeh does not want political oppositions. He is not in with oppositions. He feels like oppositions are unpatriotic citizens. He made this statement. He feels like oppositions are unpatriotic, people who do not love their country. He feels like oppositions are anti-development. He does not like the idea of politicians. [...] Political freedom was literally non existent here. You need to have that skin of a rhinoceros to go on the street in the Gambia and participate. You can not, because everyone is scared.
- The demonstration is very clear, that you can demonstrate peacefully, so if you are going to demonstrate you can demonstrate peacefully. The constitution is clear on that, but it is a taboo in the Gambia to demonstrate. A lot of students demonstrated. The reason why a lot of students demonstrated in 2001 is, was basically that there was a sport activity at the independence stadium and one of the security officers raped in a student, a female student. So the students were aware of this and they were not very happy about what happened to their college. So the entire student body in the Gambia became unhappy. A security officer raped their female student. So now they wanted to meet the authority in Banjul. So the order came in that they should be killed.
- (Did someone bring that to court?) It never went to court. Nothing was conducted. These are all issues that are not yet investigated. Those people lost their lives, but nothing came up. There was no trial, there was no enquiry that were set up. Because literally, according to sources, he is the one who gave order for them to be shot.
- Well, the human rights, Yayha Jammeh committed so many human rights violation. A lot of people were released without trial, they were in detention for month. This is all human rights violation. Some people where murdered without trial, some people where also seriously, gravely harmed without any trial has happened, nothing has happened. He was just doing it deliberately. It is fundamental, monumental human right abuses. (Would you say this human rights violation increased during his time in power?) Yes, they increased, people where scared in this country.
- The independence was scared of him, the independence was not free, the independence was under pressure. Because this man has no respect for the rule of law. This man has no respect of the ju. process of the law.
- But he did a few good things, but in the end of the day, even if you improve the infrastructure, but if you not have given them there liberty their civil rights, even what ever you do for them, they do not care, they want to have there liberty. Their civil rights, their civil liberties. Once you have your civil liberty you have your happiness, you can do your things and it is fine. But with Yayha Jammeh there was not civil liberty.
- In the beginning of his time. People were seeing wow, this is happening. Why this could not have happing while the last 30 years? Schools were build, hospitals were built, roads where constructed. That are things, people where bringing people together. Electricity

where almost everywhere. Live was getting way more easier in The Gambia. He did a lot of things.

- We had about four elections over the past. We had the elections in 1996, in 2001, in 2006, in 2011 and this is the fifth one 2016. This is the fifth one. So he won four elections, with the two years transition period. When he came in he did good. He build roads, he did things that Gambians did not expected that will happen. Because we did not understand why we could not have a simple television station in The Gambia. He made a very nice airport. Before we had a small landing airport. The roads were all not good.[...] But time past and he and his regime became corrupt. I think he stayed too long in power. He became drunk with power. He felt he is too powerful. He thought he could do anything. He overstayed his welcome. He should have stepped down at the right time, then he could still have lived with his honour.
- I came one day from court, it was a Friday. In the evening they came here, but Sarah stopped them and the dogs. Some police officers came. I said: What is the problem? They said: We want you to go to the police station. I said: What is the problem? They said: Let us go there. I said: okay. And I went with them to the police station. On the way they said: You do not know what happened? I said: I do not know what happened, I do not think that I have committed a crime, I do not think I have committed any offence. So when we went to the police station, there was the CMC, that is the crime management coordinator. That is the head of the serious crimes and big senior police officers where there. They said they got instructions, with the case I have decided. I said, well this is my judicature decision. If you are not happy about it, what you do is, you can appeal. You can not come and interrogate me for doing a decision in court. In fact this decision is funny, because the police is the complainant and the police is now coming to arrest the magistrate. Is this right? I said: I do not understand what you mean. I have not committed any crime. We understand that, but we got instruction we should go to Banjul. So I said: Let us go to Banjul. I was expecting when we go to Banjul, I will have a panel. A lot of people will come and they will ask me about the offence. But they put me to Banjul to the police station and said: you can sleep here. I spend Friday night there, Saturday night, Sunday night. So Monday came in. A lot of people picket up the story and a lot of people became interested in what I have committed. They looked at the case and said: This is stupid, this is unacceptable. So they went to Brikama and took the case from Brikama to Bundung. What I said finally happen. The case is now in Bundung. So why are you now policing me? What they understand, the big man himself, I had meetings with the general of police about this matter. They looked at it and became embarrassed, the president himself became embarrassed about it. But I know very well that this is not the problem. The problem was releasing the man, the old man and releasing the minister. Because he want to jail his minister. He wanted to jail the old man. The old man was threatening people, telling them: If you pray on this day, I am going to take you to my five star hotel. I do not care about Yayha Jammeh and his five star hotel. Maybe he did not understand my background, he did not know who I was. So I told him: Look, I can not do this things. It became a big talk around and people just could not understand. I did not damage anything. It is just about transferring the case. The case was not in my area. And the case is now in Bundung. So when the case went to Bundung. All the magistrate were afraid of this case. The case is still there.

Garba-Jahimpa Bashirou

- What I know is under the Jammeh period, the whole period there has been an increase in the army, takes into the army. To the extend, that I think, it had some negative aspect on the budget, because when Jammeh came in in 1994 the army was around 800, but under Jammeh in this 22 years it has gone up to around 7 or 8 thousand. Which means there had been a large increase in the number of people working in the army [...]. So there has been an increase in terms of the numbers in the armed forces, which is not consistent with the different acquirement and the security acquirement of this country and it also was a major negative impact on our budget, because all those people have to be payed and all that are necessary promotion as well have to be backdated. With regard to equipment what I do know as a Gambian and working in this area is that, [...]. He thought that with all that arms, far away from him in the other military installations they may have access to them and then remove him and than instead most of heavy arms, most of the strategic equipment were attached either at the presidential palace or at his palace in Kanilai. Which means the rest of the armed forces were just there in numbers but they had no materials.
- I think, before he came in 1994 there was really a very serious and positive attempt to professionalize the army and we got support from the British army, the Nigerian army also from Pakistan in terms of training. But with the coming of Jammeh, I think what we have was a mass recruitment into the army with a little regard for the professional of the armed forces. I think that happened quite a lot. And then of course there were a lot of promotion that were not in line with the professional ethics of the army so you find a couple of people who had promoted to senior ranges, but they do not deserve or they do not had the competences or the skills to do that. They were probably, most likely promoted to those levels, because they showed support to Jammeh rather than their professional discipline. Now, to a large extend not only in the army or in the other security services Jammehs present in the last 22 years meant there was no protected war or conflict, but what happened was that all the institutions of the state where undermined, they were subverted to service one purpose, for Jammeh.
- (You already talked a little bit about that the tribes matters in the army, could you go in detail?) In the sense that he comes from one of the smallest ethnic groups in the country. They are only about 6% of the country. But when you go to a country and you find the commander of the presidential guard and you find that he comes from that small ethnic group, the commander of the navy from the same group, the head of the national intelligence comes from the same group. The commander of the army from the same group, the chief of defense stuff from that same group, the head of the police is from that group, the minister of interior is from that group, than surely that smells of tribalism. That never happened in The Gambia but he introduced to unsure, that these are people that are his own ethnic group, his own supporters and you put them at the peak of the security services and than also of course in the normal intent like the normal recruitment in the army as it went out, went over the last 22 years leading from something about 800 maybe 8 thousand or even 9 thousand now. A large percentage of that, of course, came also from other ethnic groups, but he also ensured that there were quite a few from his own ethnic group as well.

- He lost control of the country after the 2. I mean what came out a week later after the 9. when he went around to deny those things were not (unv.) it was obvious that he was gone.
- When he was in power his control increased, because Yayha Jammeh succeeded for two main reasons: he was able to install a culture of fear into the community and the people did not support him because they liked him, they feared him. [...] It was obvious that he is not able to stay long. And he gave several examples: People were tortured, people disappeared. So the next thing is, it is a very small society which sometimes tend to be (unv). Yayha Jammeh is here put by god and when god/ when it is gods will he takes him out so be careful, don't, you are the breadwinner of the family, if you oppose they arrest you, kill you, who is looking after me, so I think those had an impact on the people and it prevented them of being violent or being critical. I have always agreed, if that fear factor goes he is in trouble and I think this fear factor went away.
- (We talked about the control Jammeh had over the whole territory and do you think Jammeh had control over the borders?) No, well over the borders you can have control at the end of your border and what comes after you leave your border that is up to the other countries. But the borders in Africa generally, even here in The Gambia are so porous. I mean people have escaped from this country from his struggle and left. It can not be honestly said, that it is well controlled by African governments. And certainly by poor African countries like The Gambia. There could be elements of transborder criminal movements, transborder political civilian or military, rebel movements as well sometimes. Like in southern Casamance, in southern Senegal Casamance you have a low intensive conflict that is going on. It is very low in the moment. Is kept control by the Senegalese, because they have really made advance against rebel movements. But it is not unusual to find rebel movements, some of them coming to The Gambia, doing their shopping and going back. Or even hiding to Senegal and running backwards here.
- (If you look at the whole period of Yayha Jammeh how did that change, or did the borders had been all the time porous?) That had always be the same. Up to now they are still. This is a defining feature of African borders, that as you know from the colonial period this was arbitrarily drawn and what they did was a collection of people into a state rather than a nation. [...] We are lithely like a tongue inside a mouth.
- So what that mean was a lot of things coming from Senegal to The Gambia could not come in The Gambia. So there were cases that prices went up and that have an impact of the costs of the ferry. So all these things, he thought that the Senegalese were doing harm to themselves, but collectively this was getting people angrier and angrier with him, because all the time the border was closed, we suffered more.
- (Do you remember any incident in which government authorities posed a threat to its citizen physical security?) Well, apart from the so called coup attempts, [...] there were major ones, a major coup attempt in 2006 and than again the attack on 28. December of 2014.
- The main reason, why Jammeh stayed for so long was that people were just too scared. The military is for Jammeh, the police is for Jammeh, the presents are for Jammeh, everything is just for Jammeh. So certainly people knew or informally knew about this gross violations of human rights, the tortures, the disappearances and his own rhetoric and methods did not help. Because he will come and threatening people, that I kill you and

send you to my five star hotel. Which is his prison. So those kinds of fear, a culture of fear that said: just do what you can and get off.

- (Do you think in the beginning people voted for Jammeh because they appreciated him or it was only because of the fear they had?) I think, of the first time, they appreciated him. I think this was a peaceful change. Nobody died, no violence, he used a transition period to look out for money and built some symbolic projects and so on. People were generally into it, well, look we never had a TV station and now we have one. There are appears of schools, there are roads and there are one or two hospitals. There are some basic infrastructural developments. So he concentrated this very very quickly within a two years period and I think that gave him/ won him most support among the people. [...] And even now, it was after with the use of the force. The use of incumbency/ you are the president therefore you can have all the cars, government money to go campaigning whiles you denial to your opponents. That was a time, that his votes started, even there his votes/ he was not winning massive, massively and so on. But certainly in the first civilian election we had, there were elements of general support for him, giving the level of infrastructural development that took part within this short transition period. But than again as we now found out, there were all these hospitals, but there were no medicine. There were all the schools, but education quality has gone down in this country and there are roads, but where does they lead to? Does those roads lead into the protected areas where people are evacuated and separated. No, and people started to realize: wow, yes all the schools, but look at the level of education in this country. All these hospitals, but where are the drugs? All this roads, where do they lead? And this are all loans that had to be payed, by the Gambians. But certainly in 1996 I think, with that concentration of infrastructure development he did with moneys he borrowed from the Taiwanese government. I remember at this time, he was completely isolated, there was nothing, because it was a coup d'etat and then of course, our traditional partners, the European democrats would not work with him closely.
- (Do you know any non-state, but armed groups that had been active in The Gambia and that had a political relevance?) No known. No in the first republic and no under Jammeh. Apart from a group of people who would make some desperate attempts early in 1996 to attack a military post in Farafenni, but there are no armed groups or non military armed groups in the country.
- (Can you tell us something about the Jungulers?) This were a group of people linked to Yayha Jammeh, to eliminate his political opponents in repressive or real.
- This (Jungulers) were government security people. But than taken up by Jammeh to say: Look, arrest this person, or torture this person, or kill this person, some of them disappeared. But they were part of the military, but they were taken out and some of them call them black blacks, some of them call them Junglers. [...] But their role was to serve Jammeh for the elimination of real enemies. They were part of the security system, it was not like, somebody came and created them outside or from the army, no, they are from the security services.
- (Do you think, human rights violations by them (Jungulers) increased during the time Yayha Jammeh was in power?) Oh, yes. It increased a lot. It increased particularly during the last couple of years. Because, it got to escape, whereby, they were under the law of themselves. They could do what ever they want.

- (When came Jammeh up with the group black black boys? Did it exist since his beginning, since his first legislature period?) Yes, I think so. It was informal, but of course, later as he stayed much longer in power, they became much more organized. But that thing has always be there, that he had used a group of people from the armed forces to go and do this nasty things. Of course it got more systematic, more consistent and more organized as he consolidated his power further. But it had always been there.
- (I think you already said, that there had never been a violent conflict in The Gambia?) 1981 was violent in the sense of people got drunk, had weapons and guns and later quite a few people died until it was put down by troops across from Senegal. This was one violent incident. But no, apart from that, there had been none. Apart from the ones that were committed after Yayha Jammeh. So it is the nature of the people and the country and the political history. I remember somebody coming to The Gambia saying it is so peacefully. It is like the peace of a grave. Everything is quiet and calm and nothing happens.
- (Could you say a couple of words about the crime rate in the country?) Low at the moment, but petty crime particularly in the denser populated areas I think is not high, but more than here. But generally crime is low in this country. This is one place, where nine out of ten, most of the time you could walk freely at any time of the day [...] But crime is generally low in the country. But you will find out sometimes during moments of civic economic stress and crisis and financial situations, there might be increased burglary in some of the more upmarket areas around here or in Fajara. But generally in terms of crime the rates are low. But that does not mean, that there is no crime, there is crime in terms of petty crime, burglaries.
- (Do you remember, how this (crime rate) was in the beginning of Yayha Jammehs time?) Yes, it is more or less the same. It is historically seen a low crime rate country, really. Even under Jammeh it went down actually a little bit, because he was able to have/ there were regular consistent night patrols done by the army and the police intervention unit. So I think that creates the impression of order and calm.

Dr. Pierre Gomez

- We have noticed a large number of people been enrolled into the army. Contrasting to what used to happen in the beginning. A small country like The Gambia, you start having that large number of military and police officers in the security system, like the country is getting ready for a world war. That was the big big problem, the size of the country and the fact, that we do not have external aggressors and yet a lot of our resources are pumped into the security system.
- Before Jammeh, there was no military. I mean there was no military like this. There was a military, that emerged after the 1981 Kukoi Samba Sanjangs coup, but it was not that developed. It was just a small size to some extend. But when Jammeh took over, he felt the threat is coming over from everywhere, especially from the Senegalese. So he needed and get an army that will really fight the Senegalese in case they want to invade the country to remove him by force. The army really changed, you have everywhere the police and other security, the NIA – National Intelligence Agency to some extend. I feel that the militarisation really took a large junk of our resources.

- Your own recruits can come up later and later ending up being your boss. It depends on your loyalty. The way, even the stuff is loyal to the state, everybody will accept. But the way he interprets loyalty is loyalty to him. If you are not loyal to him, you were demoted. You see, you are going to be demoted. Now, what is going to happen, what were happening is, you had some security officers who goes up to a range of a certain stage. But because they were not seen as too loyal to him, that they (considerate?) a threat, so therefore what happened is, they promoted the new recruits. Those people they give them rapid promotion, to the extend, that later they will be the bosses of their former bosses.
- (I also would like to know, if Jammeh had power over his whole territory.) Well, you know Jammeh was able to install fear in everybody, including the security, because there were some incidents that happened and some lost their lives. So what ever you do, you will think, you end up like your colleagues, you lose your life. So therefore, even when he is not there you think he is looking. In your own room, you are alone, you lock your door, but you think Jammeh is seeing you. He has cameras everywhere to see you. That is the fear, to the extend not only among the civilian, even the security. That created that problem nationwide. He was really controlling.
- (If we take this fear as a tool, he was able to control the whole territory of this country.) Well, this is my analysis, that he was able to, but anything that is not based on the truth or democracy will end up being fragile, will be fragile and one day scramble. And that is what exactly happened, it scrambled to the extend that Jammeh, up to today, can not tell you exactly how it scrambled, because the foundation was not strong, it was not based on democratic principles.
- Before Jammeh came in power you not have many high schools. You just had two high schools in the entire country. Two and than one public, the other were private. [...] What happened, why am I saying, Jammeh ended up creating his own enemies, because, later he created, he built many schools. That is for me/ this is his legacy. The only thing is, some of them do not have enough materials, but he created many schools, people can stay there. Therefore many people can have access to education. That is number one. Than there were possibilities for scholarships, especially for young girls. This number, later also finished high school and Jammeh created very rapidly a university, to the extend of extension programs Samuel Halifaks 1996 and than 1999 they transformed the program into what we have now, into what we have the university of The Gambia.
- Jammeh is a hero turned into a monster. If you look at his achievements in infrastructure, yes those who are not happy with him, they do not want to see any positive of him. But we have to be objective here. If you look at his infrastructural development, he did more than the old regime. Up to in all regions now, you have high schools now, in all regions. For example North Bank, just the North Bank. With the former government, with the old regime there were no high schools.
- When we crossed the 2000, even those who know, those who were supporting him at this time, all knew that there were human rights violations. Some were assassinated. But some closed their eyes on that human rights records and just lay emphases on the development. But the climate is the last five years. April 2010, 2011, he killed some students. But, yes, still a few people very voting for Jammeh. But the problem, the main problem is, the last five years. The human rights records were so terrible. So terrible, it

was no longer possible for even Jammeh's sympathisers to stand for him. Because one he started using ethnicity, started criticizing the Mandinkas rather than they form the majority here. [...] And Jammeh also started relegating the Mandinkas. This was the situation. But later on, now, they noticed, Jammeh decided to have something different. He had having something different and he started attacking Mandinkas. Not only that, other groups and than also Christians.

- (Do you remember, if the governmental authority post a threat on their citizen against their physical security? Any concrete incident?) Yes, one is the April 10th and 11th, when students came out to demonstrate and they were massacred. You have cases of people who disappeared up to today. Nobody can tell you where they are, we know that they are no longer. There are journalists: Manneh he was working for the Daily Observer, up to today, he went to work, they arrested him and up to today, it is believed that he is dead. We also had a journalist, that was killed: Deyda Hydera. You have the media, some radio stations that were attacked, burned down. And than you also have religious leader: Bakau Su. [...] he was arrested and he had to go to exile. Another imam also: Imam Baba Leigh who ended up going to the States. And that one, they will tell you, the way they did/ You also have, the list goes on. And than you have other violence that is verbal violence, because when he made this statement, that this is an Islamic country, as a Christian especially women. [...] But the religious aspect, later people started using that, because The Gambia is an Islamic country, so when you are promoting or you are taking some (unv.) look at the Muslims. So you ignore the Christians. All of us certain. So that existed, we were second class citizen.
- Since the west was no longer giving him the financial support. There were an embargo on all EU funds, so maybe if he goes Islamic like that, the Arab world will give him money. And that is wrong to deserve that. He really/ people could not recognize Jammeh. That was not the Jammeh we knew at the beginning. Because if you look at Jammeh, the first days of power and than take the last five years. It is exactly the opposite.
- He ended up being a monster. This is the hard fact.
- If you go to the army, they will tell you: We do not have a group like that (Jungulers). The senior chief of the defence stuff will tell you: Well, we don't have a group that is like that, that is under my command. Officially they don't exist. But the reality is, they did exist and they did eliminated many people and some of them are arrested now.
- (Do you remember any violent conflict in The Gambia?) Yes, one is the April 10th. and 11th. this was really violent. I was out in the streets, I saw it myself. There is also the 11th. November attempted coup from a country government and those people, all those who were accused are all eliminated.
- (How pronounced was crime in that time, in the time of Jammeh's mandate?) How pronounced, it depends, if it is an indirect state sponsored crime, than it was very high, because you can just be eliminated. But some of this other crimes, small crimes, because of Jammeh's stayed of fear, at least it was, the crime rate was better. [...] But the main main problems were the criminal acts committed by the state or in the name of the state or in the name of Jammeh, because that was not the state, and that is the saddest part of it.

Dr. Hassoum Ceesay

- I can say, that the state of the security forces from the first legislation under the Yahya Jammeh regime it was at a state, when we still have remnants of what I can say in law and order, because this was just after two years after the first Republic and we still had remnants of professionalism in the forces. We still had some officers who were trained, in what I can call the republican mood of the security person, that is on defend and protect the people and the republic. Like the sovereignty of the country. We still had remnants. This was a time also when you had even some of our friends, like UK, who were still engaged with the security forces in terms of equipping them and in terms of training them. Even after two years after the coup, they still did not pull out completely, because many of them had the misplaced motion, that Jammeh was going to hand over power to a democratic elected government.
- And about the issue of educating the security forces I think it collapsed at this time. This time was the beginning of the collapse. Because before them they used to be trained in France at the best academies in France and at in the best academies in the UK, like Sandhurst, like in Fort Hood in Texas in the US. [...] They use to attend to this very respected military and security forces institutions. But along this time, because of the fact in many countries we are now having two minds about supporting the governments, at this time the atrocity the human rights violations populated by some sections of the security forces have started to disappear, this was in 1997. The Gambia began to be down in a support they give to the security force in terms of education, in terms of training. So I think this period was a very unfortunately landmark, as far as training, capacity building and The Gambia security in terms of the professionalism in terms of respecting the human rights and the civilians, it was concerned.
- Basically, how it developed was after, in 1997, when he proved that he don't want to handover power contest the elections they were free, they were free and there was a lot of condemnation of his use of the security forces in the campaign to beat people, particular opposition supporters to torture them and to intimidate voters using the security forces. So many countries like UK, like France stopped equipping the army and also training them.
- After the 1997 parliamentary elections. [...] Opposition supporters were beaten to death by soldiers, civilian were tortured, just because of opposing the Jammeh regime and supporting the opposition, especially the United Democratic Party.
- Well, later (then 2000) I know that, when Britain stopped the cooperation, the States stopped it, even Nigeria stopped it. What Jammeh did was to go to these rough states like Iran, like Libya to get arms. Which I know also, helped him to even arm to have more access to arms. And through the black market, because there is a lot of room. Jammeh was into arms dealing, into arms trafficking with Charles Taylor. People like Charles Taylor. Jammeh was even linked to Victor Bout, the notorious arms trafficker, an Ukrainian. He did a lot effort to arm the army. Even not through the traditional sources. But through the black market.
- He broke of the diplomatic ties in 2011 apparently of the shipment of arms from Iran, which got cut off somewhere in Nigeria. It looked like he was embarrassed, he thought the Iranians had embarrassed him and he just broke up diplomatic ties.

- (Was Jammeh able with the army as a tool to control the whole territory of The Gambia?) Yes, I think one success, [...] is that under him he had absolute control of the army. [...] He did everything to intimidate local opponents.
- (Do you think he had the army under control because of fear?) Because of tribalism. He put his tribal people in the high command in the army. He private them to loyalty. But sometimes he also installed fear by estimated judicial killings, by disappearances, but sackings. He will promote you to a general.
- For example the Junglers that are who will kill and that are who will rape and ensure like the disappearance of opponents. Like a club who enjoyed all the facilities, like big cars, land and housing like in Brusubi and in all this areas.
- (Could you say a couple of words about how well protected the borders were?) They were never well protected. [...] As our borders remain porous or his installations like at Kanilai like his farms, his gardens, his rise fields, of course he protected them well. But for the rest of the country (So do you think it was just not his priority to save the boarders?) His priorities were just to protect himself and his property. Where ever he had a farm and he have thousands he put soldiers there, fully armed. Who do boarder patrol have not even patrol for their vehicle, but he didn't care.
- (Do you think, if it would have been Jammehs wish to control the boarder properly he would have been able to do so.) By a small country like The Gambia, I think so, if he had wished. Even he could have had a good relation with Senegal, but he did deliberately worked on destroying our relation with Senegal. For the simple reason, he is supporting the separatists in Casamance.
- Another good example, is white colour crime, a corruption. Corruption can be called as a white colour crime. White colour, like me, the office worker. That tripled under Jammeh The Gambia became the most corrupt country in the sub region. But outside he will give the image that he is in charge, he arrests people, he jails people for being corrupt. He led the most corrupt government ever. I know even this new government can not be corrupt as this government.
- (Have there been any violent conflicts in the country during Jammehs time?) Well, I would say no. But there has been episodic violent conflicts, like in December 2014 the arm attack, serious military coup attempts. here was a massacre of students in April 2000, April 10./11. 2000.
- It happened in 1996 and intimidation happened in a way that, this region has a lot of opposition supporters, two days before the elections they will send soldiers day. Some will be forced to flee across the border. In the village were I come from, they use to force them to flee across the border, at the voting day, they close the border. They can not come to vote. It became like a routine, like a phrase from a rule book. Like a song from a hymn sheet which you will always sing before going into elections.
- (Would you say, that tribalism is something that Jammeh created in this country?) Yes. (And what do you think how successful he was with that?) Very successful. [...] So I think he succeeded, his success story is that he managed to implant, yes he had implanted tribalism into our politic

Dr. Ismaila Ceesay

- Gambia was a country, that had no military until 1981 when there was an external aggression against the state and the government decided to create a military. Because there was a new military force, the Senegalese were tasked with most of the security of The Gambia. The Senegalese were controlling national security of The Gambia. Until 1989 when the Senegambia confederation collapsed and the Senegalese went back to Senegal, the Nigerians were brought in to be in charge of the national security of The Gambia. And because the Nigerians were in charge of the national security of The Gambia most of the weapons we had, were Nigerian weapons, because they were given the trust, by the Nigerians. And what was happening was, that this were just light weapons. They are not large sophisticated weapons. We never had an air force, we did not have this big war tank, we were not having a well equipped navy. [...] But the Nigerians were in charge of all this weapons and Gambians were kind of eliminated in the military and this led to, in fact, one of the reason why the military coup happened in 1994. So what was happening was that, the Gambian army since it's inception was not fully well trained. We never had a well trained, professional, disciplined military force. And I think still that is a problem. [...] What we had was in fact, I think our military personnel were more professional and more well trained during the previous republic, than during Jammehs area.
- Jammeh was also engaged in arms trafficking and arms stealing and was selling arms to Casamance rebels and some other parties.
- Well, training you can not compare them as well trained as Sunhurst trained military officers most of this people. Before most of them were send to Sunhurst during Jawaras area. But these ones are not well trained. Because Jammeh had not have this relationship with the UK, he don't had this relation with the American. Most of them were like Libya trained, Iran, some Iranian were here to train our military. But when diplomatic ties with Iran was cut, the Iranians left.
- But they were trained, the officers, they were especially those who were Jammeh trusted, he trained them well, he gave them the right training. But the majority of the army were not trained, instead Jammeh was using them for his personal businesses. [...] So the training was concentrated only in a few who Jammeh could really trust, his main loyalists. He gives them the training and the equipment, they need to protect him, but the rest were left to their own devices. Them were given just a few weeks training, giving uniforms and they started going around and doing stuff for Jammeh. So those around Jammeh were trained a bit, but not highly trained military officers.
- If you follow Jammehs trajectory since he came to power, he got worse by the year. It became more dictatorial by the year. He became more brutal by the year.
- Crime was not a big problem during Jammehs era. Because Jammeh had installed fear in the Gambians. People were so scared of Jammeh that the crime rate increased during Jammehs era, especially arm robbery and most of this violent crimes they increased.
- Human rights crimes increased drastically, in fact Jammeh era was the most violent period in The Gambia in terms of human rights violations and crime, people disappeared, people were murdered at night, people were picked up and have never be seen again, tortured increased. Jammehs era was the worst in The Gambia ever experienced. During Jawaras era there used to be some human rights violations of course, but you can not

compare it was Jammehs era. Crime from the state against the citizen increased during Jammehs era. But crime between civil society, between citizen themselves decreased a bit.

- But you have to understand one thing, crime from the state against the citizen increased during Jammehs era, because Jammehs government was a most repressive state, a very repressive state, a very violent state.
- But what I am saying is, that during Jammehs era, the military became more violent against it's citizen, even peaceful demonstrations were tackled with heavy hand from the security forces, just like in April 2010, April 10./11. 2000. Young people, young kids with no weapons, no stones, no sticks were demonstrating were shot, death all of them. The military was ready to use life bullets on peaceful citizen.
- The Junglers and black black boys are different (than paramilitary). These are not even part of the security apparatus. These are boys who Jammeh just enrolled to torture people and to arrest and to disappear.
- (Are there any other non-state violent groups in The Gambia?) No, we don't know any of them. Apart from the Junglers, which I would define as non-state, but they get funded by the state. It is a funny group, we don't know where to put them. Apart from them we don't have any group.
- (Did the black black boys or Junglers occurred directly after Jammeh came in power?) Immediately, yes. A couple of month after. The first person who died under Jammehs era is (Ousman) Koro Ceesay. [...] He is the first victim of Jammeh, because Koro Ceesay was the minister of finance. He was murdered by some of Jammehs ministers, some of the hunter guys killed him and they burned his corpus in a village around Farrato.
- They (the green boys) were the so called youth ring, but they were also playing a role by intimidating. They are not using physical violence but the intimidate.
- They have torture chambers across the country. They can take you to the torture chambers, they keep you there and they torture you. They come every night to beat you up and leaf you there during the day and the state will say, we don't see him.
- When Jammeh came to power he was not as brutal, like I told you he became brutal by the year. Where ever there is an incident that makes him more brutal. When ever there is an attended coup, that makes him more brutal. Reactions, Jammehs behavior was reactive. It was a reaction to how people were threatening his power. When ever there is a coup, let us say Jammehs brutality, or authoritarian nature is at one, there is a military coup it goes up to three, a passives coup it goes up to five.
- (Would you say Jammeh had the power over the whole territory of The Gambia?) Of course. When he was in power. In other countries, you read African politics, they tell you that there is something we call invasion. The state invert. They don't have control over the whole territory. They have control over some areas, but Jammeh in fact was in control over the whole territory in The Gambia even beyond, because at some point Jammeh had even power in Casamance, he decides what happens in Casamance. We have close borders, Gambia is a small country, a very small country, with a small territory that is easy to control.

- Our borders are most porous, smuggling happens, people go in and out, the Casamance rebels sometimes go in and out, but Jammeh knows about that and he just turned a blind eye, because he was dealing with them.
- Jammeh was dealing with everything. Jammeh was involved in drug deals. In fact when this general (José Americo) Bubo a Guinea Bissau navy chief, when they court him with cocaine, he named Jammeh and his interrelation. [...] Apart from that, those trades Jammeh was involved in money laundering. He was involved in selling everything apart from the bred. He was even selling diamante. I don't know where he got this diamante from. He was a cowboy. Locks, drugs and arms. In fact Viktor Bout I don't know if you know him, he is one of the biggest arms dealer in the world and when they arrested him he said, that he once use Jammehs private plain to transport weapons. Jammeh was a big criminal.
- Some people voted for him, because of intimidation, because Jammeh will intimidate some people before elections. If you don't vote for me I will not develop your area, if you don't vote for me, I don't bring electricity. People are scared when he loses in their particular area, the chief of the town will be in trouble. The head of the town, the chief this is his responsibility to convince people to vote for him. For example you are the chief or the alcalo or the head of this particular town, Jammeh will tell you: Make sure, that I win in your area. Now, if Jammeh doesn't win in your area he deal with you, ask what did happen, why didn't I win here? You will be in trouble. So you will make sure, that you go to people, look: everybody should vote for Jammeh.

SCHRIFTENREIHE JUNGES AFRIKAZENTRUM

Das Junge Afrikazentrum der Universität Würzburg (JAZ) hat im Jahre 2014 die **Schriftenreihe Junges Afrikazentrum** ins Leben gerufen. Sie soll hervorragenden Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern eine Plattform für die Publikation exzellenter Arbeiten mit Afrikabezug bieten.

Die **Schriftenreihe Junges Afrikazentrum** steht neben Angehörigen der Universität Würzburg insbesondere auch Gaststudierenden und Gastwissenschaftlern aus Afrika offen, um nicht nur die Forschung über Afrika, sondern auch beachtliche Beiträge aus Afrika sichtbar zu machen.

Herausgeber:

Dr. Julien Bobineau

Philipp Gieg

Dr. Karin Linhart

Dr. Ferdinand Paesler

© Julius-Maximilians-Universität Würzburg 2017
Junges Afrikazentrum
Campus-Nord, Josef-Martin Weg 52/1, Abteilung L7
97074 Würzburg
Tel.: +49 (0)931 / 3184005
Website: afrikazentrum.uni-wuerzburg.de/jaz
E-Mail: jaz@uni-wuerzburg.de
Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Dokument wird bereitgestellt durch
den Publikationsservice der Universität
Würzburg.

Universitätsbibliothek Würzburg
Am Hubland
97074 Würzburg
Tel.: +49 (0) 931 - 31-85906
Fax: +49 (0) 931 - 31-85970
opus@bibliothek.uni-wuerzburg.de
<http://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de>

ISSN: 2199-4315